Dienstag, 9. Juli 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 156 - 28. W - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Franke: Der frühere Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, dessen Verfahren wegen des Verdachts der Veruntreuung öffentlicher Gelder am 12. August beginnen soll, wird jetzt von einem Amtsarzt auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht. Dies ordnete das Bonner Landgericht an, nachdem Frankes Anwalt ein neues Gutachten vorgelegt hatte, das eine Prozeßverschiebung bis September empfiehlt.

Eingestellt: Ein Verfahren wegen Rechtsbeugung gegen den Frankfurter Amtsrichter Jahr im Zusammenhang mit Freisprüchen für die Teilnehmer an der Blockade eines US-Depots hat die Frankfurter Staatsanwaltschaft eingestellt. Die Auffassung der Antragsteller, Jahr habe ohne Rücksicht auf geltendes Recht gehandelt, gehe „augenscheinlich fehl". (S. 4)

SPD: Die Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm wird nach Ansicht von Mitgliedern der Programmkommission bereits vor der Bundestagswahl 1987 beginnen. Im Frühjahr 1986 soll die Kommission den Entwurf für eine Erneuerung des „Godesberger Programms" von 1959 vorlegen.

Besuch: Zu einem dreitägigen offiziellen Besuch reist Bundeskanzler Kohl heute in die Türkei.

Entspannung? Die „DDR" erwartet von den bevorstehenden Treffen des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow mit US-Präsident Ronald Reagan und dem französischen Präsidenten François Mitterrand „neue Impulse für die internationale Entspannung". (S. 4)

Guinea: Als Reaktion auf den gescheiterten Putschversuch hat Präsident Conte drei Minister abgesetzt, darunter auch den mutmaßlichen Anführer des Aufstandes, Traore. Außerdem wurden zehn hohe Regierungsbeamte abgelöst.

Zimbabwe: Ministerpräsident Mugabe wird nach seinem deutlichen Wahlsieg keine Mitglieder der Opposition mehr in sein neues Kabinett aufnehmen, wie es 1980 noch der Fall war. Ob die drei parteilosen Weißen weiterhin der Regierung angehören werden, ist noch unklar.

Schadstoffarme Autos: Der Halter eines umweltfreundlichen Pkw braucht sich im Regelfalle nicht um seine Steuervergünstigungen zu kümmern. Die Finanzämter werden ihm in einem automatischen Umstellungsverfahren einen entsprechenden Kraftfahrzeugsteuer-Änderungsbescheid zusenden. (S. 4)

ZITAT DES TAGES



„Der Kampf für die Freilassung der in der Sowjetunion Internierten ist keine Einzelaktion mehr, sondern ein Kampf für die Freiheit in der Welt"

Avital Schtscharanski, die Ehefrau des 1978 zu 13 Jahren Lagerhaft verurteilten sowjetischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski, vor der Presse in Paris
FOTO: AP

WIRTSCHAFT

Opec: Ohne bindende Beschlüsse haben die 13 Ölminister der Opec ihre dreitägigen Beratungen in Wien beendet. Vorerst soll an den geltenden Richtpreisen und Förderquoten festgehalten werden. Die nächste Opec-Konferenz findet am 22. Juli in Genf statt. (S. 9)

Zahlungsbilanz: Erstmals seit Oktober 1984 ist im Mai wieder mehr Kapital in die Bundesrepublik Deutschland eingeströmt als abgeflossen. Dies hat in der Zahlungsbilanz zu einem Überschuß von 2,6 Milliarden DM geführt. (S. 9)

Arbeitslose: Auch ein stärkeres wirtschaftliches Wachstum wird die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr nicht verringern, stellt das Kieler Institut für Weltwirtschaft in seiner jüngsten Prognose fest. Die Zahl der Arbeitslosen werde 1986 bei 2,3 Millionen stagnieren. (S. 9)

Börse: Bei ruhigem Geschäft kam es auf Grund von Gewinnmitnahmen zu Kursverlusten am deutschen Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 208,26 (209,51). Am Rentenmarkt zogen die Kurse weiter an. BHF-Rentenindex 103,785 (103,663). Performance-Index 104,789 (104,636). Dollar-Mittelkurs 3,0063 (3,0352) Mark. Goldpreis je Feinunze 309,25 (311,60) Dollar.

KULTUR

Radio: Als Reaktion auf das sinkende Interesse am Hörspiel und als Antwort auf das kesse, knackig frische Improvisations-Radio der privaten Anbieter versuchen die Hörspielabteilungen einiger Sender, mit episodenhaften Kurzhörspielen die alte Hörerschaft zurückzugewinnen. (S. 15)

„DDR"-Kunst: Mit der Ausstellung von fünf Künstlern aus dem Südwesten der „DDR" ist dem Neuen Berliner Kunstverein ein großer Wurf gelungen. Die verschiedenen Plastiken, Grafiken und Bilder sprechen auf relativ engem Raum gemeinsam, aber sie übertönen sich nicht. (S. 15)

SPORT

Tennis: Wimbledon-Sieger Boris Becker nimmt nach seinem Triumph in London in der Weltrangliste den achten Platz ein. Nummer eins bleibt der Amerikaner John McEnroe.

Motor: Beim 12-Stunden-Rennen in Watkins Glen (USA) belegte der Bonner Le-Mans-Sieger Klaus Ludwig (Ford) hinter dem Amerikaner Al Holbert (Porsche) den zweiten Platz.

AUS ALLER WELT

Flucht: Mit einem Sportflugzeug sind drei Männer im Alter zwischen 19 und 22 Jahren aus der Tschechoslowakei nach Österreich geflohen. Kurz nach dem Start in Chrudim bei Pardubitz war der 47jährige Pilot, ein Offizier der Luftwaffe, von seinem 19jährigen Sohn überwältigt worden, der dann das Steuer übernommen hatte. (S. 16)

Zugunglück: Bei dem Zusammenstoß des Eilzuges Le Havre–Paris mit einem Lastwagen, der zwischen den Schranken eines Bahnübergangs eingeschlossen war, sind gestern mindestens zwölf Menschen getötet und 30 verletzt worden. (S. 16)

Wetter: Heiter bis wolkig, zeitweise Regen. 17 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Über Sudan sucht Libyen einen Zugang zum Nil

Khartum und Tripolis schließen Militärpakt gegen Präsident Mubarak

PETER-M. RANKE, Kairo

Sudan hat mit Libyen ein Militärbündnis geschlossen, das sich eindeutig gegen das prowestliche und gemäßigte Regime von Präsident Mubarak in Ägypten richtet. Der Militärrat von General Sawar el-Dahab, der seit dem 6. April in Khartum an der Macht ist, hat damit einen Wechsel der Allianzen eingeleitet.

Der sudanische Verteidigungsminister Osman Abdallah Mohammed erklärte nach einem Geheimbesuch in Tripolis, es seien gemeinsame Ausbildung, Manöver und eine enge militärische Zusammenarbeit beschlossen worden. Von Waffenlieferungen sagte er nichts, jedoch fürchten ägyptische Militärs, daß die sudanesischen Streitkräfte (53 000 Mann) von amerikanisch-britischen auf sowjetische Waffen aus Libyen umgerüstet werden.

Mit dem Militärabkommen errang der libysche Staatschef Khadhafi einen wichtigen Erfolg. Nach Präsident Numeiris Sturz will er auch den Sturz von Mubarak in Kairo erreichen und den prowestlichen Einfluß im gesamten Niltal auslöschen. In Kairo sind Politiker und Militärs durch das neue Umfassungsmanöver der Libyer und wegen der Entwicklung in Khartum aufs höchste alarmiert.

Der Einfluß Libyens in Khartum wachse in besorgniserregender Weise, berichten westliche Diplomaten. Zahlreiche radikale Sudanesen sind nach dem Sturz Numeiris durch die Armee aus dem libyschen Exil zurückgekehrt. Unter ihnen befinden sich Hunderte von Agenten und ausgebildete Saboteure, die „Revolutionskomitees" gründen und Sudan für den angestrebten Einheitspakt mit Libyen vorbereiten.

Eine Kostprobe boten die ersten antiägyptischen Demonstrationen in der vergangenen Woche. Die Studenten-Union, in der libysche und kommunistische Einflüsse besonders stark sind, konnte rund 40 000 Demonstranten mobilisieren, die ohne Einschreiten der Polizei vor die ägyptische Botschaft zogen und die Auslieferung Numeiris forderten. Numeiri hält sich in Kairo auf, seine Auslieferung wurde von Präsident Mubarak bereits abgelehnt. Die Auslieferung und Aburteilung von Numeiri und seinen Gefolgsleuten wie Vize-Präsident Tayib zählen zu den Forderungen Khadhafis und des sudanesischen KP-Chefs Ibrahim Naqd. Ihnen soll als „Verräter" der Prozeß gemacht werden, weil sie den Friedensvertrag Ägyptens mit Israel unterstützten und bis April Zehntausende von äthiopischen Juden nach Israel ausreisen ließen.

Aufschlußreich waren die Losungen der Demonstranten in Khartum, die nicht nur Numeiri als „Verräter" bezeichneten, sondern auch den ägyptischen Präsidenten Mubarak als „zionistischen Agenten" und „Nieder mit den USA" riefen. Die amerikanische Botschaft in Khartum hat bereits verschärfte Sicherheitsmaßnahmen getroffen, weil man Anschläge befürchtet.

Zur antiägyptischen Fraktion gehören nicht nur die Anhänger Khadhafis und die Kommunisten, sondern auch die einflußreiche UMM-Partei von Saddiq el-Mahdi (50), der sich auf Millionen Anhänger unter der Ansar-Sekte stützen kann und im Exil zeitweise mit Khadhafi zusammengearbeitet hat. (SAD)

DER KOMMENTAR

Khadhafis Träume

PETER M. RANKE

Beduinen drängen ans Wasser, so auch Khadhafi. Der Libyer sieht seit dem Sturz Numeiris in Sudan die Stunde gekommen, mit einem großen Flankenmanöver über Khartum ans Nilwasser vorzustoßen und seinen prowestlichen Erzfeind Mubarak in Kairo zu stürzen. Über den Moscheen Kairos und über den verhaßten westlichen Botschaften will er das grüne Banner seiner Revolution wehen lassen. Radikaler Islam auf dem Vormarsch, in Iran, Libanon, in Libyen.

Das Militärbündnis mit Sudan öffnet Khadhafi den Weg. Nur drei Monate nach dem Sturz Numeiris, den Khadhafi jahrelang betrieben hat, rükken syrische Agenten und Ausbilder an den Nil vor. Libyen stärkt die traditionell antiägyptischen Kräfte – von den Kommunisten bis zu den Mahdi-Anhängern. Waffen sind schon unterwegs. Das schwache Militärregime des Putschgenerals Sawar el-Dahab und seine Übergangsregierung, in der linke und antiwestliche Kräfte den Ton angeben, sind das nächste Etappenziel Khadhafis.

Immer schon wollte der fanatische Revolutionär aus dem Beduinen-Zelt der neue Gamal Abd-el-Nasser Ägyptens, ja der Herrscher aller Araber sein. Seinen Traum vom arabischen Einheitsreich unter seiner Fuchtel verfolgt er seit Jahren mit immer neuen Unionspakten, mal mit Syrien, mal mit Marokko oder Tunesien. Die Sudanesen können sicher sein, daß sie jetzt an der Reihe sind.

Ägypten sieht die Gefahr umklammert zu werden. Wenn Khadhafi sich in Khartum festsetzen kann, steht er im Hinterhof Kairos und vor der Tür Saudi-Arabiens. Israel ist dann von neuem an der Südfront bedroht, während sich im Norden die Schiiten formieren, die islamischen und politischen Gesinnungsfreunde Khadhafis.

Den Libyer treibt ein Ziel, das er mit Geld, Sprengstoff, Terror und Agenten verficht: Wie die fanatischen Ayatollahs in Iran will er Israel als zionistisches Gebilde und jeden westlichen Einfluß in Nahost auslöschen – als Erneuerer und Kämpfer des Islam. Im Westen weiß man das seit langem. Warum läßt man Khadhafi trotzdem gewähren? Die traditionell antiägyptischen Parteien in Sudan reichen jetzt dem Libyer die Hand. Nicht nur in Kairo herrscht Alarmstimmung.

Opferbereitschaft für Umweltschutz

Umfrage zeigt: Nur Minderheit gibt „alternativen Wirtschaftsformen" eine Chance

HEINZ HECK/DW. Bonn

In der deutschen Bevölkerung ist die Bereitschaft groß, für den Umweltschutz finanzielle Opfer zu bringen. Das Ergebnis einer gestern in Bonn veröffentlichten Umfrage der Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Emnid zeigt jedoch auch, daß die Mehrheit der Befragten (51 Prozent) ihren eigenen Beitrag selbstkritisch als noch zu gering bezeichnet. Befragt wurden rund 10 000 Bürger in 65 Städten im gesamten Bundesgebiet.

Ungeachtet aller Technikfeindlichkeit und Angst vor der Zukunft setzt das Gros der Befragten (73 Prozent) auf den technischen Fortschritt, auf Innovation und Recycling. Nur 24 Prozent geben alternativen Wirtschaftsformen eine Chance. Die Luftverunreinigung gilt als das größte Problem (88 Prozent). In der Dringlichkeit der Maßnahmen rangieren dahinter Verunreinigung des Wassers (75), des Bodens (59), Beeinträchtigung der Landschaft (38) und Lärmbelästigung (30 Prozent).

An der Spitze der befürworteten Maßnahmen steht die bessere Aufklärung der Bevölkerung (88 Prozent). Für strengere Umweltschutzgesetze und staatliche Subventionen plädieren drei von vier Befragten. Erst dann folgen höhere Verbraucherpreise (65 Prozent) und als „Schlußlicht" in der Skala höhere Steuern mit 38 Prozent.

Das Argument, die finanziellen Aufwendungen für den Umweltschutz könnten die Massenarbeitslosigkeit noch steigern, der Umweltschutz werde also zum Jobkiller, findet in der Bevölkerung offenbar keinen Widerhall: Nur sieben Prozent befürchten Arbeitsplatzvernichtung, 64 Prozent sehen den Umweltschutz als „Jobknüller", und 26 Prozent vermuten keinen Zusammenhang.

Resignation vor Umweltproblemen ist nicht zu beobachten: Nur vier Prozent der Befragten sind der Meinung, Umweltprobleme seien nicht zu lösen. Dieser Zukunftspessimismus liegt bei den unter 20jährigen mit sieben Prozent fast doppelt so hoch wie im Bevölkerrungsdurchschnitt. Dagegen halten bei der Frage nach der Lösungskompetenz 81 Prozent „ein Zusammenwirken aller" für erforderlich. Weder dem Staat (8), den Unternehmen (6) noch den privaten Haushalten (6) wird zugetraut, mit den Umweltproblemen allein fertig zu werden. Die Lösung werde damit zu einer gesellschaftlichen Herausforderung, der sich alle zu stellen hätten und die nur gemeinsam zu bewältigen sei, heißt es in der Studie. Die Umweltbelastung, so das Fazit, werde „durchaus nüchtern und ohne Panik gesehen, aber ebenso deutlich wird die Dringlichkeit, mit der die Bevölkerung eine Verbesserung der Umweltqualität wünscht".

Die deutsche Industrie unterstütze den marktwirtschaftlichen Kurs der Bundesregierung in der Umweltpolitik, vermisse allerdings ein Gesamtkonzept mit klaren Prioritäten, hat Siegfried Mann, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), in der „Europäischen Zeitung" erklärt. Eine Gesetzes- und Regelungsflut auf dem Gebiet des Umweltschutzes berge die Gefahr in sich, „Vollzugsdefizite und Glaubwürdigkeitsverluste von morgen zu programmieren".

Heidemann und Kujau gehen in die Revision

U. BAHNSEN, Hamburg

Im Betrugsprozeß um die gefälschten „Hitler-Tagebücher" wurde gestern der frühere „Stern"-Reporter Gerd Heidemann zu vier Jahren und acht Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Der geständige „Tagebuch"-Fälscher Konrad Kujau erhielt vier Jahre und sechs Monate Haft, seine Lebensgefährtin Edith Liebelang wegen Hehlerei acht Monate, die zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Die Haftbefehle gegen Heidemann und Kujau, die sich seit mehr als zwei Jahren in Untersuchungshaft befinden, bleiben in Kraft; jedoch beschloß das Gericht für beide Haftverschonung mit Auflagen. Diese Entscheidung der Strafkammer kann jedoch zunächst nur für Heidemann wirksam werden, da gegen Kujau noch ein Haftbefehl wegen der Beschuldigung der Steuerhinterziehung besteht.

Das Gericht blieb im Hinblick auf Heidemann und Kujau erheblich unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft, die für Heidemann sieben und für Kujau sechs Jahre Freiheitsstrafe gefordert hatte. Die sechs Verteidiger hatten Freispruch verlangt. Die drei Angeklagten wollen gegen die Urteile Revision einlegen.

In der Urteilsbegründung verwies der Gerichtsvorsitzende Hans-Ulrich Schroeder auf eine „erhebliche Mitschuld des Verlagshauses Gruner + Jahr". Diese sei jedoch nicht Verhandlungsgegenstand des gestern beendeten Prozesses gewesen und bedürfe einer Würdigung bei anderer Gelegenheit.

Seite 2: So leid es mir tat
Seite 8: Das Urteil

Siemens wartet auf den Bonner SDI-Entschluß

DANKWARD SEITZ, München

Noch keinerlei Entscheidungen oder gar Verträge über eine mögliche Beteiligung am amerikanischen Weltraumprojekt „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) sind bisher beim größten deutschen Elektrokonzern Siemens AG (Berlin/München) gefallen oder abgeschlossen worden. Dies teilte jetzt Siemens-Vorstandsvorsitzender Karlheinz Kaske mit. Erst einmal müßten in Bonn die politischen Fragen geklärt werden, bevor die technischen Erfordernisse zur Projektteilnahme geprüft würden.

Ganz anders sieht es offenbar bei den US-Konzerntöchtern aus. Deren Mitwirkung an SDI wird von der Muttergesellschaft nicht ausgeschlossen. Kaske: „Ich kann doch amerikanische Staatsbürger nicht daran hindern, sich an einem Projekt ihres Landes zu beteiligen."

Als eine zivile Ergänzung, aber „keine Alternative" zu SDI bewertete Kaske das europäische Hochtechnologie-Projekt „Eureka". Siemens sei durchaus an einer Teilnahme interessiert, wenn die öffentliche Finanzierung geklärt sei.

Von Ende September 1984 bis Ende Mai 1985 wurden bei Siemens im Inland 13 000, im Ausland 3000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Weltweit beschäftigt der Konzern damit jetzt 338 000 Mitarbeiter. Möglich geworden sei dies durch „konsequente Anwendung neuer Techniken". Bei weiterhin günstiger Konjunktur sei im nächsten Jahr mit noch mehr Neueinstellungen zu rechnen.

Erziehungsgeld: FDP-Bedenken bleiben

Nur „große Sympathie" für Bangemann verhinderte Eklat im Partei-Präsidium

STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit Empörung hat das FDP-Präsidium gestern auf den mit der CDU/CSU getroffenen Kompromiß beim Erziehungsgeld reagiert. Nach der Sitzung unter Leitung des stellvertretenden Parteichefs Wolfgang Gerhardt erfuhr die WELT, daß nur die „große Sympathie" für den FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann und die Bereitschaft zur Unterstützung der „angeschlagenen" CDU „einen Eklat verhindert" habe. Nur deshalb trage das „vorher nicht gefragte" Präsidium, dessen Zustimmung die Bundestagsfraktion verlangt hatte, den am 17. Juli im Bundeskabinett zur Verabschiedung anstehenden Kompromiß trotz aller Kritik mit. Am Morgen hatte Otto Graf Lambsdorff noch einmal Bundeskanzler Helmut Kohl die FDP-Bedenken vorgetragen.

Unter den anwesenden sechs Mitgliedern der elfköpfigen FDP-Spitze hatte lediglich Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer die Vorlage verteidigt: Eine volle Ablehnung sei der CDU/CSU nicht zuzumuten gewesen. Dagegen meinten unter anderem Manfred Brunner, Walter Hirche und Lambsdorff, liberale Grundvorstellungen seien unzureichend berücksichtigt. Justizminister Hans Engelhard und andere Führungsmitglieder meldeten sogar Vorbehalte aus verfassungsrechtlichen Gründen an.

Begrüßt wurde zwar, daß Bangemann, Lambsdorff und Adam-Schwaetzer noch Verbesserungen für den Mittelstand erreicht hätten. Nicht ausreichend seien aber die Ergebnisse für die Frauen. Außerdem würden Forderungen nach Beseitigung von Einstellungshemmnissen und Abbau der Bürokratie nicht erfüllt.

Noch bevor es zu der hitzigen Debatte kam, hatte Generalsekretär Helmut Haussmann vor der Presse angekündigt, daß die FDP mit konkreten Vorschlägen und Forderungen zur künftigen Gestaltung der Wirtschafts-, Steuer- und Beschäftigungspolitik in die Offensive gehen werde. Im September werde sie eine Serie von zehn Fachkongressen starten. Dabei würden sich die Freien Demokraten bei der Beschäftigungspolitik, die sie zum innenpolitischen Thema Nr. 1 machen wollen, aber auch bei der Außenpolitik vor allem mit der SPD auseinandersetzen. Denn die FDP-Pläne seien leichter mit der CDU/CSU umzusetzen.

Haussmann appellierte deshalb an die Union, Kontroversen „nicht innerhalb der Koalition", sondern mit der SPD „zu betreiben". Unabhängig davon kritisierte der stellvertretende Bundestagsfraktionchef Hans-Günter Hoppe die CSU vor allem wegen ihrer Haltung zur Frühpensionierung von 1200 Offizieren: „Solche Straußeneier darf sich die Koalition künftig nicht mehr ins Nest legen lassen."

Als Schwerpunkte bei der Beschäftigungspolitik will die FDP jetzt die Mitverantwortung der Tarifpartner in der Lohnpolitik gegenüber den Arbeitslosen, das Festhalten der Bundesregierung an marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Möglichkeiten, die sich Arbeitslosen bei mehr Flexibilität und Mobilität eröffneten, verdeutlichen.

SPD will Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze festschreiben

Gemeinsame Entschließung mit der Koalition angestrebt

DW. München

Die SPD will „aktiv auf die DDR zugehen", die Deutschlandpolitik der 70er Jahre fortsetzen und die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze festschreiben. Der deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Büchler, erklärte, die SPD strebe mit den großen Parteien eine gemeinsame Entschließung zur Deutschlandpolitik unter diesen Gesichtspunkten an. Es bestehe aber nur wenig Hoffnung, daß es zu einer Übereinkunft komme. Hier stehe der „CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im Hintergrund, der eine ungute Rolle spielt".

Büchler übte scharfe Kritik an der gegenwärtigen Deutschlandpolitik der Unionsparteien. Mit der Erhöhung des Swing-Kredits für die „DDR" sei eine Chance vertan worden, um Zugeständnisse, etwa beim Zwangsumtausch und im Umweltschutz zu erreichen. Auch das Asylantenproblem sei nicht gelöst worden, und es bestehe die Befürchtung, daß Berlin auch weiterhin ein Einfalltor für Asylanten bleibe.

Der Münchener SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt kündigte Kontakte der SPD zur „Volkskammer" der „DDR" in Ost-Berlin an. Da von der Bundesregierung in dieser Richtung keine Initiative mehr zu erwarten sei, werde die SPD nunmehr eine Einladung an eine Delegation der „Volkskammer" richten.

Büchler und Schmidt beklagten, daß wegen widersprüchlicher Aussagen gegenwärtig nur schwer festzustellen sei, wo die Bundesregierung in der Außenpolitik wirklich stehe. Bundeskanzler Kohl sei „zu schwach, um eine eigene Linie zu entwickeln". Die Außenpolitik der Bundesrepublik drohe diffus zu werden, ihr fehle auch Berechenbarkeit. Kontinuität sei hier nötig. Bundesaußenminister Genscher werde von der SPD unterstützt, weil er die Außenpolitik der sozialliberalen Koalition fortsetzen wolle. Deshalb werde Genscher auch von der CSU bekämpft. Die FDP habe aber nicht den Handlungsspielraum, um die jetzige Koalition zu verlassen. Es gehe bei ihr ums Überleben.

Die doppelte Rolle der Reservisten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundeswehr hat die Reservisten entdeckt, allerdings nicht freiwillig. Vielmehr ist es der düstere Ausblick auf die kommenden geburtenschwachen Jahrgänge junger Männer, der die Führung der Streitkräfte dazu bewogen hat, nach dem Motto zu verfahren „Es geht nicht ohne Reservisten". Diese Erkenntnis, vor Jahren bereits vom gleichnamigen Verband propagiert, spiegelt sich im jüngsten Brief von der Hardthöhe an die Kommandeure wider.

In der „Information für Kommandeure" schreibt Wolfgang Altenburg, Reservisten stellten „in der Verteidigungsgliederung nahezu zwei Drittel der Personalstärke der Streitkräfte". Und Altenburg fügt hinzu: „Reservisten tragen nicht nur zur Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr, sondern auch zur Verteidigungsbereitschaft in unserer Gesellschaft bei ... Die doppelte Rolle der Reservisten muß von den aktiven Streitkräften mehr als bisher erkannt, gewürdigt und unterstützt werden." Die „Information für Kommandeure" wendet sich an alle Truppenführer, bis hinunter zur Bataillonsebene.

Die Äußerungen des ersten Soldaten der Bundeswehr bedeuten einen völligen Umschwung im Denken der aktiven Soldaten. Zumindest die, die „ganz oben" die Verantwortung haben, beginnen zu begreifen, daß die Bundeswehr ihrer Aufgabe der Friedenssicherung im Verband der NATO nur dann gerecht werden kann, wenn sie sich in ihrer konkreten Planung und geistigen Einstellung nicht allein auf die Ausbildung der Rekruten im sogenannten Friedensbetrieb und dabei auf die Erhaltung der Einsatzbereitschaft allein der aktiven Verbände konzentrieren darf. Darüber hinaus stellt sich der Truppe die Aufgabe, für den Fall des Einsatzes zu denken und zu planen. Altenburg: „Schon bei der Ausbildung der Wehrpflichtigen im Grundwehrdienst muß alles das verstärkt gefördert werden, was einer Mobilmachungsverwendung dient."

Mobilmachung – das wird zum Schlüsselwort für die Bundeswehr. In ihrer vollen Einsatzstärke umfaßt sie künftig 1,34 Millionen Mann. Im Friedensdienst der neunziger Jahre wird sie, wenn die von Altenburg entworfene und Minister Wörner gutgeheißene Bundeswehrplanung greift, lediglich noch 456 000 Mann an gleichsam „präsenter Truppe" in den Kasernen haben. Weitere 15 000 Soldaten sind dann Wehrübende, die in einem ständigen Strom von Kommen und Gehen alle zwei Wochen wechseln werden. Die restlichen 24 000, die den Friedensumfang von 495 000 aufzufüllen haben, werden der Verfügungsbereitschaft angehören und damit nötigenfalls innerhalb von Stunden zur Truppe zurückkehren müssen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Griechisches Feuerwerk

Von Evangelos Antonaros

Für Athens Verbündete im Westen ist es Routine, vom sozialistischen Regierungschef Andreas Papandreou kritisiert zu werden. Im griechischen Wahlkampf rechnete er mit Frau Thatcher ab, der er Rechtsradikalismus vorwarf. Kurz darauf geriet Italiens Ministerpräsident Bettino Craxi in die Schußlinie, weil er sich auf dem Mailänder EG-Gipfel angeblich zu sehr mit dem deutsch-französischen Plan identifizierte.

Jetzt ist Bundeskanzler Helmut Kohl dran. Ein Athener Regierungssprecher warf ihm vor, Probleme in der Gemeinschaft hervorzurufen. Griechenland lasse sich von niemandem Vorschriften machen und sei fest entschlossen, der vom „EG-Direktorium" vorangetriebenen Abschaffung des Vetorechts entgegenzuwirken. Im übrigen habe auch Ignaz Kiechle (der von amtlicher griechischer Seite als „Staatssekretär im Auswärtigen Amt" identifiziert wurde), von der Veto-Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Anstoß hatte Papandreou an einer Äußerung Kohls vor der Bundespressekonferenz am Donnerstag genommen: „Der griechische Ministerpräsident hat vor dem Rat erklärt, für Griechenland sei eine einheitliche europäische Außenpolitik ganz und gar inakzeptabel. Demgegenüber sage ich, für uns ist eine Gemeinschaft ganz und gar inakzeptabel, die nur einen gigantischen Umverteilungsapparat beinhaltet."

Daß Athens Regierungssprecher seine überspitzte Gegenerklärung vor griechischen Berichterstattern und nicht vor der Auslandspresse abgab, verrät Papandreous Motive: Ihm geht es wieder einmal darum, sich als der Vorkämpfer der nationalen Belange Griechenlands zu profilieren und dadurch von anderen Problemen, etwa im Wirtschaftsbereich, abzulenken. Vier Wochen nach seinem zweiten Wahlsieg hat Papandreou noch kein konkretes Wirtschaftsprogramm vorlegen können.

Papandreous Taktik ist allerdings nicht in erster Linie außenpolitisch gefährlich. Durch seine antiwestliche Haltung trägt er maßgeblich dazu bei, daß sich in Griechenland allmählich eine Dritte-Welt-Mentalität entwickelt. Jetzt schon scheint es kaum mehr möglich zu sein, diesen Trend wieder rückgängig zu machen.

Mugabe schafft Klarheit

Von Monika Germani

Fünf Jahre ist Zimbabwe unabhängig. Fünf Jahre hielt sich Premier Mugabe an die Vereinbarungen von Lancaster House, die sowohl Matabele als auch Weißen die notwendigen Minderheitsgarantien zusicherten. Hatte er bereits kurz nach seiner Machtübernahme den Einparteienstaat angekündigt, so übte er sich vor allem während der letzten Monate vor den Wahlen in bemerkenswerter Zurückhaltung in dieser Frage.

Noch hatte er nicht die absolute Mehrheit, noch hoffte er vor allem auf einen Sieg der weißen „Unabhängigen", die ihm den Weg ebnen sollten. Seine Erwartungen wurden enttäuscht, Mugabe macht keinen Hehl daraus. Aber die Konsequenz, mit der er die Abschaffung der vereinbarten Minderheitengarantien androht, muß selbst Beobachter überraschen, die diesem Marxisten und ehemaligen Guerrilla-Führer nie seine Bekenntnisse zur Demokratie abgenmommen hatten. Die nicht die sowjetischen Ausbilder in den gemeinsamen Guerrilla-Lagern in Moçambique vergessen hatten, die abends die Waffen einschließen mußten, damit sich die Befreiungsbewegungen nicht gegenseitig voneinander befreiten.

Sicherlich werden Mugabes nächste Schritte südlich des Limpopo-Flusses sorgfältig beobachtet. Auch dort stehen große Umwandlungen bevor. Staatspräsident Botha gerät unter immer stärkeren Druck der Europäer und aus Washington, den Schwarzen volle Gleichberechtigung und Wahlen nach dem Modus „ein Mann, eine Stimme" zu gewähren. Welchen Schwarzen? Mugabes geplantes Einparteienregime soll ja nicht nur die Weißen treffen, denen er jetzt offen das Verlassen Zimbabwes anrät. Die weißen Bürger Zimbabwes würden ihre Heimat gewiß nicht gern verlassen, aber sie könnten leichter im Ausland unterkommen als die schwarzen Minderheiten.

Mugabes Partei stützt sich praktisch nur auf seinen Stamm der Shona, die Matabele waren und sind Verfolgungen ausgesetzt. Interessanterweise wird in der westlichen Auseinandersetzung um Südafrika nie nach dem „Modell Zimbabwe" gefragt: wie es den schwarzen Minderheiten in Südafrika erginge und welcher Verlaß auf Verfassungsgarantien wäre, wenn man heute „one man, one vote" einführte.

Castros zweite Revolution

Von Günter Friedländer

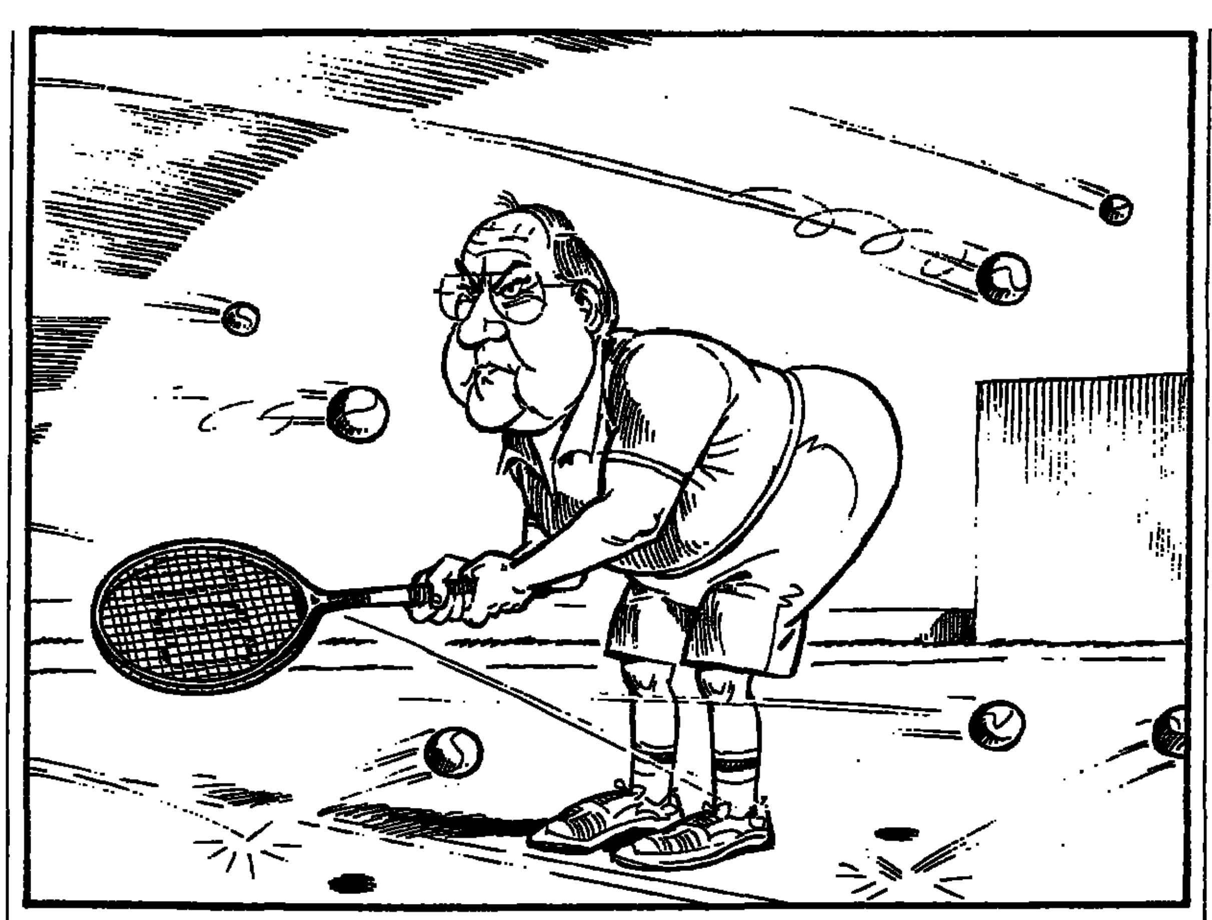
Der Juli hat Fidel Castros Kuba eine zweite Revolution beschert: achthunderttausend Kubaner erhalten im Lauf des Monats Besitztitel für die Häuser und Wohnungen, die sie bisher vom Staat mieten mußten.

Die Regierung steigt aus dem Geschäft der Hausbesitzer aus. Mehr als jede außenpolitische Regelung es tun könnte, führt diese neue Regelung die Kubaner wieder in Lateinamerikas Völkergemeinschaft zurück. Sie dürfen wieder auf die Erfüllung des heißesten Wunsches aller Lateinamerikaner hoffen: ein Eigenheim zu besitzen. Und sie dürfen es sogar ganz oder teilweise vermieten und ihren Kindern hinterlassen.

Vor fünfundzwanzig Jahren enteignete Castro im Rahmen eines der ersten Gesetze der Revolution unter den verschiedensten Vorwänden Häuser und Wohnungen und verteilte sie unter Wohnungssuchende. Die Miete wurde nicht nach dem Wert der Wohnung, sondern nach dem Einkommen des Mieters mit zehn Prozent seines Gehaltes festgesetzt und bewegte sich zwischen monatlich 60 und 120 Mark. Der Preis für das neu gegebene Eigenheim beträgt fünfzehn bis zwanzig Jahresmieten, wobei die bisher an den Staat gezahlten Mieten angerechnet werden.

Der Grund für diese Rückkehr zum Kapitalismus gerade beim Wohnungseigentum ist allerdings nicht grundsätzlicher, sondern utilitaristischer Natur. Die Regierung, in deren Ideologie die wirtschaftlichen Realitäten die größte Rolle spielen, verstand nicht, daß die Instandhaltung älter werdender Wohnungen erdrückend wird. Die bisher dafür aufgewendeten Mittel sollen nun in den Wohnungsbau gesteckt werden, um das jährliche Defizit von achtzigtausend Wohneinheiten zu mildern.

Ein weiterer Gewinn des Wohnungsverkaufs ist, daß der Besitz eines Eigenheims die Kubaner weniger hart fühlen läßt, daß sie nur mit Erlaubnis der Regierung von einem Ort in einen anderen umziehen dürfen. Wer sich einen unliebsamen Mieter einhandelt, der die Miete schuldig bleibt, kann ihn wie einem kapitalistischen Land mit der Polizei an die Luft zen. Kuba wird bald wieder einen blühenden Immobilienkt haben. Wie lange, das weiß freilich niemand.



Was würde Boris jetzt machen? KLAUS BÖHLE

So leid es mir tat

Von Enno v. Loewenstern

Wieder einmal traf es die Kleinen, während die Großen zufrieden die Feststellung des Gerichts registrierten, dies sei kein Prozeß gegen den „Stern" gewesen. So mag in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, der „Stern" sei das Opfer zweier Betrüger geworden; und: wo sind nun die Millionen geblieben? Zwar sprach das Gericht von einer „erheblichen Mitschuld des Verlagshauses Gruner + Jahr"; dies aber erkennbar („eine Art Beitrag des Betrogenen") nur darauf bezogen, daß der Verlag es den Tätern leichtgemacht habe, soweit sie ihn schädigten. Völlig unerörtert blieb, daß die Fälschung an die Öffentlichkeit weiterverkauft wurde und der Verlag mit einigen Millionen Exemplaren voll angeblich echten Führerworten andere Millionen einnahm.

Dabei war von Anbeginn erkennbar gewesen, daß die angeblichen Quellen zweifelhaft waren und der Inhalt noch mehr, vor allem aber: daß die Brisanz des Stoffes in jedem Fall die gründlichste Prüfung durch Sachverständige sowohl aus rechtlichen wie auch aus politischen Gründen erforderte. Der Einfall, Hitler als Illustriertenware zu vermarkten, war bizarr genug; daß die Verantwortlichen aber darüber hinaus sich der Bedeutung gerade dieses Textes durchaus bewußt waren, zeigte die Erklärung des Chefredakteurs Koch namens des „Stern", daß nunmehr die Geschichte umgeschrieben werden müsse.

Selbst die verschwisterte Wochenzeitung „Zeit" rang sich zu der Prozeß-Kritik durch: „Ja, nicht einmal ein Wörtchen hörte man über die unleugbare Mitverantwortung des Verlagsriesen Gruner + Jahr und der ‚Stern'-Redaktion." Sie vermerkte die Äußerung des Staatsanwalts: „Die Hoffnungen auf einen ‚Stern'-Prozeß konnten sich hier nicht erfüllen", und die Hast, mit der er seinen Nachsatz „so leid es mir tat" zurücknahm, als die Journalisten in Gelächter ausbrachen.

Auch die weltanschaulich nahestehende „Frankfurter Rundschau" höhnte über den „Persilschein" der Staatsanwälte für den Verlag und den „taktischen Weg, ... der, so darf man vermuten, mit den vorgesetzten Stellen gut abgestimmt wurde." Und die „Zeit" fuhr fort: „Manch einer erinnerte sich in diesem Moment daran, daß die Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser seinerzeit erklärt hatte, sie wünsche keinen ‚Schauprozeß' gegen den ‚Stern' und seinen Verlag. Die ‚Frankfurter Allgemeine' konnte sich den Hinweis nicht verkneifen, daß Gruner + Jahr immerhin einer der wichtigsten Arbeitgeber der Hansestadt sei."

Das sind gespenstische Überlegungen, die da ungestraft und unwiderlegt über die Justizbehörden im demokratischen Rechtsstaat angestellt werden konnten. Dabei scheut man sich im fortschrittlichen Hamburg selten, gegen Arbeitgeber als solche vorzugehen. Kann das enthüllende Wort „Schauprozeß" – was diese Dame ihren unabhängigen Gerichten alles zutraut! – etwas mit dem Problem der ideologischen Affinitäten zu tun haben? Wie auch immer; daß ein Unternehmen objektiv den Tatbestand eines Massenbetrugs mit Millionenschaden an unzähligen Käufern verwirklicht und daß gegen die Unternehmensleitung nicht einmal ein ordentliches Ermittlungsverfahren hinsichtlich der subjektiven Tatseite veranstaltet wird, gehört zu den Wundern der deutschen Rechtsgeschichte. Wenn man es denn als Wunder bezeichnen will.

Aber der juristische Aspekt, und damit der Zustand der Hamburger Justiz, ist nur eine Seite der Talmi-Medaille. Der andere ist die Rolle einer Journalistik, die antrat, mit einem Busenblatt die Geschichte umzuschreiben. Gewiß müßten neuentdeckte persönliche Aufzeichnungen Hitlers, wenn sie denn echt wären, veröffentlicht werden, aber in einem gemäßen Rahmen; noch ist gottlob niemand auf den Versuch verfallen, „Mein Kampf" als Illustriertenserie feilzubieten. Das ginge ja auch aus urheberrechtlichen Gründen nicht. (Das Urheberrechtsproblem war übrigens der eine Punkt, wo das Gericht dauernd hinsichtlich der Tatseite von Verlag und Chefredaktion nachbohrte.)



„Die Geschichte umschreiben": Koch, Heidemann FOTO: AP

Aber selbst wenn, von dieser Frage einmal abgesehen, so ein Blatt Hitler-Texte veröffentlichen wollte, weil es sie für gewinnträchtig hält: mußte nicht gerade da die gründlichste Vorkehrung getroffen werden, daß man nicht am Ende dasteht als jemand, der mit Fälschungen ausgerechnet Hitlers Geschichte umschreiben wollte? Angeblich fürchtete man im „Stern", ein wissenschaftlicher Prüfer könnte die Trouvaille an die Konkurrenz ausplaudern. Achten wir das Interesse des „Stern" an seinen Geschäften, auch wenn er sonst nicht zimperlich mit der Geschäftswelt umspringt. Aber hätte nicht die simpelste kaufmännische Abwägung die Frage aufwerfen müssen, wieviel größer das Schadensrisiko für das Unternehmen wäre, falls die Texte unecht wären?

Anscheinend hat man in Verlag und Redaktionsleitung diese Befürchtung nicht gehabt. Anscheinend haben die bisherigen Erfahrungen, etwa mit dem gefälschten Hauser-Tagebuch, eine solche Befürchtung nicht veranlaßt. Und anscheinend hatten sie damit recht, auch was den übelsten Skandal der Pressegeschichte, die „Hitler-Tagebücher", betrifft. Am Ende stellt sich die Sache so dar, daß man ein paar Millionen in den Sand gesetzt hat; die rechtliche wie auch die moralische Dimension hingegen sind abgewälzt auf zwei Kleine, „so leid es mir tat". Die Geschäfte des Blattes gehen weiter, seine Ansprüche als Sittenrichter der Republik auch. Die Republik hat es verkraftet; man kann darin, wenn man will, auch ein gutes Zeichen sehen. Ein Symptom ist es auf alle Fälle.

IM GESPRÄCH Eugenia Charles

Küchenkabinett

Von Werner Thomas

Sie konnte wieder einen überwältigenden Wahlsieg erringen, ihre Freiheitspartei erhielt 59 Prozent der Stimmen. Der erste und bisher einzige weibliche Premierminister der Karibik bleibt fünf weitere Jahre im Amt.

Eugenia Charles, 66, war nicht überrascht. „Ich wußte, daß die Sache gut für uns laufen würde", sagte die Regierungschefin des Inselstaates Dominica. „Ich kenne die Stimmung des Volkes."

Die Stimmung des Volkes tendiert in konservativer Richtung, ein allgemeiner Trend in der englischsprachigen Karibik. Die Ereignisse auf Grenada spielten eine Rolle.

Fast alle Politiker der Region, die Amerikas Intervention am 25. Oktober 1983 angerufen und verteidigt haben, verbuchten seither Wahlerfolge. So ließ sich Jamaicas Premier Edward Seaga wenige Wochen nach der Grenada-Aktion rasch im Amt bestätigen. Herbert Blaize, konservativ ausgerichtet wie Seaga und Eugenia Charles, regiert seit November 1984 zum zweiten Mal Grenada.

Das Thema Grenada und der Ost-West-Konflikt spielten im Wahlkampf eine zentrale Rolle. „Nein zum Kommunismus" lautete die Parole der Freiheitspartei. Stolz verwies Eugenia Charles darauf, daß sie damals als Präsidentin der Organisation Ostkaribischer Staaten die Reagan-Regierung zu militärischen Schritten gegen die radikalen marxistischen Putschisten Grenadas ermutigt hatte. Als Präsident Reagan an jenem denkwürdigen Oktobermorgen im Weißen Haus die Landung amerikanischer Marineinfanteristen verkündete, stand die Frau aus Dominica neben ihm.

Eugenia Charles und ihre Rivalen von der linken Labour-Partei warfen sich gegenseitig ausländische Hilfe vor. Die Premierministerin beschuldigte die Labour-Leute, sie ließen sich von Nordkorea, Kuba und anderen kommunistischen Ländern finanzieren. Ein wichtiger Vertreter der Opposition, Edon Durand, studierte Politische Wissenschaften in Kuba. Das Labour-Lager wiederum brachte die Regierungschefin mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA in Verbindung.



Sie betrieb die Befreiung Grenadas: Eugenia Charles FOTO: CAMERA PRESS

Die Juristin und Junggesellin Eugenia Charles steht seit 1980 an der Spitze des kleinen Inselstaates (86 000 Menschen, 751 Quadratkilometer). Sie beeindruckte viele ihrer Landsleute durch einen resoluten Regierungsstil, aber auch durch eine volkstümliche Art. Gelegentlich organisiert die Ministerpräsidentin Kabinettssitzungen in ihrer Küche und kocht während den Beratungen für ihre Minister.

Dies sollen die letzten Wahlen der populären Politikerin gewesen sein. Eugenia Charles möchte nach dieser Amtsperiode zurücktreten und jüngeren Leuten die Verantwortung übertragen. „Die nächste Generation muß eine Chance erhalten", sagte sie.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Über Becker heißt es hier:

Es ist wie im Märchen. Ein Junge zieht in die Welt, um sie zu erobern ... Der junge Tennisstar ist ein Glücksfall für unser Land. Man kann sich keinen besseren Sympathieträger vorstellen. Bescheiden und doch vollkommen unverkrampft bietet er nicht nur einen willkommenen Gegensatz zu den im Profi-Tennis allzufrüh ergrauten Altstars. Wer in dem Jubel um den deutschen Tennis-Wunderknaben die Erleichterung über eine bald bevorstehende Erlösung von den Flegeljahren des Amerikaners McEnroe hat mitschwingen hören, dürfte richtig liegen.

Neue Zürcher Zeitung

Zum „kleinen Parteitag" der CSU in Nürnberg schreibt sie:

Strauß hat sich in Nürnberg mit moderaten Tönen, aber mit einem nicht zu schmalen Katalog der Forderungen abermals zu einer Weiterführung der Koalition und damit – wenigstens indirekt – zu Bundeskanzler Kohl bekannt. Eine Diskussion darüber, wie sehr er selbst die von ihm beklagte negative Stimmung beeinflußt, fand nicht statt, ebensowenig wie über die in letzter Zeit von einigen Parteifreunden erörterte Möglichkeit seines Eintritts ins Kabinett. Betrachtet man die von ihm vorrangig angesprochenen Gruppen – Arbeitslose, Mittelstand, Bauern und Vertriebene –, so sind damit in erster Linie die Verhältnisse in Bayern anvisiert. Der bayerische Ministerpräsident und Parteichef Strauß argumentierte in Nürnberg somit vorrangig für die CSU – eine Landespartei mit zwar stetig angemeldetem, aber nie durchgesetztem bundesweiten Anspruch.

FINANCIAL TIMES

Die britische Wirtschaftszeitung kritisiert die Regierung Kohl:

Die übertrieben vorsichtige Führung der Wirtschaft in Westdeutschland droht anderen Ländern Schaden zuzufügen und könnte sich auch im eigenen Land letztlich als Schlag ins Wasser erweisen. Die Abhängigkeit vom Export als Hauptwachstumsquelle kombiniert mit schwachem privatem Konsum läßt den Außenhandelsüberschuß von einem Rekord zum anderen steigen. Die Kombination dieser beiden Faktoren verhindert echten Fortschritt bei der Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Die unter der Regierung Kohl erzielten Erfolge sind unbestreitbar. Die Bitten des Auslands, Bonn solle eine Deflation einleiten, sind auf taube Ohren gestoßen.

LE FIGARO

Das Pariser Blatt bewertet den Frankreich-Besuch des spanischen Königs:

Als Ziel seiner ersten Auslandsreise als europäischer Staatschef hat Juan Carlos also Frankreich gewählt. Dies ist sicher kein Zufall. Tatsächlich schien es Madrid passend, gleichzeitig die Anerkennung durch Europa und die wiedergefundene Verständigung mit Frankreich zu feiern – die im übrigen mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung, eines wahren französisch-spanischen Freundschaftspaktes, zum Ausdruck gebracht werden soll ... Trotz alldem bleibt ein schwarzer Punkt: In den vergangenen Jahren hat Spanien systematisch französische Unternehmen von allen großen industriellen Aufträgen ausgeschlossen.

Das Prager Regime und die Pfiffe von Velehrad

Eine kirchliche Feier enthüllt die Stimmung der Menschen / Von Carl Gustaf Ströhm

Die Pfiffe und Unmutsäußerungen, mit denen die Vertreter des CSSR-Regimes, allen voran der wegen seiner kirchenfeindlichen Härte bekannte Kulturminister Milan Klusak, während der Methodius-Feiern in Velehrad konfrontiert wurden, müssen der Prager Führung zu denken geben. 150 000 Menschen hatten sich im mährischen Wallfahrtsort zu Ehren des Slawenapostels versammelt. Das war die größte kirchliche Manifestation in der Tschechoslowakei seit der Machtübernahme durch die Kommunisten. Ihre Äußerungen waren der erste Massenprotest von Tschechen und Slowaken seit dem Ende der Dubcek-Ära.

Aus den Vorfällen von Velehrad muß das Prager KP-Regime um so mehr seine Konsequenzen ziehen, als die neu installierte Gorbatschow-Mannschaft in Moskau alles daransetzen dürfte, um die Disziplin und Kohäsion innerhalb des sozialistischen Lagers zu festigen. Schon der bloße Verdacht, in der Tschechoslowakei könnten „polnische Zustände" einreißen, muß also unter allen Umständen vermieden werden. Man wird sich angesichts der Beteiligung sehr vieler junger Menschen auch die Frage stellen, ob die massive atheistische Propaganda der letzten vier Jahrzehnte nicht ein Versager war.

Die Empfindlichkeit des Husak-Regimes gegenüber westlicher Kritik sollte man freilich nicht überschätzen. Die Machthaber in Prag rechnen damit, daß die protestierenden Gläubigen von Velehrad bald wieder in ihren Alltag zurückkehren werden. Viele Namen hat die Polizei durch Ausweiskontrollen bereits festgestellt. Die Betroffenen werden, wenn sie eine Beförderung erwarten, einen Auslandspaß beantragen oder eine bessere Wohnung suchen sollten, die subtile Rache der Kommunisten zu spüren bekommen.

Dennoch dürfte die Prager Führung gerade jetzt versuchen, den inneren Druck durch gewisse formelle Konzessionen zu erleichtern. Hier befleißigt man sich offensichtlich einer Doppelstrategie: Auf der einen Seite rigoroses Einreiseverbot für ausländische Kardinäle, womit man nach Verhinderung des ursprünglich geplanten Papstbesuches hauptsächlich den polnischen Primas Glemp fernhalten wollte; Johannes Paul II. und Glemp standen im Verdacht, den „polnischen Bazillus nach Böhmen und Mähren übertragen zu wollen.

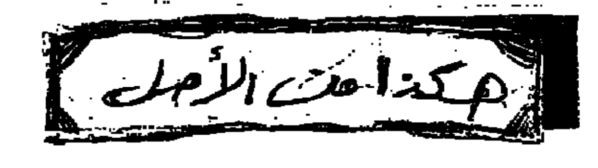
Auf der anderen Seite wurde Kardinalstaatssekretär Casaroli mit allen Ehren und großer Eskorte begrüßt. Dieses läßt auf einen bevorstehenden taktischen Schachzug der Kommunisten schließen: Prag könnte mit dem Vatikan eine Übereinkunft über die Besetzung der fünf vakanten Bischofssitze und der gleichfalls nicht besetzten beiden Erzbischofssitze in Olmütz und Tyrnau anstreben, ohne daß sich grundsätzlich an der Lage der katholischen Kirche etwas ändert.

Wie drückend die Situation der tschechischen und slowakischen Katholiken heute ist, zeigt ein Vergleich zwischen den fast gleichzeitig abgehaltenen Methodius-Feiern in Kroatien und in Mähren. Auch die jugoslawischen Kommunisten sind kirchenfeindlich eingestellt. Aber im kroatischen Djakovo nahmen nicht nur ausländische katholische Würdenträger – zum Teil dieselben, die zwei Tage später von den Tschechen ausgesperrt worden waren – unbehindert teil. In Jugoslawien hat die katholische Kirche über ihre auflagenstarken Publikationen, etwa das Zagreber „Glas Koncila" oder die Laibacher „Druzina", jederzeit die Möglichkeit, mit den kommunistischen Ideologen zu polemisieren und den kirchlichen Standpunkt öffentlich zu verteidigen. Überdies können die katholischen Würdenträger Jugoslawiens jederzeit ungehindert nach Rom zum Papst reisen.

Das bedeutet natürlich nicht, daß es in Jugoslawien keine Diskriminierung des Christentums und der Gläubigen gibt. Aber wie so manches im Leben zeigt sich auch hier eine gewisse Relativität: Die Gläubigen in der Tschechoslowakei können von „jugoslawischen Zuständen" in den Beziehungen zwischen Kirche und Regime nicht einmal träumen. Die Demütigungen und Schikanen, denen der 86jährige Prager Kardinal Tomasek ständig ausgesetzt war, sprechen hier für sich.

Velehrad war ein großer Tag für die bedrängte Kirche der Tschechoslowakei. Die Methodius-Feier wurde zu einem Signal. Rasche Wirkungen im Sinne eines plötzlichen Umschlagens oder eines fortdauernden Massenprotestes wie in Polen sind dennoch unwahrscheinlich. Das Regime hat und behält die Macht. Es hat die sowjetischen Divisionen und Raketen hinter sich. Die Lehren von 1968 haben überdies zu einer tiefen Entpolitisierung weiter Bevölkerungsschichten und zu einem allgemeinen Rückzug ins Privatleben geführt.

Auf lange Sicht gesehen, in der historischen Perspektive, könnte Velehrad und die Erinnerung an den Heiligen Methodius dennoch eine Wende bedeuten. Wenn nicht alle Zeichen trügen, setzt der slawischen Papst in Rom auf diese langfristige Entwicklung, die eines Tages den gespaltenen alten Kontinent Europa wiedervereinigen soll.



London schwärmt: It's really happened

Das Spiel, der Weg ins Finale, die Vorbereitung, der Trainer: Über alles ist spannend und ausführlich berichtet worden. Doch wer ist dieser 17jährige Boris Becker, wie bewegt er sich im Kreis seiner – auch vom Alter her – erfahrerenen Gegner und wer sind seine Berater?

Von CLAUS GEISSMAR

Rex Bellamy von der ehrwürdigen „Times" in London gilt als der beste Tennis-Journalist des Königreichs. Gestern wurde er mit seiner Verblüffung so wenig fertig, daß er seinen Lesern in einem Satz sagen mußte, was ihn so erstaunte: „It's really happened" (Es ist wirklich passiert). Ja, es ist wirklich passiert – und alles, was jetzt kommt, muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß im geschichtsbewußten Großbritannien auch sportliche Erfolge mit der historischen Elle gemessen werden. Also:

Ein 17 Jahre alter Junge aus Leimen bei Heidelberg hat sich in die Geschichtsbücher des ältesten und bedeutendsten Tennis-Turniers der Welt eingeschrieben. Er hat das Finale gewonnen, was keinem Deutschen vor ihm in 108 Jahren gelang. Auch nicht Tennisbaron Gottfried von Cramm, der einmal als sportlicher Botschafter Deutschlands galt.

Die Tatsache, die zur historischen Einordnung dieses Ereignisses gehört, ist in der Tat verblüffend: Boris Becker, das ist der Junge, ist der jüngste Wimbledon-Sieger. Vor ihm war das keineswegs der berühmte Björn Borg aus Schweden (er war 20 Jahre alt, als er 1976 gewann), sondern ein 19jähriger namens Wilfred Baddeley – im Jahre 1891.

Das mag eines Tages nur noch zu den Marginalien der Wimbledon-Geschichte gehören. Dennoch gehört es zu den mosaikartigen Bausteinen jener Faszination, die am Sonntag nicht nur bei 11,19 Millionen Fernseh-Zuschauern in der Bundesrepublik Deutschland ausbrach. In der ganzen Welt kann instinktiv mitgefühlt werden, was da geschehen ist, und was zum Beispiel zu solchen Zitaten führt: „Becker rasiert sich noch nicht und ist nicht einmal alt genug, um in der Bundesrepublik einen Führerschein zu machen. Aber er ist auf einer Bühne dramatisch gereift, die zu seinem Thronsaal werden sollte." („The Mirror"). Da ist sie denn wieder, diese Verblüffung: 17 Jahre alt, mit sechs Jahren schon den Tennisschläger in der Hand, Abgang von der Schule mit der Mittleren Reife, Tennis-Profi seit 15 Monaten, Millionär am Ende dieses Jahres. Und Sieger eines der größten, geschichtsträchtigsten, publikumswirksamsten Sportspektakels der Welt.

Fünf Wochen lang war Boris Bekker in England, vor Wimbledon hatte er auch das Turnier des Queen's Club in London gewonnen. Wer ihn in dieser Zeit beobachten konnte, hat es vielleicht etwas leichter, die Entstehung der Faszination zu beschreiben, die nun allerorten ausgebrochen ist. Junge Menschen im Alter von 17 Jahren haben noch kein abgeschlossenes Persönlichkeitsbild. Ihre Entwicklung ist mehr als in jedem späteren Lebensjahr formbar. Und Boris Becker ist in diesen fünf Wochen durch einen Reifeprozeß gegangen, der ihn zu einem erstaunlich erwachsenen Menschen gemacht hat.



Der Lohn für den Sieg in Wimbledon: Ein Pokal und 513 000 Mark FOTO: DPA

Beckers Erfolg war nicht nur möglich, weil er härter gegen den Tennisball schlagen kann als seine Altersgenossen oder gar ältere Spieler. Er war nur möglich, weil er eine psychische Kraft hat, die über das normal Menschliche hinausgehen muß.

Einen Teil dieser seelischen Leistungskraft besteht aus der Unbekümmertheit, die Boris Becker (noch) erhalten geblieben ist. Sie mag altersspezifisch sein. Im Kreis der etablierten Turnierspieler, die Woche für Woche im Flugzeug sitzen und um die Welt reisen, bewegt er sich wie ein Gleichberechtigter. Ohne Allüren stellte er sich im Queen's Club in der Schlange an, um sein Mittagessen abzuholen. Und wenn es ein paar Kalorien weniger sein sollten, dann ging er in die Küche und sagte dem Koch, was er haben wollte.

Das ist dieselbe Unbekümmertheit, die wichtig bleibt, wenn in einem Spiel der „big point" erreicht wird. So heißt im internationalen Jargon der Tennisspieler jener Spielstand, bei dem der nächste Ball entscheidend wird. Becker erfaßte fast im Traum, wann dieser „große Punkt" gespielt werden muß. Er spielte dann mit erhöhter Konzentration und einer nur in dieser Phase noch einmal gesteigerten Aggressivität.

Die Verblüffung äußert sich aber auch anders – so zum Beispiel in der Zeitung Daily Express: „Boris Bekker stand groß und aufrecht wie ein preußischer Gardist, den goldenen Cup wie einen glänzenden Helm auf seinem Kopf. Kaiser Boris I., der Teenager-Kaiser von Wimbledon wurde tatsächlich gekrönt. Jetzt fragt jeder, wie lange er regieren wird."

Ganz abgesehen von der rein sportlichen Frage, ob er denn nun wirklich einer wie Björn Borg (fünf Siege in Wimbledon) oder John McEnroe (drei Erfolge) werden könne, steckt da die Beobachtung des Steifen, des fast schon Künstlichen in Boris Becker. Björn Borg brach nach seinen Siegen in Wimbledon regelrecht vor Ehrfurcht in die Knie. Becker stieß die Arme gen Himmel und behielt diese Haltung bei, als er zum Netz lief, um seinen Gegner Kevin Curren die Hand zu geben. Ein Hauch von kühler Distanz umgab ihn, Mimik und Gestik zeigten zwar Freude, aber kein Begreifen.

Über Boris Becker, den noch Jüngeren, hat der ehemalige deutsche Tennis-Bundestrainer Klaus Hofsäß einmal gesagt: „Er würde ein Ratte fressen, wenn es ihm helfen würde, die Nummer eins in der Welt zu werden." Nach seinem Sieg sagte Becker: „Ich habe jetzt mehrere Väter". Damit meinte er seinen leiblichen, Karl-Heinz Becker, einen Architekten aus Leimen. Die anderen sind Günter Bosch, der Trainer, und Ion Tiriac (Branchen-Spitzname „Dracula"), der Manager.

Bosch sagt zwar „ja, ich habe geweint, als Boris gewann", aber er, Volksdeutscher aus Rumänien und einst umstrittener Bundestrainer, sagt auch trotzig: „Jetzt wird wohl jeder im deutschen Tennisbund bemerkt haben, daß ich Erfolg haben will und kann." Ion Tiriac sagt meist gar nichts. Höchstens so etwas „Noch 30 Sekunden." Dann nämlich darf Boris niemand mehr etwas fragen.

Er werde – so Tiriac – nach der Auswertung der Wimbledon-Berichterstattung in deutschen Zeitungen darüber entscheiden, wer überhaupt noch mit Becker sprechen dürfe. Zwei Stunden Interview sollen künftig 150 000 Mark kosten.

Der Manager als Sklavenhändler, der Trainer als Sklaventreiber, der Spieler selbst ein junger Mann der zwar nicht Ratten frißt, aber sich selbst in die Abhängigkeit begeben hat. Karl-Heinz Becker, der Vater: „Es war nach seinem Sieg bei der Junioren-Weltmeiterschaft in Birmingham. Als er da inmitten des ganzen Trubels stand und mich aus der Ferne sah, riß er sich auf einmal los, stürzte auf mich zu und umarmte mich, wie er das eigentlich noch nie getan hatte. Das war einfach Sehnsucht, oder?" Welche Sehnsucht? Die des Sohnes nach dem Vater, oder die des Vaters? Tiriac hatte den Eltern vor 15 Monaten bei Vertragsabschluß deutlich gesagt, was sie künftig von Boris haben würden: „Sie werden ihn nicht mehr sehen, aber dafür sehr viel über ihn lesen." Boris Becker besitzt bereits Wohnungen in New York, Paris und Monaco – gekauft von Tiriac, der zehn Prozent von seinen Preisgeldern und 30 Prozent von seinen Werbeeinnahmen kassiert.

Und dennoch Unbekümmertheit? Trainer Bosch, der eine Ersatzvater, sagt: „Boris ist tatsächlich von Tag zu Tag reifer geworden". Die „Los Angeles Times" rätselt über seinen Sieg: „Vielleicht war es Magie, vielleicht aber ist Boris einem Labor entsprungen." und die „Washington Post" stellt fest: „Vielleicht war er zu jung um zu wissen, daß er zu jung war, um Wimbledon zu gewinnen."

Für Bosch ist jetzt wichtig, aus seinem erwachsenen „Sohn" einen ganzen Menschen zu machen, „der auch Bücher liest". (SAD)



Der Lohn für den Sieg vor fünf Jahren: Ein Eis FOTO: EXPRESS/DIEDGE

Ein kräftiger Aufwind trägt den Airbus nach oben

In den nächsten zehn Jahren werden die Fluggesellschaften etwa 4000 neue Maschinen bestellen. Das ist ein Auftragsvolumen von 500 Milliarden Mark. Die Chancen, sich von diesem Kuchen ein kräftiges Stück abzuschneiden sind für die Europäer nicht schlecht. Optimisten rechnen mit einem Airbus-Anteil von 30 Prozent.

Von PETER SCHMALZ

Das Kind hat längst seinen Namen und trägt ihn auch schon zwischen Berlin, Hamburg, Frankfurt oder München durch die Lüfte – und so wird eigentlich ein wenig geflunkert, wenn Monika Hohlmeier als Bayerns First Lady am kommenden Freitag an der Seite ihres Vaters Franz Josef Strauß den PanAm-Airbus A 310 auf den Namen „Munich" tauft und PanAm-Chefpilot John Bigelow anschließend mit 130 Kindern zu einem halbstündigen Alpenrundflug startet.

Vater Strauß allerdings kommt die verspätete Taufe gerade recht, kann er dabei doch die Gelegenheit nutzen, in einer öffentlichen Feier aufmerksam zu machen auf Zahlen, die ihm dieser Tage als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Airbus GmbH auf den Tisch gekommen sind, und die einen Höhenflug des Europa-Fliegers signalisieren, wie ihn selbst Optimisten kaum zu prophezeien wagten. „Die Sache beginnt sich zu rechnen", heißt es in München.

Schon die in den letzten Tagen eingegangenen Meldungen waren Zeichen für den Aufwind, der den Airbus nach oben trägt: Die Lufthansa kauft 15 kleine Airbusse vom Typ A 320, die 135 Passagiere fassen und ab 1990 eingesetzt werden. Für 20 weitere nahm die deutsche Fluggesellschaft Optionen. Von der Mittel- und Langstreckenversion A 300-600 für 210 Passagiere wurden sieben gekauft und für drei weitere Optionen erworben.

In den nächsten Wochen will die innerfranzösische Fluggesellschaft Air Inter den Vertrag über 24 A 320 unterzeichnen. Erst vor wenigen Wochen wurde der Handel mit PanAm perfekt, durch den die amerikanische Fluglinie 28 Stück des europäischen Supervogels erhält.

„Das Tief ist überwunden", frohlockt Airbus-Sprecher Jochen Eichen. „Der Kaufstau bei den Fluggesellschaften beginnt sich aufzulösen." Bislang, so zeigt der noch nicht veröffentlichte Geschäftsbericht, liegen Festbestellungen für 483 Airbusse vor, dazu kommen noch über 100 als solide bezeichnete Optionen.

Noch genügen die Zahlen nicht, die junge europäische Flugzeugindustrie ins wirtschaftliche Plus hochfliegen zu lassen, aber die Prognosen deuten darauf hin, daß der Airbus in absehbarer Zeit ein positives Milliardengeschäft wird. Oder wie es Jochen Eichen ausdrückt: „Wir stehen vor einem Riesengeschäft."

Nach Schätzungen des größten Airbus-Konkurrenten Boeing steht nach der jahrelangen Zurückhaltung bei den um Passagiere und Wirtschaftlichkeit kämpfenden Fluglinien eine gigantische Kaufwelle bevor. Allein bis Ende 1995 werden demnach 4000 neue Maschinen gekauft, darunter 2700 mit 150 bis 200 Sitzen und 1300 Großraumflugzeuge. Der Wert wird auf 400 bis 500 Milliarden Mark geschätzt. Bei Airbus stimmt man dieser Prognose weitgehend zu, kalkuliert nur ein wenig vorsichtiger und streckt diese gigantische Summe auf den Zeitraum bis zum Ende des Jahrhunderts.

Doch ob in zehn oder in 15 Jahren, diese Differenz spielt bei den aufs Durchstarten getrimmten Airbus-Bauern keine entscheidende Rolle mehr. Weit wichtiger ist ihnen, daß sie auch einer anderen Boeing-Prognose zustimmen können: Danach soll bis zur Jahrtausendwende der weltweite Markt unter drei Herstellen aufgeteilt sein, wobei Boeing mit 60 Prozent den Löwenanteil hält, Airbus mit 30 Prozent gut im Rennen liegt und McDonnell Douglas sich mit zehn Prozent begnügen muß.

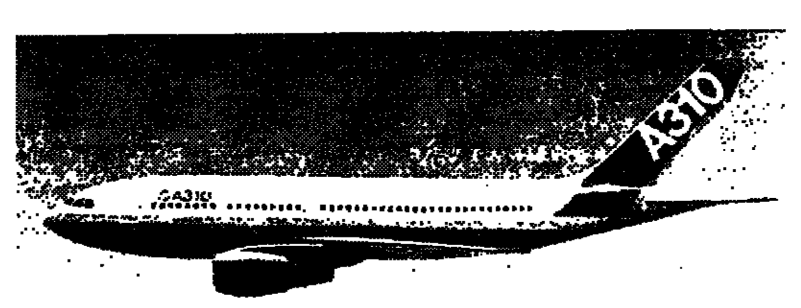
Das heißt: Airbus steht in Erwartung eines Auftragsvolumens von 150 bis 180 Milliarden Mark. Das heißt aber auch, daß Europas Luftfahrtindustrie im Augenblick erst am Beginn eines Goldenen Zeitalters steht, denn bisher konnten die Europäer nur 9,5 Prozent am Weltmarkt der Verkehrsflugzeuge erobern. Boeing liegt bei 55 und McDonnell Douglas bei 23,5 Prozent.

Als durchaus realistisch wird deshalb die Schätzung bezeichnet, mit dem A 300, dem ersten aus der Airbus-Familie, von dem inzwischen 269 Maschinen bestellt sind, 1000 („wenn nicht mehr") zu verkaufen. Bei 700 aber wird der Break-Even-Point angenommen, wo die Grenze von den roten zu den schwarzen Zahlen durchstoßen wird. Beim kleineren A 320, dem mit 150 Sitzen nach eigenen Angaben „technisch am weitesten fortgeschrittenen zivilen Flugzeug", das nach relativ kurzer Zeit schon 90 Bestellungen in die Bücher brachte, wird die Gewinnzone nach 600 Verkäufen erreicht sein, die Schätzungen der möglichen Abschlüsse liegen jedoch „bei vorsichtiger Kalkulation" bei ebenfalls tausend.

Deshalb ist auch Sprecher Eichen zuversichtlich: „Wir zahlen die staatlichen Zuschüsse zurück." Die Worte mögen den Finanzministern in Paris, London und Bonn wie Schalmeiengesänge klingen, allein der deutsche Etatverwalter pumpte in das Airbus-Programm bisher 3,7 Milliarden Mark. Von der anderen Seite betrachtet, haben die bis jetzt verkauften Europa-Jets ein Volumen von mindestens 15 Milliarden Mark bewegt und damit zwischen Schottland und Sizilien nach jüngsten Ermittlungen 63 000 Arbeitsplätze gesichert, zu denen nochmals zehntausend in Nordamerika kommen, wo die Airbus-Triebwerke gefertigt werden.

Kein europäisches Land wäre alleine zu diesem wirtschaftlichen Risiko und dem notwendigen finanziellen Klimmzug in der Lage gewesen. „Das konnte nur durch eine europäische Gemeinschaftsarbeit in vorbildlichster Weise erzielt werden", lobt Airbus-Förderer Strauß Initiative und Resultat. Deutschland und Frankreich sind dabei mit je 37,9 Prozent die Hauptpartner, Großbritannien folgt mit 20 und Spanien mit 4,2 Prozent. Die Arbeiten sind zwischen den Partnern und den wichtigsten Zuliefererländern wie Italien und die Vereinigten Staaten bis in die Einzelheiten ausgehandelt und fixiert. „Jedes Unternehmen", so die offizielle Airbus-Verlautbarung, „übernahm Aufgaben, für die breits aus anderen Programmen spezielles Know-how und qualifizierte Mannschaften vorhanden waren."

Das klingt gut und beispielhaft in einer Welt der nationalen Egoismen. Das kann aber auch hinderlich sein, wenn einmal ein potentieller Kunde mit besonderen Wünschen auftritt. Wie etwa dieser Tage Bacharuddin Jusuf Habibie, Forschungs- und Technologieminister von Indonesien, der hinter verschlossenen Türen das Interesse äußerte, die indonesische Fluggesellschaft Garuda könnte über die neun bereits ausgelieferten A 300 hinaus weitere 60 Maschinen aus dem Airbus-Katalog kaufen. Einzige Bedingung: Seine landeseigene Flugzeugindustrie müßte am Bau dieser Flugzeuge mit einigen Prozent beteiligt sein.



Der Airbus: Ein europäisches Flugzeug auf dem Weg von den roten in die schwarzen Zahlen FOTO: VWF

Bei den Airbus-Managern fand dieser Gedanke keinen Widerhall: Die Prozentsätze sind zwischen den Partnern fein ausgehandelt und festgezurrt. Wünsche dieser Art befriedigen die Toulouser Konzernherren am liebsten mit einem Kooperationsvertrag, bei dem der Airbuskunde zur Produktion von „Luftfahrtprodukten" animiert wird, die keineswegs zwangsläufig mit dem Airbus direkt zu tun haben.

In Indonesien bahnt sich aber ein harter Poker an. „Wir stehen an der Garude-Front nicht allein", weiß man bei Airbus. Konkurrent Boeing zeigte sich bisher williger, auf die Vorstellungen des Ministers einzugehen. „Wir Europäer sind dabei zu unflexibel", meint dazu ein Münchner Gesprächspartner Habibies. „Wir müßten einen Weg finden, für solche Kunden eine Airbus-Produktionsmenge von sieben bis acht Prozent anbieten zu können." Schließlich, so gibt er zu bedenken, könnte mit diesem Deal der europäischen Flugzeugindustrie eine sichere Basis im pazifischen Raum geschaffen werden, deren wirtschaftliche Vorteile beachtlich wären. Der Poker ist noch offen.

Unbürokratische Regelung für abgasarme Pkw

HH. Bonn

Die Bundesregierung will die Einführung schadstoffarmer und bedingt schadstoffarmer Personenkraftwagen „außerordentlich unbürokratisch und bürgerfreundlich" abwickeln. Nachdem der Bundesrat am Freitag (WELT vom 6. Juli) die noch ausstehenden Änderungsverordnungen zur Straßenverkehrszulassungsordnung rückwirkend zum 1. Juli in Kraft gesetzt hatte, haben Verkehrs- und Finanzministerium gestern ausführliche Erläuterungen dazu veröffentlicht.

Nach den Worten von Verkehrsminister Dollinger braucht sich der Halter umweltfreundlicher Pkw „im Regelfalle ... nicht um seine Steuervergünstigungen zu kümmern. Die Finanzämter werden ihm in einem automatischen Umstellungsverfahren einen entsprechenden Kraftfahrzeugsteuer-Änderungsbescheid zusenden". Dies gelte sowohl für im Verkehr befindliche wie neu zugelassene Fahrzeuge.

Die Steuervergünstigungen werden in jedem Fall rückwirkend zum 1. Juli gewährt werden. Allerdings werde die automatische Umstellung einige Wochen in Anspruch nehmen, so daß mit den Änderungsbescheiden nicht vor Mitte September zu rechnen sei.

Fahrzeughalter, die ihren Pkw nachträglich umweltfreundlich umrüsten (in ein „bedingt schadstoffarmes" Fahrzeug), müßten den Nachweis einer Fachwerkstatt über den ordnungsgemäßen Einbau eines geeigneten Umrüstsatzes bei ihrer Zulassungsstelle vorlegen. Ein gesondertes TÜV-Gutachten sei normalerweise nicht erforderlich.

Das Netz von „Bleifrei-Tankstellen" werde täglich dichter, betonte Dollinger. Sein Kollege, Innenminister Zimmermann, hatte am Freitag im Bundesrat von einem flächendeckenden Netz von etwa 1500 Tankstellen in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Der Mineralölwirtschaftsverband schätzt die Zahl sogar auf rund 2000 Tankstellen. Nach Angaben Dollingers gibt es an den Autobahnen 140 Bleifrei-Tankstellen. Bis Ende des Jahres sollen es „mindestens 175" werden.

„DDR" übertrifft Kreml in Kritik am Westen

SED-Organ erhofft vom Gipfel aber Entspannungsimpulse

F. D. Berlin

Die „DDR" erwartet vom bevorstehenden Gipfeltreffen des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow mit US-Präsident Ronald Reagan und dem französischen Präsidenten François Mitterrand „neue Impulse für die internationale Entspannung". In einem gestern im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlichten Leitartikel werden die Genfer Verhandlungen über den Komplex der Weltraum- und Nuklearwaffen als „Ermutigung" gewertet, „die Anstrengungen für Ergebnisse im Sinne des vereinbarten Verhandlungsziels zu verstärken". Die „DDR" greift damit Formeln Moskaus auf, die das sowjetische Parteiorgan „Prawda" am Sonntag veröffentlicht hatte.

Das SED-Organ macht deutlich, daß die „DDR" ihren außenpolitischen Kurs auch künftig in enger Anlehnung an Moskau „fahren" will. Dazu heißt es im „Neuen Deutschland": „Nun erst recht alle Maßnahmen zu treffen, um eine Wende der internationalen Lage zu erreichen, dem Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten und der Entspannung Bahn zu brechen, ist deshalb dringender denn je. Wer anders als die Sowjetunion, als die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten sollte vorangehen, um diese notwendige Wende herbeizuführen und der friedlichen Zukunft der Menschheit eine Chance zu eröffnen."

Während die „Prawda" eher moderat argumentiert, scharfe Attacken gegen die USA und die Verbündeten vermieden und sogar von einem „politischen Kurs der UdSSR und der USA", der „nicht auf Feindschaft", sondern auf „die Suche nach gegenseitigem Verständnis und eine friedliche Entwicklung ausgerichtet ist", gesprochen hatte, wiederholt das „Neue Deutschland" seine Angriffe gegen die „aggressivsten Kräfte des Imperialismus". Wörtlich heißt es hier, es werde „ein massiver Angriff auf Frieden und Sicherheit der Völker geführt". Die „DDR"-Zeitung spricht von der „ernstesten Bedrohung des Friedens seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges".

Gleichzeitig warnt Ost-Berlin den Westen vor der „Hoffnung, das militärstrategische Gleichgewicht aus den Angeln heben zu können". Diejenigen, die „auf Hochrüstung, auf Ausdehnung des Wettrüstens in den Kosmos setzen, befinden sich im Irrtum", argumentiert das SED-Organ und meint, die Fähigkeit, Spitzentechnologien zu entwickeln, hätten die „USA und Westeuropa nicht für sich allein gepachtet".

„Pershing-Urteil war keine Rechtsbeugung"

dpa, Frankfurt

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat ein Verfahren wegen Rechtsbeugung gegen den Frankfurter Amtsrichter Christoph Jahr eingestellt, der in einem aufsehenerregenden Urteil sieben Teilnehmer an der Blockade eines US-Militärdepots freigesprochen hatte. Wie die Anklagebehörde in der am Montag veröffentlichten Einstellungsverfügung erklärt, gehe die Auffassung der Antragsteller, der Richter habe „aus einer politisch profilierten Einstellung heraus" ohne Rücksicht auf geltendes Recht geurteilt, „augenscheinlich fehl".

Obwohl die Staatsanwaltschaft selbst gegen den Freispruch Rechtsmittel eingelegt hat, vertritt sie die Auffassung, der Richter habe sein Urteil unter „Heranziehung rechtsphilosophischer Erwägungen und verfassungsrechtlicher Auslegungen" gefällt und sehe sich subjektiv in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht. Der Vorwurf der Rechtsbeugung setze dagegen eine „bewußte Rechtsverletzung" voraus. Dafür bestünden keinerlei Anhaltspunkte.

Offensichtlich könne dem Richter auch keine Voreingenommenheit vorgeworfen werden, stellt die Staatsanwaltschaft fest. Er habe nämlich zunächst die von der Anklagebehörde unter dem Vorwurf der Nötigung beantragten Strafbefehle gegen die Teilnehmer an der Sitzblockade im Oktober 1983 erlassen und sei offenbar erst in der Hauptverhandlung zu einer abweichenden Beurteilung und damit zum Freispruch gelangt.

Zur Begründung des Freispruchs der sieben Anhänger der Friedensbewegung hatte Jahr erklärt, die Stationierung von Pershing-Raketen in der Bundesrepublik sei verfassungswidrig. In der nachträglichen Auseinandersetzung um dieses Urteil hatten mehrere Antragsteller Strafanzeige gegen den Richter wegen Verdachts der Rechtsbeugung erstattet.

Zu dem Freispruch hatte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Karl Miltner, in Bonn erklärt, das Urteil mute teilweise wie ein schlechter Scherz an. Die Entscheidung, mit der die Aufstellung von Pershing 2 in der Bundesrepublik für verfassungswidrig erklärt werde, stehe im Widerspruch zur gesamten Rechtsprechung.

Vorteile für junge Wissenschaftler

E.N. Bonn

Jungen Wissenschaftlern bietet das soeben in Kraft getretene „Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal" wichtige Vorteile. Darauf wies jetzt in Bonn die CDU/CSU-Hochschulpolitikerin Professor Roswitha Wisniewski hin.

So können befristete Verträge zum „Einstieg" in wissenschaftliche Laufbahnen oder zur Absicherung von Promotionszeiten geschlossen werden. Auch Fünfjahresverträge nach einer Promotion können bis zu zwei Jahre lang durch Auslandsaufenthalte, Familienpflege, Mutterschaft und Wehr- oder Zivildienst unterbrochen werden.

Haßerziehung ohne Wirkung

epd, Bad Alexandersbad

Die „Wehrerziehung" zum Klassenhaß wird an den Schulen der „DDR" weiter verstärkt. In der Evangelisch-Lutherischen Volkshochschule Alexandersbad (Oberfranken) zitierte der Historiker Werner Riese (Asberg) am Wochenende beispielhaft aus einem Lesebuch für die 2. Klasse den Vers: „Überall in unserem Land / halten Menschen Wacht / schützen uns mit starker Hand / daß die Sonne lacht."

Im Physikunterricht der 9. Klasse sei zu berechnen, wann eine Bombe ausgeklinkt werden muß, um „exakt Punkt A" zu treffen. Das „Herrschaftsmittel" Haßerziehung verfehle jedoch die gewünschte Wirkung.

Wie Ost-Berlins Geheimdienst Perspektiv-Spione einschleust

Hatte Guillaume bei seiner ‚Karriere' Helfer in der SPD?

Von WERNER KAHL

Unter Prozeßbeobachtern im abhörsicheren Saal des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes drängten sich im vergangenen Monat Vergleiche mit dem seinerzeit ebenfalls hier im Souterrain verhandelten Fall Guillaume auf. Auf der Anklagebank saß der 42jährige Diplomwirtschaftler Detlef Scharfenorth alias Dr. Gensel. Obwohl von Funktion und Position im westdeutschen Agentenheer der „DDR" keineswegs mit dem ehemaligen Spion im Bundeskanzleramt während der Regierung Brandt vergleichbar, gab es wichtige Übereinstimmungen.

Am Fall des Ost-Berliners Scharfenorth erläuterte der Sachverständige der Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz eine Besonderheit, die schon bei Guillaume aufgefallen war; bei der Sicherheitsüberprüfung vor seiner Einstellung als Referent des Bundeskanzlers jedoch nicht berücksichtigt worden war.

Die Gründe für diese Unterschlagung sind bis heute nicht geklärt worden, auch wenn es an weitschweifigen Erklärungen und Mutmaßungen vor und während des Prozesses gegen Guillaume nicht mangelte. Im Fall Scharfenorth, dessen Agententätigkeit mindestens sechzehn Jahre vor seiner Enttarnung im September 1984 in Köln begonnen hatte, machte der Sachverständige darauf aufmerksam, daß der Agent ein nach außen hin scheinbar geregeltes und unverdächtiges Arbeitsverhältnis als Wirtschaftsstatistiker in der „DDR" hatte. Bei Abwesenheit für jeweils mehrere Tage, an denen er Aufträge des Geheimdienstes ausführte, war er keine Rechenschaft schuldig. Kollegen nannte er jedoch stets triftige Gründe. Mit der Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen, Seminaren oder Ausstellungen und Messen im In- und Ausland waren seine Reisen plausibel erklärt. Scharfenorth gehörte zu dem Agentenkreis, der unter dem Geheimdienstkürzel „I. M." geführt wurde. „I. M." sind „Inoffizielle Mitarbeiter", die ausschließlich für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) arbeiten, ohne jedoch zunächst Angehöriger des geheimen Nachrichtendienstes zu sein. Diese Übernahme kann später erfolgen.

Bevor Guillaume unter der Vorspiegelung, mit seiner Ehefrau Christel habe er bei Gefahr für Leib und Leben Widerstand gegen das kommunistische Regime geleistet, sich in Hessen niederließ, hatte auch er eine Stellung in Ost-Berlin, die ihm Mobilität bot. Daran ist gewiß nichts (Spionage-)Verdächtiges. Den Sicherheitsbehörden lagen jedoch schon seit Beginn der fünfziger Jahre Hinweise vor, daß Kollegen Guillaumes dessen häufige Abwesenheit von seinem Schreibtisch im Staatsverlag „Volk und Wissen" aufgefallen war. Beim früheren Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (UfJ) war diese Meldung vom 14. November 1955 sogar in die Verdachtskartei aufgenommen worden:

„Gewährsmann lenkt unsere Aufmerksamkeit auf einen Fotografen und Grafiker namens Günter Guillaume (SED). Dieser ist seit vier Jahren im Verlag beschäftigt. Wohnt in der Gegend von Birkenwerder, ist etwa 30 bis 35 Jahre alt. Auffällig an diesem Mann war, daß er häufig unmotiviert nicht zum Dienst erschien. Als sich sein Abteilungsleiter aus Gründen der Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin dafür zu interessieren begann, wurde ihm von der SED-Parteileitung gedeutet, sich nicht um Dinge zu kümmern, die ihn nichts angingen. Schließlich ging Guillaume auf einen längeren Lehrgang. Obwohl in solchen Fällen ziemlich schnell bekannt wird, auf welche Schulen Lehrgangsteilnehmer delegiert werden, wurde dieser Fall mit großer Geheimniskrämerei behandelt."

Aus dieser Beobachtung geht hervor, daß Legenden für Perspektivagenten in den fünfziger Jahren bei weitem nicht so perfekt waren wie es heute der Fall zu sein scheint. Bei den Sicherheitsüberprüfungen vor der Einstellung Guillaumes am 1. Januar 1970 in das Bundeskanzleramt lagen der Abwehr jedoch weitere Hinweise auf Guillaume vor. Da waren Karteinotizen vom 5. März 1951 und vom 30. Mai 1951 sowie vom 7. April 1954. Diese bezogen sich ebenfalls auf Guillaume. Nur in einer Eintragung hieß es phonetisch „Guiome". Die Meldungen bezogen sich auf das Interesse des „Volk- und Wissen"-Verlagsangestellten für die Stärkung des politischen Regimes in der „DDR". Aus mehreren anderen Fällen lagen im Westen ebenfalls Hinweise vor, die den Verlag als Schein-Arbeitgeber für nachrichtendienstlich eingesetzte „DDR"-Bewohner bezeichneten. Ausgerechnet aus diesem Verlag wurde 1956 Günter Guillaume samt Ehefrau in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust. Der „DDR"-Geheimdienst hatte es offenkundig Guillaume nicht überlassen, sich an einem Ort seiner Wahl die Startlöcher für die geplante (Agenten-) Karriere zu graben. Frankfurt am Main wurde neuer Lebenskreis für den „Flüchtling". Es war auch kein Zufall, daß Guillaume bald darauf in die SPD eintrat.

Verräter in den Parteien

„DDR-Spione betreiben ihre Karriere planmäßig über die Bonner Parteien", erinnerte der ehemalige Geheimdienstexperte Gert Buchheit 1976 in der WELT. So könne keine Partei sicher sein, daß nicht in ihren Reihen systematisch aufgebaute Verräter sitzen. Doch spiele der Fall Guillaume in der Reihe aufgedeckter Agentenaffären eine ganz besondere Rolle, schrieb Buchheit über die „Bilderbuch-Karriere eines Perspektivagenten".

Genannt wurden weiter die Fälle Felfe, ein von den Sowjets in die ehemalige Organisation Gehlen eingeschleuster Verräter, Frenzel, ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter im Bundesverteidigungsausschuß, Leonore Sütterlin, frühere Chefsekretärin im Auswärtigen Amt in Bonn, die sich nach einer vom KGB initiierten Ehe mit dem KGB-Agenten Sütterlin in der Untersuchungshaft erhängte, Admiral Lüdke, der in der Eifel Selbstmord verübte, DGB-Sekretär Gronau, Pichotka, Wissenschaftsspion in Bonn, sowie Sekretärinnen von CDU-Politikern.

Publikationen über die Enttarnung Guillaumes, der einst als Gelegenheitsfotograf Victor de Kowa 1947 auf dem Berliner Kurfürstendamm als „Weltbürger" in die Boulevardpresse brachte, begnügten sich zumeist mit der verkaufsträchtigen Schlagzeile vom Spiel des Zufalls bei so manchen großen Karrieren. Die Kleinarbeit der Perspektiv-Planer im kommunistischen Geheimdienst blieb dabei unerwähnt.

So sah sich die SED-Führung Ende der sechziger Jahre vor dem Etappenziel der seit Kriegsende betriebenen Annäherung an die SPD in der Bundesrepublik Deutschland. In Bonn war Willy Brandt Außenminister der Großen Koalition geworden, nach den Bundestagswahlen übernahm die sozialliberale Koalition die Macht am Rhein. Den neuen Bundeskanzler Willy Brandt hatte das SED-Politbüro durch den Ost-Berliner Propagandisten Albert Norden zuvor die Erwartungshaltung deutlich gemacht: „Die Herren in Bonn beschweren sich, wenn wir sie als Revanchisten bezeichnen. Sie sollten besser schweigen", war Norden im Juni 1969 auf einer SED-Konferenz anmaßend aufgetreten. Unter der Überschrift „In Aktion für das sozialistische Vaterland" erklärte Norden in der später gedruckten Rede weiter, es sei Revanchismus „übelster Art, wenn Bonn mit aller Kraft sich weigert, die politischen Realitäten zu respektieren". Das sei die „Wahrheit", behauptete Norden namens des SED-Politbüros, „und wenn Kiesinger, Strauß und Brandt noch so oft Worte wie ‚Friede', ‚Verständigung' und ‚Verhandlungen' in den Mund nehmen". Und das SED Politbüro von 1985 setzt sich heute, mit Ausnahme der verstorbenen Walter Ulbricht und Albert Norden, nicht viel anders als 1969 zusammen.

Der SED-Führung liegt in der Kontinuität ihrer Politik nach wie vor im Einklang mit dem Kreml alles daran, auf die SPD Einfluß zu nehmen. Bei dieser Strategie konnten Ende der sechziger Jahre Ostberliner Funktionäre auf Kontaktstellen und Gesprächspartner in der SPD zurückgreifen. Etwa zum gleichen Zeitpunkt als Guillaume aus seiner inzwischen in der Frankfurter SPD erreichten Vertrauensstellung Richtung SPD-Bundesvorstand bewegt wurde, erhielt in West-Berlin ein Perspektivagent ebenfalls die Weisung, eine Position im SPD-Landesvorstand anzupeilen.

Es handelte sich um den Journalisten Heinrich Burger, einen Berliner Arztsohn, und dessen Frau, eine Norddeutsche. Der „DDR"-Geheimdienst gab Burger den Rat, sich zunächst als Chef vom Dienst bei der „Berliner Stimme", der SPD-Wochenzeitschrift, zu bewerben, änderte jedoch rasch den Auftrag mit dem Bescheid, sich um die Stelle des Sprechers beim SPD-Vorstand zu bewerben. Aus den Bewerbungen von Sozialdemokraten wurde der damalige Polizeireporter der „Berliner Morgenpost" gewählt und prompt in die Vertrauensstellung berufen. Ebenso klappte der Geheimdienstrat, Frau Burger möge sich bei der ÖTV als Sprecherin bewerben.

Wer die Weichen für die Einstellungen bediente, ist weder im Prozeß gegen Heinrich Burger (sieben Jahre Freiheitsstrafe) – seine Frau wurde wegen Offenbarung der geheimdienstlichen Tätigkeit wieder auf freien Fuß gesetzt – noch später von der Spionageabwehr geklärt worden. Stimmen aus der SPD und einige in der damaligen Landesregierung tätige Parteifunktionäre prophezeiten vielmehr noch nach dem Prozeß, daß sich Burgers Schuldlosigkeit herausstellen werde. Sie verstummten erst, als Burger nach dreijähriger Haft ausgestauscht wurde und eine Stellung in Ost-Berlin annahm.

Ehmke hatte keine Bedenken

Bei Günter Guillaume wurden am 26. Januar 1970 die Sicherheitsüberprüfungen abgeschlossen. Am selben Tag brachte ein Kurier des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln ein Schreiben in das Palais Schaumburg, dem damaligen Sitz des Regierungschefs. Es hatte den Inhalt: „Die umfassende Karteiüberprüfung und die Sicherheitsermittlungen sind abgeschlossen. Sie haben keine Erkenntnisse erbracht, die einer Ermächtigung zum Umgang mit Verschluß-Sachen bis ‚geheim' entgegenstehen."

Kanzleramtsminister Professor Horst Ehmke (SPD) wies am 28. Januar 1970 Bedenken des Personalrates gegen eine Einstellung zurück. Diese bringen für die vorgesehene Aufgabe aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit und seines Lebensalters (Guillaume war 42 Jahre alt – die Red.) mehr und bessere Erfahrungen als ein Hilfsreferent nach abgeschlossenem Studium mit. Den Verdacht des Personalrates, Guillaume werde aus parteipolitischen Gründen bevorzugt, wies Ehmke zurück. Mit dem Arbeitsvertrag vom selben Tage wurde Guillaume rückwirkend vom 1. Januar 1970 an beim Bundeskanzleramt eingestellt.

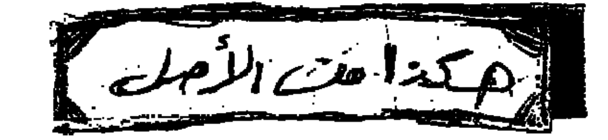
„Es ist bedrückend zu sehen, wie sich ein Agent durch zielstrebige parteipolitische Betätigung und die Unterstützung einflußreicher Genossen an das Bundeskanzleramt heranrobben konnte", schrieben Manfred Schell und Heinz Vielain in einer Untersuchung nach Abschluß des Prozesses („Verrat in Bonn", Ullstein Verlag 1978). „Bedrückend ist aber auch, wie dann, als es um die Einstellung ging, Sicherheitsfragen behandelt worden sind: Der Politiker Ehmke nimmt den im konspirativen Sinne ausgebildeten Spion Guillaume ins Kreuzverhör. Bestürzend auch, daß wichtige sicherheitsrelevante Erkenntnisse, die schon damals in den Archiven unserer Geheimdienste über Guillaume und den Verlag Volk und Wissen vorgelegen haben ... hängen geblieben sind."

Eine nach der Enttarnung Guillaumes eingesetzte unabhängige Kommission (Eschenburg-Kommission) stellte fest, bei dem Einstellungsvorgang habe es „Unzulänglichkeiten" gegeben. Der zügige zeitliche Ablauf der Sicherheitsüberprüfung und die dazu festgestellten Tatsachen ließen sogar den Schluß zu, daß das Bundeskanzleramt an einer Einstellung Guillaumes interessiert war.

Wer war daran interessiert gewesen? Wenn der Agent zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt einen für ihn reservierten Stuhl im Kanzleramt besetzen konnte, mußte er dann auch zu einem bestimmten Zeitpunkt seine Tätigkeit beenden?

Dieser Zeitpunkt konnte höheren Orts in Ost-Berlin beziehungsweise Moskau bestimmt worden sein, etwa als die Kanzlerschaft unter Willy Brandt in den eigenen Reihen – so durch Herbert Wehner, der seine Kritik ausgerechnet bei einem Aufenthalt in der UdSSR aussprach – unter Beschuß kam. Die Enttarnung des „Offiziers im besonderen Einsatz", wie sich der Spion am Morgen seiner Verhaftung in Bonn den Beamten des Bundeskriminalamtes vorstellte, löste, wiederum von Herbert Wehner initiiert, den Rücktritt Willy Brandts aus.

Die sozialliberale Koalition erhielt mit Helmut Schmidt als Nachfolger einen neuen Antrieb – bis der Koalitionspartner schließlich 1982 die Notbremse zog. Fast auf den Tag genau ein Jahr zuvor war der Stein, der einer erneuten Annäherung der SED zum SPD-Vorstand im Wege lag, durch den Austausch Guillaumes weggeräumt worden. Der Ex-Spion erlebt in diesem Sommer mit Genugtuung, daß der durch ihn aus dem Amt geschiedene ehemalige Bundeskanzler – im Vorjahr des 40. Gedenkens an die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD in der sowjetischen Besatzungszone am 21. April 1946 – seinen Besuch bei der Einheitspartei in Ost-Berlin angekündigt hat.



Wie in den USA: Wählerverhalten nach Stimmungen

G. BADING, Bonn

Bei zurückgehender Parteibindung und zunehmender Tendenz zur Wahlenthaltung entscheiden die Wähler „immer unabhängiger und nach kurzfristig auftretenden aktuellen Themen oder Stimmungen". Das ist einer der Schlüsse aus einer Studie von CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski über „Wähler in der Stimmungsdemokratie", die in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Sonde" abgedruckt ist.

Radunski zieht Vergleiche zu einer seit Jahren zu beobachtenden ähnlichen Entwicklung in den USA und beschreibt diese Amerikanisierung des Wahlverhaltens bei uns so: „Die Wähler entscheiden unberechenbarer, differenzierender, wechselhafter, enthaltungsbereiter, aber auch emotionaler und ungebundener." Die in den USA ausgemachten, eingangs erwähnten drei Gründe seien auch bei uns feststellbar. Die Lockerung der Parteibindung habe zu starkem Anwachsen des Anteils der Wechselwähler geführt.

Für die Bundestagswahl 1987 rechnet der CDU-Politiker mit noch zunehmender Bedeutung der Wechselwähler, deren Anteil auf zwischen 20 und 40 Prozent geschätzt wird. Er zitiert eine SPD-Studie von 1984, wonach nur 58 Prozent der Stimmen von Stammwählern kommen; 21 Prozent von parteinahen Wechselwählern und 19 Prozent von ungebundenen Situationswählern.

Radunski unterscheidet drei Typen von Wechselwählern: Die „Taktiker", die „Nicht-Wähler" – wie in Nordrhein-Westfalen, wo der Rückgang der Wahlbeteiligung um fünf Prozent vor allem die CDU getroffen habe – und die „Protestler". Dies seien Gruppen wie etwa verärgerte Landwirte, die nun Grün wählten, wie sie in den 60er Jahren für die NPD gestimmt hätten. Wichtigste Gruppe sei die der „Taktiker" unter den Wechselwählern. In der heutigen Vier-Parteien-Situation seien zwei Lager entstanden – CDU/CSU und FDP sowie SPD und Grüne –, mit jeweils einer großen und einer kleinen Partei, die Probleme mit der Fünf-Prozent-Klausel habe. „Diese Situation ist der Ansatz für taktische Wähler", die über Koalitionen oder absolute Mehrheiten entscheiden wollten.

Immer mehr sind für das neue Streikrecht

London treibt Reform voran / Streitpunkt Urabstimmung

WILHELM FURLER, London

Die Regierung Thatcher ist entschlossen, die seit ihrer Amtsübernahme 1979 mit großem Nachdruck vorangetriebene Reform des Gewerkschaftsrechts fortzusetzen. Die Frage lautet allerdings, wann dies geschehen soll. Erreicht werden soll vor allem ein Streikverbot, das für die Nation von elementarer Bedeutung ist, also etwa bei der Elektrizitäts- und Gasversorgung. Weiteres vorrangiges Ziel ist eine Erweiterung der persönlichen Rechte von Gewerkschaftsmitgliedern.

Arbeitsminister Tom King hat seine Vorstellungen dazu jetzt in groben Zügen dargelegt. Zu Recht bezeichnet er die bisherige Gewerkschaftsreform mit den Gewerkschaftsgesetzen der Jahre 1980, 1982 und 1984 als einen der größten Erfolge seiner Regierung.

Mit diesen Gesetzen wurde im wesentlichen die uneingeschränkte Macht der Gewerkschaften gestutzt. Die sogenannte „closed shop"-Regelung, die früher in vielen Unternehmen bestehende Verpflichtung, daß alle Beschäftigten der Gewerkschaft angehören müssen, wurde wesentlich aufgeweicht.

Das „picketing", die massenhafte Aufstellung von Streikposten bei einem Arbeitskampf, ist unter Strafandrohung untersagt. Als wichtigster Reformpunkt wurde die Verpflichtung in das neue Gewerkschaftsrecht aufgenommen, vor jeder Streikaktion und bei der Wahl von Gewerkschaftsführern geheime Urabstimmungen abzuhalten.

Die entscheidende Frage, vor die sich die Thatcher-Administration jetzt gestellt sieht, lautet: Wird mit einer unverzüglichen Fortsetzung des Reformprogramms der Erfolg, der bislang erzielt wurde, gefährdet? Unübersehbar hat sich innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung in letzter Zeit ein neuer Realismus durchgesetzt. Das anfangs verbissen bekämpfte neue Gewerkschaftsrecht wird von immer mehr Einzelgewerkschaften befürwortet.

Gerade die hartnäckige Weigerung vom Präsidenten der Bergarbeiter-Gewerkschaft, Arthur Scargill, bei dem fast ein Jahr dauernden Kohlestreik eine geheime Urabstimmung abzuhalten, ist von der Basis vieler anderer Gewerkschaften als Verstoß gegen das neue Gewerkschaftsrecht verurteilt worden. Mehr noch: In vielen Gewerkschaften wird die grundsätzlich von der Gewerkschaftsspitze ausgerufene Opposition gegen das neue Gewerkschaftsrecht und insbesondere gegen die Verpflichtung, bei Streikaktionen und bei der Wahl von Gewerkschaftsführern geheime Urabstimmungen abzuhalten, als eklatante Beschneidung neu erworbener Rechte verurteilt.

Die als traditionell sehr militant und stark links orientiert eingestufte Führung der Eisenbahner-Gewerkschaft mußte erst vor kurzem eine empfindliche Niederlage einstecken, als sie vergeblich zu einem Londoner U-Bahn-Streik aufrief, ohne zuvor eine Urabstimmung abzuhalten. Inzwischen ist die Führung der Eisenbahner-Gewerkschaft dem Beispiel anderer Gewerkschaften (etwa der Elektriker) gefolgt und hat sich dafür entschieden, geheime Urabstimmungen vor Streikaktionen abzuhalten.

Auch die Abspaltung der Sektion Nottinghamshire von der Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM, die die widerrechtliche Bestätigung von Scargill als Präsident auf Lebenszeit nicht hinnehmen will, ist Ausdruck dieses neuen Realismus. Der schrittweise Ansatz der Regierung, sorgfältig geplant und durchgeführt, hat zu einem Erfolg verholfen, an den beim Amtsantritt 1979 nicht zu denken war.

Ein übereiliges Durchziehen weiterer Reformpunkte könnte diesen Erfolg zumindest teilweise in Frage stellen. So ist insbesondere die geplante Erweiterung der persönlichen Rechte von Gewerkschaftsmitgliedern delikat. Dabei wird daran gedacht, Streikunwillige vor allem vor Disziplinarmaßnahmen ihrer Gewerkschaft zu schützen. Denn gerade wenn eine Gewerkschaft sich an das neue Recht hält und eine Urabstimmung abhält, die eine überwältigende Mehrheit für eine Streikaktion erbringt, würde die streikunwillige Minderheit eine für das britische Verständnis ungerechtfertigte Sonderstellung einnehmen.

Die wichtige Frage lautet darüber hinaus, ob es angebracht sei, die Gewerkschaftsreform vor oder nach den nächsten Parlamentswahlen (frühestens 1987) fortzusetzen.

„Terror gegen USA nimmt zu"

Vergeltung ist schwierig / Die Rolle Irans und der Schiiten / Eine Konferenz in Israel

ROLF TOPHOVEN, Tel Aviv

„Wir wissen alles über den Terrorismus", sagte General Aharon Yariv, Direktor des Zentrums für Strategische Studien in Tel Aviv, zum Abschluß einer Terrorismus-Konferenz mit einem Anflug von Ironie, „aber die Politiker müssen es umsetzen, und da beginnt die Schwierigkeit."

Angesichts der jüngsten Geiselaffäre um die TWA-Maschine nahm der schiitische Terror bei der Diskussion breiten Raum ein. Der führende amerikanische Experte auf diesem Gebiet, Paul Jureidini, in Libanon geboren und dort akademisch ausgebildet, zur Struktur schiitischer Selbstmordkommandos: „Diese Kader werden von den Imamen ausgesucht. Die radikale Partei Gottes (Hizbollah) schottet sie völlig nach außen hin ab. In langen Gesprächen werden die Täter von den Geistlichen vorbereitet. Wenn der Imam es für richtig hält, schickt er die Kamikaze-Täter auf ihren Weg. Niemand, selbst die politische Führung der Schiiten nicht, weiß, wer ausgewählt ist", sagte der US-Fachmann.

Immer wieder wurde die Rolle Irans herausgestellt. So könne Irak den Golf-Krieg aus eigener Kraft nicht beenden, da Iran ständig neue radikale Wellen des Fundamentalismus entfachen könne. Bezogen auf die TWA-Geiselaffäre sagte der Wissenschaftler, Iran und die Hizbollah hätten in Libanon gesiegt, nicht der Schiitenführer Nabih Berri oder der syrische Präsident Assad.

Auf die drastische Zunahme des Terrorismus in den letzten 15 Jahren ging der US-Terrorismusforscher Brian Jenkins von der Rand Corporation ein. Der internationale Terrorismus habe Amerika den Krieg erklärt. Diese Kriegführung werde sein Land mit Hunderten von Gewaltakten in den nächsten Jahren weltweit konfrontieren. Eine Vergeltungspolitik der USA gegenüber Terroristen sei schwierig, da man sich nicht mit Staaten, die den Terror fördern, im Krieg befände. Sein Vorschlag: „Staaten, die terroristische Gruppen unterstützen und gegen uns einsetzen, müssen als kriegführende Staaten definiert werden. Dann können die USA politisch, wirtschaftlich und militärisch gegen sie vorgehen."

Bei künftigen Trends der „globalen Kriegführung" des Terrorismus schloß Brian Jenkins Angriffe von Terroristen unter Anwendung biologischer und chemischer Kampfmittel nicht völlig aus.

Yonah Alexander von der Georgetown-Universität sprach von der psychologischen Wirkung eines Terroraktes auf die Weltöffentlichkeit. „Die Entführung der TWA-Maschine nach Beirut und die schließliche Lösung des Falles waren ein Propagandasieg der Schiiten über die USA." Wesentlich für die freie Welt sei, jene Staaten im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit „abzustempeln", die Terrorgruppen unterstützen.

Die Rolle der Sowjetunion im Umfeld des Terrorismus behandelte Professor Galia Golan von der Hebräischen Universität in Jerusalem. Der politische Kampf habe bei aller Unterstützung von Terrorgruppen durch die Sowjetunion für die östliche Supermacht stets Vorrang vor dem bewaffneten Kampf.

„Nützt es den Sowjets, setzen sie indirekt oder auch direkt auf Guerrillas, nationale Befreiungsbewegungen und Terroristen, um damit in ihrem Sinne revolutionäre Entwicklungen weltweit zu beeinflussen", sagte Goland. Ein Beispiel für diese Denkweise sei der Ausschluß des früheren Terroristen Nummer eins, Sanchez Ramirez, genannt „Carlos", aus der Kommunistischen Partei.

Generalmajor a. D. Aharon Yariv, vor Jahren selbst Chef des israelischen militärischen Nachrichtendienstes, trat für eine unmittelbare Verbindung der Nachrichtendienste zur Basis, zu den operativen Organen von Polizei und Armee, ein.

Israelische Experten diskutierten zum Abschluß Konzepte, wie man sich der terroristischen Erpressung gegenüber verhalten sollte. Angesichts des jüngsten Gefangenenaustausches – 11 150, zum Teil hochkarätige palästinensische Terroristen gegen drei israelische Soldaten – lag viel Zündstoff in der Luft. Man merkte den Israelis das Unbehagen über diesen Vorgang an. Die Kritik nimmt zu.

Die über Jahre hinaus praktizierte harte Linie gegenüber Terroristen, so wird befürchtet, sei in Gefahr. Der frühere Geheimdienstchef Meir Amit forderte denn auch eine unnachgiebige Haltung. „Die geringsten Anzeichen einer Schwäche werden von Entführern und anderen Terroristen sofort als Aufforderung zu neuen Gewalttaten verstanden."

Wichtig sei, so Amit, daß schon im Vorfeld einer potentiellen terroristischen Aktion mögliche Objekte entsprechend geschützt würden. „Selten gibt es keine militärische Option."

Westeuropa ist Hauptziel

Mehr als 40 verschiedene Terror-Gruppen haben 1984 weltweit gebombt, entführt und blutige Spuren hinterlassen. Das geht aus einer Studie des „Zentrums für Strategische Studien" an der Universität Tel Aviv hervor.

Die höchste „Rate" terroristischer Anschläge im letzten Jahr verzeichnete Westeuropa: 40,5 Prozent aller in der Welt verübten Gewaltakte durch Terroristen spielten sich hier ab. 20,6 Prozent der Terror-Akte im letzten Jahr geschahen im Nahen Osten. Besonders erwähnt wird in der Studie der israelischen Experten die ansteigende Aktivität des Linksterrorismus in Europa gegen militärische Ziele der NATO und Personen aus NATO-Ländern.

Neu ist nach Ansicht der Verfasser der Aspekt über die steigende Bedeutung des Terrorismus als strategisches Instrument für souveräne Staaten. Dies werde besonders in Nahost deutlich, wo der schiitische Terror zu einer konstanten Bedrohung für jene Staaten geworden sei, die den Interessen Syriens und Irans entgegenstünden. Hinter 15 Prozent der 1984 von Terror-Kommandos verübten Aktionen standen Agenten und Organisationen souveräner Staaten – in der Regel Libyen oder Iran. 50 Prozent aller Anschläge, so die Verfasser, gingen auf das Konto von nur 14 Terror-Gruppen – einschließlich der Schiiten (11,7 Prozent) und der Palästinenser (8,7 Prozent).

R. T.

KP-Prominenz in Polen wendet sich der Kirche zu

JGG, Köln

Großer Nachfrage erfreut sich gegenwärtig in Polen die letzte Ausgabe der renommiertesten katholischen Wochenzeitung des Landes, des Krakauer „Tygodnik Powszechy". Der Grund: Als neuer Mitarbeiter zeichnet dort der junge Wirtschaftsexperte Antoni Zambrowski einen ganzseitigen Beitrag. Es ist aber weniger dieser Artikel, der die Öffentlichkeit interessiert, seine ätzende Kritik, die die Staats-Planwirtschaft als „Korsett" bezeichnet, „das die wirtschaftliche Entwicklung des Landes einengt" und die allgemeinen „wirtschaftlichen Realitäten" mißachtet, als vielmehr die Person des Autors.

Denn Antoni Zambrowski ist der Sohn des einstigen Politchefs der polnischen Armee und späteren Politbüromitgliedes Roman Zambrowski. Vater Roman, Sohn eines bekannten polnischen Rabbiners, war unter anderem auch Chefideologe und Wirtschaftsvordenker seiner Partei in der Ära Gomulka. Von Antoni Zambrowski, dem Sohn, ist bekannt, daß er inzwischen konvertiert ist, sich ostentativ kirchlich trauen ließ und jener Papst-Orientierung im polnischen Katholizismus aktiv verbunden ist, die vom Krakauer „Tygodnik Powszechy" verkörpert wird.

Nicht von ungefähr kommen deshalb die antisemitischen Attacken der Regimemedien in letzter Zeit gegen diese angesehene Wochenzeitung: Auch Chefredakteur Jerzy Turowicz sowie eine Reihe anderer Redakteure sind Konvertiten, und zahlreiche freie Mitarbeiter haben mit dem Kommunismus gebrochen.

Erst kürzlich zeigte sich Vizepremier Mieczyslaw Rakowski in der KP-Wochenzeitung „Polityka", deren jahrelanger Chefredakteur er war, beunruhigt, daß immer mehr prominente KP-Mitglieder der Partei den Rükken kehren und in der Kirchenpresse publizieren.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Bestimmen Anfänger Moskaus Außenpolitik?

Fachliche Kompetenz mißachtet / Nachrücker nicht liberaler

Von MICHAEL VOSLENSKY

Die neuen Personalbeschlüsse in Moskau haben den Wunsch von Parteichef Gorbatschow dokumentiert, die Führungsrolle bei der Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik zu übernehmen. Was bedeutet das für den Westen?

Der im Westen ab und zu aufflackernde Jubel über den Generationswechsel an der Kremlspitze ist wenig begründet: Die Fünfzigjährigen in der Sowjetunion sind nicht unbedingt liberaler oder prowestlicher eingestellt als die Siebzigjährigen. Die Tatsache, daß die Nachrückenden keine reale Vorstellung von einem Krieg haben, ist auch nicht beruhigend.

Der pluralistische Westen wird meistens nur mit einer Facette dieser Tatsache konfrontiert, zum Beipiel im Falle jener Ärzte, die verkünden, sie könnten im Kriegsfall keine Hilfe leisten – obwohl bekanntlich viele Menschen durch medizinische Hilfe in Hiroshima und Nagasaki gerettet worden sind.

In einer militaristischen Diktatur der Nomenklatura kann sich nun die andere Facette zeigen. Jüngere sowjetische Politiker könnten die jahrzehntelang trommelnde Propaganda über die angebliche „Unbesiegbarkeit" des Sowjetsystems ernst nehmen. Sie haben nämlich nicht bewußt erlebt, wie nah die Sowjetunion im Oktober 1941 vor der Niederlage stand – und sie haben damals Stalins Worte nicht beherzigen können, es gebe keine unbesiegbaren Armeen.

Was ist in Moskau geschehen? Daß der sowjetische Parteichef seinen Rivalen ausgetrickst und in die Wüste geschickt hat, ist nicht neu. Nach diesem Schema kämpfte Lenin, mordete Stalin, manövrierten seine Nachfolger.

Etwas unerwartet war allerdings die Rücksichtslosigkeit bei der Abrechnung mit Romanow. Chruschtschow beließ seine Gegner, die ihm im Juni 1957 zu stürzen versuchten, immerhin auf verantwortlichen Nomenklaturaposten: Molotow wurde als Botschafter in die Mongolei, Perwuchin als Botschafter in die „DDR" entsandt; Malenkow zum Direktor eines Großbetriebes ernannt. Breschnew duldete seinen besiegten Konkurrenten Schilepin sogar als

> ❞ Gromyko war für den Westen ein schwieriger, aber berechenbarer Partner. Gorbatschow tauschte den erfahrensten Außenminister gegen den unerfahrensten aus. ❞

Mitglied des Politbüros. Die abrupte Pensionierung des 62jährigen Romanow wegen angeblicher „Krankheit" ist ein Schritt zurück, zu den Zeiten vor Chruschtschow.

Das ist zur Kenntnis zu nehmen, auch wenn der Westen diesem Parteimanager des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes keine Träne nachweinen soll.

Anders ist es im Fall Gromyko. Er war für den Westen zwar ein schwieriger, dafür äußerst erfahrener und somit berechenbarer Partner. Sein Abgang in die majestätische Bedeutungslosigkeit des Präsidiumsvorsitzenden eines Scheinparlaments ist wirklich zu bedauern. Für den bald 76jährigen kommt das einem Abschieben auf das Altenteil gleich. In der deutschen Ausgabe seiner Reden schrieb Gromyko in einer autobiographischen Skizze, daß er sich bis zu seinem Lebensende der Außenpolitik widmen möchte. Diesem Wunsch wurde nicht entsprochen.

Gorbatschow hat den erfahrensten Außenminister der Welt gegen den unerfahrensten ausgetauscht. Zwar stimmt das von einigen vermittelte Bild des neuen Ministers Eduard Schewardnadse nicht ganz: Er ist ein Parteifunktionär und nur nebenbei ein Berufspolizist, nicht umgekehrt.

Der Sohn eines georgischen Dorfschullehrers arbeitete zuerst im Komsomol (der Jugendorganisation der KPdSU), ging auf die Parteischule beim ZK der KP Georgiens, und stieg zum Ersten Sekretär des ZK des Komsomol in seiner Republik auf. Danach begab er sich in den Parteiapparat als Erster Sekretär des Kreis-Parteikomitees. In den Jahren 1965 bis 1972 war Schewardnadse Innenminister Georgiens. Durch die Bloßlegung der Korruptionsaffären des damaligen georgischen Parteichefs erhielt er selbst diesen begehrten Posten. Nichts in seiner Karriere prädestinierte seinen Aufstieg zum Außenminister der Großmacht Sowjetunion.

Die souveräne Mißachtung der fachlichen Qualifikation trat auch bei der Wahl des Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im Unionssowjet – der ersten Kammer des Obersten Sowjets – zutage. Diesen Posten erhielt der Zweite Sekretär des ZK, Ligatschow. Der diplomierte Luftfahrtingenieur war zuerst Erster Sekretär des Kreis-, dann des Gebietskomitees des Komsomol in Nowosibirsk, danach zwölf Jahre lang Sekretär des Nowosibirsker Gebietsparteikomitees, Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, und 18 Jahre Erster Gebietsparteisekretär in Tomsk.

Unter Andropow stieg er zum ZK-Sekretär auf und leitet seitdem die Organisationsarbeit der Partei. Somit kam Ligatschow nie mit der Außenpolitik in Berührung. Nun ist er mit großer Wahrscheinlichkeit der

> ❞ Bei den inneren Auseinandersetzungen an der Spitze war der neue Parteichef erfolgreich. Gegenüber den USA zeigte er bisher dagegen wenig Einfallsreichtum ❞

Vorsitzende der außenpolitischen Kommission des ZK des KPdSU: Diese geheime Machtposition wurde bisher immer mit dem neuen Ligatschow-Posten im Moskauer Pseudoparlament verbunden.

Also sind jetzt die beiden für die Außenpolitik zuständigen Politbüro-Mitglieder außenpolitisch völlig unerfahren. Gromyko hat man kaum eine Führungsrolle in der Außenpolitik zugedacht, sonst hätte man ihn nicht versetzt. Und dem zweiten Berufsaußenpolitiker in der Kreml-Führung, dem 80jährigen Ponomarjow, wird hartnäckig die Mitgliedschaft im Politbüro versagt.

Man hat künstlich die Lage geschaffen, in der Gorbatschow tatsächlich den Anspruch auf die Gestaltung der Außenpolitik erheben kann. Diese Operation ist taktisch geschickt durchgeführt worden. Aber ist sie vernünftig?

Gerade das ist zu bezweifeln. Gorbatschow ist ein begabter Politiker, er hat sich als ein erfolgreicher Praktiker in den inneren Auseinandersetzungen an der Spitze gezeigt. Aber seine außenpolitischen Schritte waren bisher nicht beeindruckend. Die bloße Wiederholung der gescheiterten Geste Breschnews – des Versprechens und Nichteinhaltens eines Stationierungsmoratoriums für die SS-20-Raketen, die kontraproduktive Drohung, die Genfer Verhandlungen zu verlassen; das Zögern US-Präsident Reagans zu treffen – das alles zeugt nicht von Einfallsreichtum in der Außenpolitik.

Eine außenpolitische Schwäche Moskaus ist natürlich kein Grund für Verzweiflung im Westen. Aber es wäre bedauernswert, sollte in der sowjetischen Außenpolitik eine Zeit des Dilettantismus und des Anfängertums anbrechen. Und es würde nur zu unnützlichen Komplikationen führen, falls die Gorbatschow-Gruppe versucht, in ihre Außenpolitik die harten Methoden zu übertragen, die man jetzt in Moskau demonstriert hat.

Mehrheit der Kanadier für SDI-Beteiligung

AFP, Montreal

Die Mehrheit der Kanadier ist für die Beteiligung ihres Landes an dem amerikanischen Weltraum-Verteidigungsprogramm SDI. Das geht aus einer Gallup-Umfrage hervor, deren Ergebnisse die Tageszeitung „La Presse" am Montag in Montreal veröffentlichte.

In der Gallup-Umfrage, bei der mehr als 1000 Kanadier befragt wurden, sollte vor allem festgestellt werden, inwieweit die Bürger Kanadas überhaupt über die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan unterrichtet sind.

81 Prozent der Befragten gaben an, sie hätten von SDI bereits gehört. 53 Prozent von ihnen sprachen sich dabei für eine kanadische Beteiligung an dem SDI-Projekt aus. 40 Prozent der Befragten waren gegen eine Teilnahme ihres Landes an dem amerikanischen Forschungsvorhaben. Sieben Prozent wollten zu der Fragestellung keine Meinung äußern.

Dachte Reagan an Vergeltung in El Salvador?

AFP, New York

US-Präsident Ronald Reagan wollte nach Darstellung des Nachrichtenmagazins „Newsweek" einen Luftangriff auf Guerrilla-Stützpunkte in El Salvador anordnen, als er von dem Attentat vom 19. Juni erfuhr, bei dem auch vier Marine-Infanteristen ums Leben kamen. Reagan sei darüber so „wütend" gewesen, daß er das Verteidigungsministerium mit der Planung von Vergeltungsschlägen beauftragt habe.

Die Militärführung habe aber bei der Vorlage ihres Planes unterstrichen, daß bei einem Angriff auch viele in den Lagern lebende Frauen und Kinder getötet würden. Außerdem sei Reagan auf negative Auswirkungen für Salvadors Präsidenten Duarte hingewiesen worden, wenn die USA direkt eingreifen würden. Reagan, so die „Newsweek", hätte sich bei einer Besprechung mit Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrates schließlich „widerwillig" diesen Argumenten angeschlossen, die von einem Vergeltungsschlag abrieten.



Abstrakte Bilderwelten aus Bits und Elektronen

Immer häufiger tauchen in Werbespots, aber auch in wissenschaftlichen Filmen Bilder auf, die sich der verblüffenden Möglichkeit der elektronischen Zeichenkunst bedienen. Eines ist allen Abbildungen, Computergrafik genannt, gemeinsam: Die Ausflüge in reale und abstrakt ornamentale Bildwelten beruhen auf der Umsetzung mathematischer Formeln und Gleichungen. Arbeitsmittel sind nicht Pinsel und Farbe, sondern Bits und Elektronen.

Zur Realisation der Traumwelten stehen raffinierte Programme in Hochgeschwindigkeitsrechnern zur Verfügung, die in der Regel auf die Auswertung von Luftaufnahmen und Satellitenbilder getrimmt sind. Sogar die in modernen Konstruktionsbüros arbeitenden „elektronischen Reißbretter", kurz CAD (computergestütztes Design) genannt, werden zunehmend von Künstlern entdeckt.

Im Stuttgarter Rathaus wurde jetzt eine Ausstellung eröffnet, die sich der künstlerischen Nutzung der elektronischen Bilderzeugung widmet. Im Foyer des Rathauses sind bis zum 22. Juli „digitale Träume – Bilder aus der Welt der Computer" ausgestellt. Die Sammlung kommt vom 19. August bis 8. September nach Bonn (Landesvertretung Baden-Württemberg) und wird von 19. September bis 10. Oktober in Berlin (Rathaus Schöneberg) zu sehen sein. D.T.

Seit Anfang dieses Jahres hat sich die Europäische Kommission dazu durchgerungen, ihre bisherige Forschungsförderung zu ändern. Während sie bislang sach- oder projektbezogene Mittel vergab, versucht sie nun, kompetente Fachleute und Wissenschaftler aus allen Mitgliedsländern der EG quasi „grenzüberschreitend" zusammenzubringen. Die Kommission will dabei nicht als Entscheidungsinstanz auftreten, die prüft, ob Einzelvorhaben unterstützt werden sollen, sondern als Mittler zwischen Forschergruppen.

In Brüssel finden Forscher neue Partner

Von ARNO NÖLDECHEN

Die neue Förderungskonzeption zeigt im Rahmen der Programme „BRITE" und „Stimulate European Cooperation" schon erste Erfolge. Zwar werden in Einzelfällen auch direkte finanzielle Hilfen zum Kauf von Geräten und Instrumenten gewährt, aber es geht hauptsächlich darum, Wissenschaftler und Techniker zu Gesprächen und Verhandlungen zusammenzubringen. Die EG übernimmt dazu beispielsweise Anreise- und Tagungskosten, Hotelmieten oder die Bezahlung von Dolmetschern, auch die Druckkosten, um einen Tagungsbericht zu veröffentlichen.

Die Kommission arbeitet also wie eine Dienstleistungs-Agentur. Das hat den Vorteil, daß für derartige Initiativen erheblich geringere Mittel notwendig werden und gleichzeitig kulturelle und sprachliche Barrieren zwischen Europäern wirkungsvoll überwunden werden können. Außerdem wird eine Konkurrenz oder gar eine Konfrontation mit den verschiedenartigen, nationalen Forschungsprogrammen der einzelnen Mitgliedsländer vermieden.

Im Gegenteil, es zeigt sich, daß mehrere nationale Forschungen im grenzüberschreitenden Sinne zusammengeführt werden können. So ist es zum Beispiel in der Test- und Versuchsphase dieser veränderten Förderpolitik gelungen, eine Gruppe europäischer Physiker zu vereinen, die die Grundlagen für eine völlig neue Computer-Generation erarbeiten. Es handelt sich um die Erforschung der „optical bistability" als Grundlage für einen zukünftigen Computertyp, der anstelle von Elektronen mit Licht operiert.

Die EG-Kommission konnte unter diesem Arbeitstitel 18 einzelne Forschergruppen an 19 europäischen Universitäten und Forschungsinstituten vereinen. Die intensive gegenseitige Beratung und Arbeitsteilung haben dazu geführt, daß die gemeinsamen europäischen Forschungsarbeiten heute gleichauf mit denen amerikanischer Forscherteams liegen.

Erfolgreiche Forschung trotz begrenzter Mittel

Das Projekt erhielt dabei eine vergleichsweise geringe finanzielle Unterstützung aus dem EG-Forschungsetat, während die amerikanischen Teams massive finanzielle Unterstützung von staatlicher und industrieller Seite genießen. Dieses sogenannte Stimulations-Programm soll noch auf andere Bereiche der Grundlagenforschung ausgeweitet werden. Gegenwärtig sammelt man in Brüssel geeignete Vorschläge.

Das gilt auch für das BRITE-Programm (Basic Research in Industrial Technologies for Europe). Hier liegen die Schwerpunkte auf der Entwicklung neuerer Technologien, die möglichst innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre auf den Markt kommen sollen. Während einer vorauslaufenden Testphase gingen dazu aus allen europäischen Ländern mehr als 3000 Vorschläge ein. Gegenwärtig läuft ein Selektionsverfahren, um interessante und erfolgversprechende Einzelprojekte herauszufinden. Dieses EG-Forschungsprojekt wurde für vier Jahre mit 280 Millionen Mark ausgestattet.

Um hier Erfolgsprojekte unterstützen zu können, wurde die Fördersumme pro Einzelfall auf jeweils höchstens 2,2 Millionen Mark beschränkt. Damit lassen sich insgesamt etwa 120 Projekte finanzieren. Aus der Fülle der beantragten Projekte einige Beispiele: Die Textilindustrie sucht nach bildverarbeitenden, computerisierten Verfahren, um Fäden und Fasern so genau zu erkennen, daß sich die Faserführung automatisieren läßt.

Es wird nach Prüfverfahren gesucht, um Materialermüdungen, beispielsweise bei Schaufeln von Gasturbinen, schnell und zuverlässig festzustellen. Hierzu haben sich Partner aus England, Italien und Deutschland zusammengefunden. Oder: Wie lassen sich Klebeverbindungen für die Verbindung von Kunststoffen und Metallen verbessern? Das „grenzüberschreitende" Interesse hierzu umfaßt Industrien und Institute aus fünf verschiedenen EG-Ländern.

Projekte, die die EG-Hürden überwinden, können damit rechnen, jeweils die Hälfte der Forschungs- und Entwicklungskosten aus der EG-Kasse zu bekommen. Ein Fördersatz, der ja auch für die meisten der nationalen Forschungsunterstützungen gilt. Wegen des großen Interesses, welches das BRITE-Programm auslöste, hat die EG-Kommission zugesichert, die vorgegebenen Finanzrahmen unter Umständen noch zu vergrößern.

Zwar müssen Interessierte auch heute noch zahllose Formulare ausfüllen und Auskünfte geben, aber eingedenk früherer Klagen ist der bürokratische Aufwand reduziert worden.

Förderung für Projekte ohne nationales Gerangel

Zu den Ausschreibungsregeln gehört es auch, daß nur Projekte gefördert werden sollen, die keine Unterstützung auf nationaler Ebene erhalten. Die EG-Kommission hat damit einen Weg zur Forschungsförderung eingeschlagen, der fernab einzelstaatlicher Interessen liegt, also auch frei von unbefriedigenden Kompromißlösungen zwischen einzelnen EG-Ländern ist. So wird es nicht mehr zum Gerangel zwischen den unterschiedlichen Interessenlagen der verschieden industrialisierten Länder der Europäischen Gemeinschaft kommen.

Es bleibt jedoch anzumerken, daß die Bundesrepublik weder bei den aufgeführten Programmen, noch im Verwaltungsapparat der EG-Kommission entsprechend ihrer Bedeutung in der Europäischen Gemeinschaft vertreten ist. Das ist ein Mangel, den wir uns im europäischen Markt eigentlich kaum leisten können.

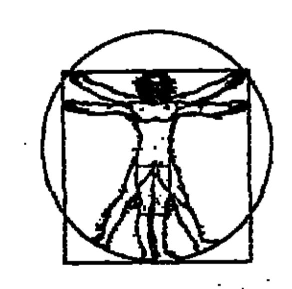
NOTIZEN

Strahlen sehen ins Herz

Lindau (dpa) – Ein neues Verfahren, bei dem die Herzkranzgefäße mit Hilfe von Synchrotronstrahlung untersucht werden, hat Prof. Robert Hofstadter (Stanford) auf der 35. Tagung der Nobelpreisträger in Lindau vorgestellt. Dem Patienten wird dabei jodhaltiger Farbstoff in die Blutbahn gespritzt, der anschließend mit Hilfe der Strahlung sichtbar gemacht werden kann. Die Untersuchung ist wesentlich kürzer als die bisher verwendeten und kann zur Vorbeugung des Herzinfarktes dienen.

Gehirnhautentzündung

Gelsenkirchen (lnw) – 75 Prozent der 1984 in der Bundesrepublik registrierten Hirnhautentzündungen (Meningitis) traten im Ruhrgebiet auf, wie das Hygieneinstitut Gelsenkirchen mitteilte. Für diese durch Viren verursach-



ten Krankheit könnte „die Struktur des Ballungsraumes" verantwortlich sein, wie der Direktor des Institutes bekannt gab. Eine fundierte Analyse gebe es bisher jedoch nicht.

Beton-Recycling

Lünen (idr) – Die erste computergesteuerte Beton-Recycling-Anlage wird zur Zeit bei einer Firma in Westfalen gebaut und erprobt. 100 000 Mark kostet das Gerät, das unverarbeitete Betonklötze so in die Bestandteile zerlegt, daß der Kies, der Sand und das Zementschlammwasser wieder zur Neuproduktion von Beton verwendet werden können. Die Anlage soll sich in zwei Jahren amortisieren, da die bisherigen Kosten für Abfallbeseitigung eingespart werden.

Erfolgreiche Windanlage

Bremerhaven (dpa) – Die 1981 bei Bremerhaven gebaute Windenergieanlage „Monopterus" ist für den Dauerbetrieb geeignet. Versuche bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm haben gezeigt, daß die Anlage, die nur einen Flügel besitzt, im Gegensatz zu der Großen Windanlage (Growian) technisch 100prozentig in Ordnung ist.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Auch keine Orientierung

„Die Nivellierungsstufe"; WELT vom 28. Juni

Der Kommentar schildert die Situation in Hessen sehr zutreffend. Der Niedersächsische Elternverein arbeitet mit dem Hessischen Elternverein seit langer Zeit eng zusammen und hat auch seine umfangreichen negativen Erfahrungsberichte mit der niedersächsischen Orientierungsstufe in die dortige Elternarbeit eingebracht. Sie schreiben zu Recht, daß die Förderstufe niemanden fördere und fahren fort „in anderen Bundesländern, heißt sie, ehrlicher, Orientierungsstufe". Es wäre ja schön, wenn diese Schulform wenigstens dem Anspruch, die Schüler auf die drei weiterführenden Schulen zu orientieren, gerecht würde. Aber auch das ist in Niedersachsen nicht der Fall.

Gemessen an dem Ziel, die Schullaufbahnempfehlung zwei weitere Jahre offen zu halten und die Schüler auf die Anforderungen der drei weiterführenden Schulen hin zu orientieren, ist die „Orientierungsstufe" gescheitert. Die Übergänge der Schüler decken sich weitgehend mit den Empfehlungen, die bereits nach der Grundschule ausgesprochen werden, eine Orientierung auf die Anforderungen von Hauptschule, Realschule und Gymnasium findet nur bedingt statt, da kaum Gymnasial- und Realschullehrer an den Orientierungsstufen unterrichten.

Die Kurszuweisungen bleiben in der Regel stabil, so daß von einem Offenhalten der späteren Schullaufbahn über zwei Jahre nicht die Rede sein kann. Es gibt auch keine Abgrenzungen und Definitionen der Leistungsanforderungen an den späteren Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten und auch keine entsprechenden Lehr- und Lernmittel.

Bereits diese wenigen Aspekte zeigen auf, daß der von Ihnen gewählte Begriff „Nivellierungsstufe" für diese zweijährige neue Schulstufe, die es nun außer im CDU-regierten Niedersachsen und im SPD-regierten Bremen auch noch in Hessen gibt, durchaus zutreffend ist. In Hamburg mutet man diesen integrierten Schultorso nicht allen Eltern zu, sondern bietet ihn lediglich an, wovon nur fünf Prozent der Eltern Gebrauch machen.

Daraus und aus Beispielen in Niedersachsen, wo es Wahlmöglichkeiten gibt, kann man schließen, daß die Mehrheit der Eltern diese Schulform nicht akzeptiert und zum Leidwesen der Politiker noch lange keine Ruhe geben wird.

Sighild Salzmann, Niedersächsischer Elternverein e. V., Braunschweig

Straßenbahn

„City ohne Straßenbahn"; WELT vom 3. Juli

Das Konzept „schienenfreie Innenstadt" ist falsch, weil es ein besseres Konzept gibt. Es heißt: „autofreie Innenstadt mit freier Fahrt für den Schienenverkehr". Mit diesem Konzept ist der Bau von U-Bahnen überflüssig. Die Schweizer Städte Basel und Zürich beweisen es. Aber auch in Deutschland gibt es ausgezeichnete Lösungen für die städtebauliche Integration des Schienenverkehrs in autofreie Innenstädte: zum Beispiel im Bereich der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen in Witten, Wanne-Eickel und Herne. In Herne wurde nach dem Schließen der streckenparallelen U-Bahn-Baugrube die Straßenbahn sogar mit einer optimalen und sehr eleganten Gleisführung restauriert.

Der Erlebniswert einer Fahrt mit einem Schienenverkehrsmittel durch die Straßenlandschaft der Innenstadt kann wegen der Unmittelbarkeit des Verkehrsgeschehens durch kein anderes Verkehrsmittel aufgewogen werden. Deshalb gibt es den Äbblewoi-Expreß in Frankfurt, die Cable Cars in San Francisco, die Bonde in Rio de Janeiro, Nostalgiebahnen in Detroit, Seattle und anderen Orten. Deshalb ist der Bochumer Partywagen „Bogie" so beliebt. Viele klassische Innenstadt-Schienenstrecken in Deutschland sind bereits zerstört worden: die Hauptstraße in Heidelberg, die Mönckebergstraße in Hamburg. Es ist bedauerlich, daß diese Fehlentwicklung nun auch Frankfurt angesteckt hat. Gerade die deutschen Städte wirken wegen ihrer umweltfreundlichen Schienenverkehrsmittel in den Innenstädten so einladend.

Dr. K.-R. Leimbach, Bochum-Linden

Wort des Tages

> ❞ Frieden bedeutet nicht ein beliebiges Schicksal, nicht ein bloßes Glück, das einem zufällt. Ob wir im Frieden leben können, das hängt nicht an irgendwelchen anonymen Bedingungen. Letztlich hängen Frieden und Friedlosigkeit ab von der menschlichen Freiheit. Krieg oder Frieden, Haß oder Liebe, das sind keine unabänderlichen Gegebenheiten wie Tag und Nacht, wie Flut und Ebbe, wie Sommer und Winter. ❞

Georg Moser, dt. Theologe (geb. 1923)

Mißtrauen

„Der Verbindliche"; WELT vom 2. Juli

Immer wieder besteht für mich als Schlesier Anlaß, der Haltung der CDU zur Frage der Ostgrenzen tief zu mißtrauen; Herr Rühe ist durchaus nicht allein in seiner Ansicht. Ich bin sogar davon überzeugt, daß auch der Bundeskanzler so wie er denkt. Wenn er auf dem Schlesiertreffen in Hannover vorsichtigere Ausführungen gemacht hat, geschah das allein im Hinblick auf die katastrophale Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen und auf Druck durch die CSU. Es war eben taktisch zu früh, die Heimatvertriebenen politisch abzuschreiben, sie sind noch nicht ausgestorben.

W. Abramowski, Eging

Personalien

KIRCHE

Der bisherige Dompfarrer und Ordinariatsrat, Prälat **Hans-Reinhard Koch** (55), ist im Rahmen eines von annähernd 4000 Katholiken besuchten Festgottesdienstes im Erfurter Marien-Dom am Wochenende zum Weihbischof des Apostolischen Administrators von Erfurt und Meiningen geweiht worden. Die Bischofsweihe spendete der Apostolische Administrator in Erfurt-Meiningen, Bischof **Joachim Wanke**. Die Berliner Bischofskonferenz zählt nach der Weihe Kochs jetzt elf Mitglieder, was den höchsten Stand in ihrer bisherigen Geschichte bedeutet.

GEBURTSTAG

Einer der ältesten und noch aktiven Stahlhändler in der Bundesrepublik Deutschland, **Walter Steinweden**, feiert heute seinen 85. Geburtstag. Der aus Leipzig gebürtige Kaufmann gründete 1921 in seiner Vaterstadt eine Stahlgroßhandlung gleichen Namens. Von 1935 bis 1945 war er Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer in Leipzig. Von 1936 bis 1945 war er Präsidiumsmitglied der „Reichsvereinigung Eisen". Nach seiner Flucht aus Mitteldeutschland im Jahre 1952 baute er die Firma in Frankfurt am Main wieder auf. Von 1954 bis 1974 war er als Vorstandsmitglied des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft tätig.

AUSZEICHNUNG

Die Bundesarchitektenkammer hat bei dem Journalistenwettbewerb 1985 „Architekten – Behausung – Umwelt" aus 43 eingesandten Arbeiten fünf Publikationen prämiert. Der erste Preis, dotiert mit 10 000 Mark, ging an Dr. **Gottfried Knapp** von der „Süddeutschen Zeitung" für seinen Aufsatz „Wo die Donau wieder blau ist", der zweite Preis in Höhe von 5000 Mark ging an Dr. **Mathias Schreiber** von der „FAZ" für den Artikel „Obelisken der Warenwelt". Den dritten Preis mit 2500 Mark erhielt **Christian Marquart** von der „Stuttgarter Zeitung", der vierte Preis mit 1500 Mark ging an Dr. **Manfred Sack** von der „Zeit" und den fünften Preis mit 1000 Mark erhielt **Dieter Bartetzko** von der „Frankfurter Rundschau".

EHRUNG

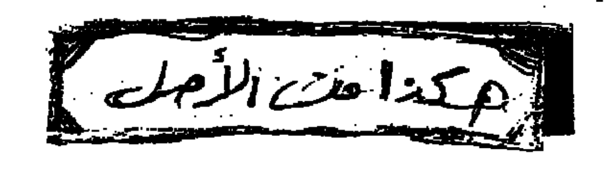
Die Akademie der Künste in Sofia hat dem international bekannten Aachener Kunstmäzen Dr. **Peter Ludwig** und seiner Frau **Irene** die Ehrendoktorwürde verliehen. Die beiden Kunstsammler erhielten diese Auszeichnung für ihre „außerordentlichen Verdienste um die Entwicklung der Kunstwissenschaft, der wissenschaftlichen Forschung, Sammlung, Popularisierung der internationalen antiken, mittelalterlichen und zeitgenössischen Kunst".

JUBILÄUM

Morgen hält Professor Dr. **Friedrich Hund** seine letzte Vorlesung an der Georg-August-Universität Göttingen in diesem Semester. Damit kann der Physiker ein seltenes Jubiläum begehen: 60 Jahre Lehrtätigkeit. Als Schüler von **Max Born** hat Hund sich im Sommer 1925 in Göttingen habilitiert und ist seitdem intensiv bemüht, nicht nur eigene Forschung zu betreiben, sondern sein Wissen an Studenten und jüngere Fachwissenschaftler weiterzugeben. In den ersten Jahren seiner Lehrtätigkeit in Göttingen war der Aufbau der Moleküle sein Spezialgebiet. Nach Professuren in Rostock, Leipzig, Jena und Frankfurt am Main kam er 1957 nach Göttingen zurück. In der Zwischenzeit hatte sich sein Forschungsgebiet erweitert zur „Theorie zum Aufbau der Materie". Der 1896 geborene Wissenschaftler studierte Mathematik, Physik und Geographie.

VERÄNDERUNG

Ulrich Jung, Sprecher im Bundespostministerium in Bonn, wird ab 1. Oktober Chefredakteur der „Offenbach-Post". Bevor Jung im Januar 1984 in das Postministerium kam, war er Leiter der Wirtschaftsredaktion bei den „Westfälischen Nachrichten" in Münster. Sein Nachfolger im Bonner Postministerium wird sein bisheriger Stellvertreter **Walter Maschke**.



JETZT GIBT ES EIN THEMA MEHR, AN DEM MAN IHREN STIL ERKENNEN KANN: DEN NEUEN LANCIA THEMA.



Todenhöfer: Woran die Politik der Rüstungskontrolle gescheitert ist

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der abrüstungspolitische Experte der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Todenhöfer, hält es „nicht für vertretbar, die Rüstungskontrolle im Westen weiterhin als eine alleinige Domäne der Außenminister anzusehen." Gegenüber der WELT plädiert er dafür, das Verteidigungsministerium „in sehr viel stärkerem Maße an der Willensbildung zu beteiligen," um den notwendigen militärischen Sachverstand miteinzubringen.

Konkret nennt der CDU-Politiker das jüngste Angebot des Westens bei den MBFR-Verhandlungen in Wien. Es sei vorgelegt worden, ohne vorher die Auswirkungen für die Verteidigungsfähigkeit des Westens in Europa zu prüfen. Nähme der Osten die Vorschläge an, käme es zu einer „Minderung der westlichen Verteidigungskraft, während die offensiven Fähigkeiten des Warschauer Pakts erhalten" blieben.

Oder die Mittelstreckenwaffen: Die Null-Lösung sei unter anderem durch die Stationierung weiterer Raketen im Ostblock und die damit verbundene strategische Entwicklung überholt. Wer heute noch die westlichen Mittelstreckenwaffen völlig abschaffen wolle, der „koppelt ab, gewollt oder ungewollt".

Darüber hinaus fordert der CDU-Politiker: „Der Westen sollte Abschied nehmen von einer Abrüstungspolitik, die nach Gesetzen innenpolitischer Bedürfnisse abläuft."

Rüstungskontrollverhandlungen dürften sich nicht an Wahlterminen oder Parteitagen orientieren, sondern müßten frei von innenpolitisch-taktischen Überlegungen betrieben werden können.

Todenhöfer: „Dies ist in den USA wie in Westeuropa leider oft nicht beachtet worden." Dadurch seien die Prioritäten der Politik bisweilen verschoben worden. Der Osten müsse wissen, daß der Westen trotz seiner Präferenz für die Abrüstung zu beidem in der Lage ist, zur Abrüstung und zur Nachrüstung. Dies sei auch der einzige realistische Hebel, um die Sowjetunion zu wirklichen Abrüstungsverhandlungen zu veranlassen.

Moskau habe sich an die Großzügigkeit des Westens gewöhnt und schlage schon routinemäßig keine kompromißfähigen Abrüstungsschritte mehr vor. Die Sowjets spekulierten auf westliche Schwäche und Nachgiebigkeit und konzentrierten sich auf Propaganda-Aktionen und Desinformation. Das habe den Frieden „krisenanfälliger" gemacht.

Die Sowjetunion folge einer anderen Abrüstungsphilosophie als der Westen. Sie „hat nie wirkliches militärisches Gleichgewicht angestrebt, sondern stets Überlegenheit". Für sie sei militärische Macht „der Eckstein ihrer Gesamtpolitik".

Der Westen müsse der Sowjetunion eine Rüstungskontrollpolitik entgegensetzen, die in der Lage sei, „die expansionistischen Zielsetzungen Moskaus zu beschränken, einzudämmen." Er, Todenhöfer, sei der Überzeugung, daß sich der Frieden zwischen Ost und West auch mit weniger Waffen stabilisieren lasse. Aber wer den Frieden wirklich ernst nehme, müsse sagen: Stabilität auf höherem Gleichgewicht ist immer noch besser als Labilität auf niedrigerem Niveau.

Kern jeder Abrüstungspolitik müsse wieder der „Realitätsbezug" sein, nämlich die Erkenntnis, daß „die Ursachen der Spannung nicht in der Anhäufung von mehr oder weniger Waffen bestehen, sondern im Totalitarismus des kommunistischen Systems." Mehr als eine „limitierte Abrüstung – wie sie zum Beispiel von den USA für interkontinentale Waffen vorgeschlagen wird und die immerhin eine Reduzierung der Atomgefechtsköpfe um mindestens ein Drittel vorsieht" – wird deshalb so lange nicht vertretbar, als die Sowjetunion anderen Völkern das Selbstbestimmungsrecht und die Grundfreiheiten vorenthalte und ihre Expansionspolitik nicht aufgebe.

In diesem Zusammenhang übte Todenhöfer deutliche Kritik an „illusionären Entspannungsvorstellungen". Die genannten Fehlentwicklungen, die er in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Beiträge zur Konfliktforschung" als „persönliche Meinung" darlegt, seien zeitlich und inhaltlich parallel zur „utopischen Entspannungsära" seit der Bundeskanzlerschaft Willy Brandts eingetreten und „bis heute nicht ausreichend korrigiert" worden. Todenhöfer stellte fest: „Unsere Abrüstungspolitik und unsere Position an der Nahtstelle zwischen Ost und West sind zu wichtig, als daß wir diese Fehlentwicklungen weiter im Verhandlungsgepäck mittragen können."

Auf eine Diskussion um Parteien und Personen läßt sich Todenhöfer nicht ein. Schon gar nicht wolle er Kritik an Politikern der Regierungskoalition üben. Dafür sei ihm die Sache zu wichtig. Der Westen verdanke die Tatsache, daß er „seit 40 Jahren in Frieden und Freiheit lebt, ausschließlich seiner bisherigen Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft." Auf dem Rücken dieser Fähigkeit sei zu lange „eine trügerische Entspannungs- und Abrüstungspolitik" betrieben worden. „Es war eine bequeme Politik. Aber sie ist gescheitert."

Haftbefehle gegen militante „Tierschützer"

DW. Karlsruhe

Aufgrund dringenden Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oder deren Unterstützung ist auf Antrag von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann Haftbefehl gegen zehn militante „Tierschützer" erlassen worden. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft werden sie beschuldigt, am Abend des 29. Juni einen Brandanschlag auf einen Labor-Neubau des Forschungsinstituts für experimentelle Biologie und Medizin in Borstel (Kreis Bad Segeberg) versucht zu haben. Einige von ihnen werden noch für mehrere andere gewaltsame „Tierbefreiungsaktionen" im ganzen Bundesgebiet verantwortlich gemacht.

Mit dem vereitelten Anschlag in Borstel sollte die für September dieses Jahres vorgesehene Inbetriebnahme des Instituts verhindert werden, das unter anderem für immunologische Forschungen eingerichtet wird. Die Täter hatten knapp 400 Liter Benzin in Kanistern sowie weitere Tatwerkzeuge auf einem gemieteten Kleinlastwagen bereitgehalten. Durch die rechtzeitige Festnahme wurde ein Sachschaden von bis zu 20 Millionen Mark verhindert.

Einige der nicht näher bezeichneten Tatbeteiligten sind dringend verdächtig, sich bereits eineinhalb Jahre zuvor „in organisierter Form zusammengeschlossen" zu haben. Auf ihr Konto gehen nach den bisherigen Ermittlungen unter anderem strafbare sogenannte „Tierbefreiungsaktionen" am 10. November 1984 in Münster und am 8. April 1985 in Kiel. Weitere Anschläge seien geplant gewesen.

Heidemann, die verschwundenen Millionen, Kujau und der „Stern"

Aus der Urteilsbegründung zu den „Hitler-Tagebüchern" / Keine Hintermänner

UWE BAHNSEN, Hamburg

Als die Große Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts gestern morgen um 9.10 Uhr den Plenarsaal des Ziviljustizgebäudes am Sievekingplatz betrat, um das Urteil gegen den früheren „Stern"-Reporter Gerd Heidemann, den Militaria-Händler Konrad Kujau und dessen Lebensgefährtin Edith Lieblang zu verkünden, mühten sich stämmige Justizwachtmeister noch, eine ganze Kompanie von Fotografen und Fernsehteams aus dem Saal zu schieben – zunächst vergeblich. Zuvor hatten die drei Angeklagten ein Blitzlichtgewitter erlebt, das noch heftiger war als bei der Eröffnung der Hauptverhandlung am 21. August vorigen Jahres. Es dauerte einige Minuten, bis der Vorsitzende Richter Hans-Ulrich Schroeder diesen letzten, den 95. Verhandlungstag im Betrugsverfahren um die gefälschten „Hitler-Tagebücher" eröffnen und die Entscheidung des Gerichts bekanntgeben konnte.

Gerd Heidemann, im taubengrauen Nadelstreifenanzug, sichtlich blaß, zeigte keinerlei Gemütsregung, als er sein Strafmaß, vier Jahre und acht Monate Freiheitsentzug, erfuhr. Auch Konrad Kujau, ebenfalls in einem grauen Einreiher und leicht sonnengebräunt, ließ nicht erkennen, mit welchen Empfindungen er das über ihn verhängte Urteil, vier Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe, aufnahm. Edith Lieblang, die in einer türkisfarbenen Bluse und einem bunten Rock erschienen war und sich vor Sitzungsbeginn noch heiter gegeben hatte, blickte ernst auf die Tischplatte, als der Vorsitzende über sie acht Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung verhängte.

Den Verlag ausgeklammert

Bevor der Vorsitzende mit der viereinhalbstündigen Urteilsbegründung begann, traf er eine Feststellung, die sozusagen das Vorzeichen für die Tatbestände darstellt, die das Gericht für erwiesen hält: Dies sei kein Prozeß gegen die Verantwortlichen des Verlagshauses Gruner + Jahr, sondern gegen die Angeklagten Heidemann und Kujau, denen Betrug vorgeworfen worden sei, sowie gegen Edith Lieblang, die sich wegen Hehlerei zu verantworten habe; jedoch werde die Rolle des Verlages in dieser Prozeßmaterie gesondert zu würdigen sein.

Schroeder befaßte sich zunächst mit Kujau und dessen Geschäftsbeziehungen zu dem persönlichen Bekannten und Militaria-Sammler Fritz Stiefel, den er mit von ihm gefälschten NS-Devotionalien um insgesamt fast 120 000 Mark betrogen habe. Schon damals, im Jahre 1975, sei Kujau zur „Herstellung einer Handschrift mit einer gewissen Flüssigkeit" in der Lage gewesen und habe die Handschrift Hitlers so nachahmen können, daß man von einer „verblüffenden Ähnlichkeit" habe sprechen können. Daraus habe sich ein einträgliches Geschäft entwickelt, und so habe Kujau beschlossen, Handschriften und auch Bilder sozusagen am laufenden Band herzustellen.

Um den Eindruck zu erwecken, daß es sich um echte Stücke handele, habe der Militaria-Händler die „beachtliche Idee" gehabt, auf Originalbriefbögen der NSDAP-Reichsleitung Begleitschreiben zu fälschen, und dies sei Urkundenfälschung. Es sei Kujau gelungen, nicht nur Stiefel, sondern auch NS-Experten hinters Licht zu führen. Dabei müsse man berücksichtigen, daß Kujaus Fälschungen „inzwischen einen eigenen Wert haben, aber dennoch liegt ein Schaden vor". Daran ändere auch die Erklärung des Zeugen Stiefel nichts, er wolle die von Kujau erworbene Sammlung von Falsifikaten nicht mehr hergeben.

Nach dem „Komplex Stiefel" ging der Vorsitzende zum Thema „Hitler-Tagebücher" über. „Kujaus Umwelt" habe diesem die Beschaffungslegende sehr leicht gemacht: „Da hat Kujau nur etwas über Verwandte in der DDR zu erzählen brauchen, und schon begann die Kombinationsfähigkeit seiner Umwelt zu arbeiten, und er brauchte nur noch vielsagend zu schweigen." Auf diese Weise sei für das Mosaik der späteren Beschaffungslegende über den Flugzeugabsturz bei Börnersdorf und die aus den Trümmern geborgenen „Hitler-Tagebücher" ein Baustein nach dem anderen gelegt worden. Es gebe aber nach der festen Überzeugung der Kammer keinen Grund, an Kujaus Geständnis zu zweifeln, daß er die Tagebücher allein gefälscht habe: „Für Hintermänner gibt es keinen Anhaltspunkt – im Gegenteil, Kujaus Unbekümmertheit und Naivität sprechen entschieden dagegen." Die zahlreichen ausländischen Berichterstatter registrierten diese Feststellung des Vorsitzenden mit besonderem Interesse.

Im Hinblick auf den Ex-Reporter Gerd Heidemann hatte das Gericht zu untersuchen, ob er selbst an der Fälschung beteiligt war, ob er von der Fälschung gewußt und ob er bei der Beschaffung der Tagebücher Geld für sich selbst abgezweigt und damit unterschlagen hat. Das Ergebnis: Heidemann war mindestens bis zum April 1983, also kurz vor der Aufdeckung der Fälschung, felsenfest davon überzeugt, daß die von ihm beschafften Tagebücher echt seien; aber er hat Verlagsgelder veruntreut.

Heidemanns Einnahmen

Der Vorsitzende räumte ein, daß es für das Gericht sehr schwierig gewesen sei, die Zahlungsvorgänge zwischen Heidemann und Kujau aufzuklären, doch Heidemanns Behauptung, er habe die vom Verlag Gruner + Jahr für die Tagebücher erhaltenen 9,32 Millionen Mark „bis auf den letzten Pfennig" an Kujau ausgezahlt, sei widerlegt. Bei der Überprüfung der finanziellen Verhältnisse Heidemanns hätten sich Barausgaben von 2,1 Millionen Mark ergeben, denen sehr viel geringere reguläre Einnahmen gegenübergestanden hätten; diese Barausgaben seien aus Quellen gespeist worden, die Heidemann nicht angegeben habe.

Das Gericht sei zu der Überzeugung gekommen, daß der Reporter dieses Geld aus den vom Verlag zur Verfügung gestellten Beträgen „abgezweigt" hat. Heidemanns Einlassung, private Financiers hätten ihm hohe Beträge für Projekte zur Verfügung gestellt, bei denen nach verborgenen NS-Schätzen gesucht werden sollte, sei als Schutzbehauptung zu werten, denn er habe die Namen dieser Geldgeber nicht genannt. Das sei „unverständliche Nibelungentreue, vor allem in seiner Situation".

Der dringende Tatverdacht, in den Heidemann geraten sei, stütze sich auf diese Weigerung, aber auch auf die Tatsache, daß Heidemann keinerlei Aufzeichnungen über mit Kujau vereinbarte Preise und über geleistete Zahlungen angefertigt habe. Ein solches Verfahren hätte doch bei einem „redlichen Mann schon zum eigenen Schutz nahegelegen, wenn später Nachfragen kommen".

Stickstoff gegen kranke Wälder

dpa, München

Im „DDR"-Bezirk Halle konnten durch gezielte Stickstoffdüngung vom Flugzeug aus die Belastungen der Kiefernwälder durch die Braunkohlenkraftwerke aufgefangen werden. Dies berichtete der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Axel Wernitz (SPD), nach einer sechstägigen „DDR"-Visite des Ausschusses. Bei den in der Bundesrepublik besonders belasteten Fichten würden derartige Maßnahmen aber nicht anschlagen. „Dies klappt eben nur bei der Kiefer", sagte Wernitz.

Kardinal Tomasek „tief beeindruckt"

dpa, Prag

Das Glaubenszeugnis der tschechischen und slowakischen Katholiken bei den Method-Feiern in Velehrad, bei denen sich mehr als 150 000 Menschen versammelt hatten, hat den Prager Erzbischof, Kardinal Tomasek, „tief beeindruckt". Er sei glücklich über die Treue der Katholiken zu ihrem Glauben, erklärte er. Die Frage, ob Kardinalstaatssekretär Casaroli seine Gespräche mit der Prager Regierung fortsetze, verneinte Tomasek. Casaroli werde in Kürze die Rückreise nach Rom antreten.

Rom beantragt Auslieferung

AFP, Rom

Das römische Gericht, das sich mit den Hintergründen des Papst-Attentates von 1981 beschäftigt, hat jetzt die Auslieferung des in Istanbul festgenommenen Türken Behir Celenk an Italien beantragt. Bulgarien, wo Celenk längere Zeit unter Hausarrest stand, hatte verschiedene Auslieferungsanträge Italiens zurückgewiesen. Celenk gilt nach Angaben des bereits zu lebenslanger Haft verurteilten türkischen Papst-Attentäters, Ali Agca, als Organisator und Finanzier des Anschlages.

Keine Anschrift – keine Leistung

rtr, Kassel

Arbeitslose, die dem Arbeitsamt nach einem Umzug nicht ihre neue Anschrift mitteilen, verlieren nach einem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) in Kassel den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Voraussetzung für den Leistungsanspruch sei grundsätzlich, daß der Arbeitslose täglich für eine mögliche Vermittlung erreichbar sein müsse, heißt es in der jetzt veröffentlichten Entscheidung des Gerichts (Aktenzeichen 7 RAr 103/83).

Geburtstag im Dritten: Die „Nordschiene" wird 20

Oase für Minderheiten

Der eine, Rainer Hagen, war eigentlich beim Hörfunk und kam zu dem neuen Bildungs- und Kursusprogramm wie die sprichwörtliche Jungfrau zum Kind. „Ich hatte vom Fernsehen doch überhaupt keine Ahnung." Der andere, Berlins stellvertretender Programmdirektor und Koordinator, Peter Schultze, „sah da so mehr zufällig so einen Mann mit 'ner Gitarre rumlaufen. Den haben wir uns einfach geschnappt, in eine fremde Dekoration gesetzt, und heraus kam, daß das Wolf Biermann war."

Sie können schon einen ganzen Schlag Döntjes erzählen, die Herren vom norddeutschen Dritten Programm. Denn das hat in diesem Jahr Geburtstag und wird runde zwanzig. In Hamburg fungiert beispielsweise Rolf Seelmann-Eggebert als Programmdirektor (wie in Bremen sein Kollege Hans-Werner Conrad), dem es nicht anders erging damals: Er saß

Manege frei – N III dabei – NDR III/WDR III/HR III, 20.15 Uhr

bis zum Abruf nach Hamburg in Hannover und leitete literarische Programme ...

In diesen Tagen nun ist Geburtstag, obwohl – manche monieren das – ein exaktes Datum so leicht gar nicht festzustellen ist. Am Anfang beispielsweise war ein „zweites" Programm, das von der ARD vom Juni 1961 bis Ende März 1963 ausgestrahlt wurde und in dem schon, zumindest ansatzweise, die neue Stoßrichtung zu erkennen war: Ein Kontrastprogramm sollte es werden, eine Oase für Minderheiten mit dem besonderen intellektuellen Gusto.

Möglich geworden war das, weil schon 1959 zusätzlich zum VHF-Bereich (in dem das Erste sendet) der UHF-Bereich fürs Fernsehen erschlossen wurde. Außerdem wurde am letzten Februartag des Jahres 1961 der alte Streit um die Zuständigkeiten für die neuen TV-Kanäle durch ein „Fernseh-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts begraben, dem zufolge das Fernsehen Zuständigkeit der Länder sei.

Da wußte man bereits von Plänen für ein neues Zweites Programm, über dessen Errichtung am 6. Juni 1961 der Stuttgarter Staatsvertrag beschlossen worden war. Die ARD nutzte die ihr verbleibende Zeit und widmete sich den Aufgaben eines provisorischen „zweiten Programms", das am 11. April 1963 seine Frequenzen nach Mainz abgeben und schließen mußte.

Statt dessen wandte man sich der Klärung anstehender Probleme um Juristerei, Geld und Technik zu: Erst am 4. Januar 1965 begann die sogenannte „Nordschiene" der Dritten von NDR, SFB und RB mit der Ausstrahlung eines eigenen Programms, zu einer Zeit, als in der Bundesrepublik ganze zehn Millionen Haushalte einen Fernsehapparat hatten, weniger als die Hälfte von heute (22 Millionen). Und dieses neue Dritte Programm definierte sich nun explizit als Bildungs-, Kursus- und Kulturprogramm nach den Vorbildern etwa des amerikanischen „Educational Television" oder der dritten Hörfunkprogramme.

Vom 4. Januar bis zum 11. April 1965 sendete man erst einmal probeweise, auf „Sparflamme" sozusagen, zweieinhalb Stunden lang von 19 Uhr bis 21.30 Uhr: Am ersten Tag gab es den Start einer „Einführung in die Soziologie" durch Prof. H. P. Bahrdt, dann Tagesschau, dann Ernst Schnabel in „Akademie III" mit einem Vorwort, schließlich einen dreiminütigen Thornton Wilder für drei Personen und „Königinnen von Frankreich", und zum Schluß nochmal Aktuelles vom Tage.

Das Gedeihen des norddeutschen Dritten entsprach einem geordneten Danteschen Aufstieg, es strahlte jeden Abend länger aus und machte dann nur noch im Sommer ganz Pause, die später auch fortfiel: Drittes satt und etabliert und aus der Medienlandschaft nicht mehr wegzudenken.

Biermanns Villon, Eberhard Fechners „Klara Heydebreck", ein avantgardistisches Klangtheater von Mauricio Kagel, ein Interview mit Jean Cocteau, Rolf Liebermann über Strawinsky, Oscar Wildes Prozeß, Theater, Oper, Ballett und Film, Musik von Klassik über Jazz bis zu Beat, Bücherjournal und – damals noch aus Bremen – Talkshow, Kultur- und Experimentalfilm, Höllerers Literarisches Colloquium mit der hinreißenden Reihe „Ein Gedicht und sein Autor", Hans Werner Richter und seine Gruppe 47: Dies sind nur einige Wegmarken zur Charakterisierung dieses Programms, das in diesen Wochen zwischen dem fortlaufenden Programm immer wieder Kostproben aus den frühen Tagen anbietet.

Aber auch Nagelneues für den Geburtstags-Twen ist dabei – wie heute abend ein Programm des Circus Roncalli, Aufzeichnung einer Benefizveranstaltung vom Tage mit allerlei aktuellen Bezugnahmen auf den wiegenfestlichen Anlaß: Niveau und Unterhaltung in bester Harmonie vereint – eben wie im Dritten.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Samariter der Roten Armee

Nach 132 Minuten vor dem Bildschirm durfte sich auch der gutwilligste Zuschauer endlich die Frage stellen: Was war eigentlich ärgerlicher an diesem langatmigen Sowjetepos aus dem Zweiten Weltkrieg, die oft unglaubwürdige Handlung oder das salbungsvolle Vorwort des WDR-Programmdirektors Heinz Werner Hübner?

Für Aufregung nämlich hatte schon ein halbes Jahr vor der Ausstrahlung des Films **Das Ufer (ARD)** eine Szene gesorgt, in der eine versuchte und dann von einem Sowjetoffizier verhinderte Vergewaltigung an einer 17jährigen Deutschen gezeigt wird. Die Flut von Protestbriefen, die wegen dieser einen Szene in Köln eingegangen sind, ist durchaus verständlich, denn schließlich sind Zehntausende deutscher Frauen und Mädchen 1945 von vorrückenden Rotarmisten vergewaltigt worden, wobei das nur selten so glimpflich verlief wie in diesem Film. Hübner, 1921 in Potsdam geboren, hätte das eigentlich wissen müssen, doch er sprach in seinem Vorwort zum Film nur von Frieden und Versöhnung, vom „hoffnungsvollen Gespräch zwischen den Völkern" und nannte Kritik nur einen „Vorwand, um heute politische Zeichen zu setzen", nämlich antikommunistische.

Solche Argumentation mußte den Zuschauer verbittern, bevor der Film überhaupt begann. Der 1975 erschienene Roman gleichen Titels von Juri Bondarjew und auch der Film spielen auf drei Zeitebenen: In der Jugend des Sowjetoffiziers Wadim Nikitin am Wolgastrand, in den letzten Kriegstagen 1945, als er die Deutsche Emma Herbert rettet und sich in sie verliebt, und vierzig Jahre später in Hamburg, wo er nun als gefeierter Sowjetautor aus seinen Romanen liest. Eingeladen hatte ihn, was er nicht weiß, die einstige Geliebte, die inzwischen reich geworden ist und ihr Leben im „Kapitalismus" genießt.

Daß er als geschichtsbewußter Russe im Hotel „Fürst Bismarck" abgestiegen ist, mag als aufdringliche Symbolik noch durchgehen. Unerträglich aber sind die Kriegsszenen, die dem ahnungslosen Zuschauer weismachen sollen, mit der „Roten Armee" sei eine selbstlose Truppe von Humanisten und Samaritern im Einsatz gewesen. Da werden einbeinige Passanten aus der Schußlinie geführt, ein wertvolles Gemälde aus dem Schlachtgetümmel gerettet und besiegten Deutschen die besetzten Häuser zurückgegeben, weil es „so Vorschrift ist". Man greift sich an den Kopf vor soviel Unsinn.

Wie weit die Geschichtsklitterung getrieben wird, sieht man an dem eroberten Ort Königsdorf, der bei Hamburg liegen soll. Großsprecherisch heißt es, man überlasse ihn jetzt „den Verbündeten". Nur standen die tief in Mecklenburg und Sachsen. Herrn Hübner ist das alles nicht aufgefallen.

JÖRG BERNHARD BILKE

STUDIO

Zu der 10. **Deutschen Fernsehprogramm-Messe** vom 1. bis 5. Dezember in Hamburg erwarten ARD und ZDF Einkäufer von Sendern aus aller Welt. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten werden ihre neuesten Fernsehproduktionen – 1500 Stunden aus allen Programmbereichen – anbieten. Mehr als 200 Repräsentanten von TV-Anstalten aus mehr als 43 Ländern kommen in die Hansestadt. dpa

*

Auch 1985 meldet sich der Saarländische Rundfunk mit dem gemeinsamen **Urlaubsservice** von „Radio France Provence" und der „Europawelle Saar". Täglich werden im französischen Programm Kurzinformationen in deutscher Sprache ausgestrahlt, und zwar um 9.40 Uhr mit Nachrichten aus aller Welt sowie um 12.03 Uhr ein Mini-Magazin mit Reisetips, Veranstaltungshinweisen u. ä. Die Programme können auf den UKW-Sendern Marseille 91,27 MHz, Avignon 97,45 Mhz, Briançon 91,50 MHz, Digne 99,90 MHz, Gap 98,30 MHz und Toulon 94,90 MHz sowie um 12.03 Uhr zusätzlich über Mittelwelle 242m = 1241 kHz empfangen werden. DW

*

Die Ivan-Steiger-Filmproduktion sucht für einen **ZDF-Film über Weihnachtsschmuck** Materialien, die zum Thema „Weihnachtsgrün" gehören, z. B. alte Glaskugeln und Christbaumschmuck aus Holz, Wachs, Metall und Papier oder Rauschengel, Holzpyramiden aus dem Erzgebirge, ganz frühe elektrische Baumbeleuchtung und andere Kuriositäten aus allen deutschen Holzspielzeug-Industriegebieten. Wer solche Schätze hortet und bereit ist, sie kurzfristig zu verleihen, kann sich an die Ivan-Steiger-Filmproduktion, Elisabethstr. 5, 8000 München 40, wenden. DW

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Giuseppe Verdi
4. Teil: Heimkehr
11.25 Querschnitte
12.10 Umschau
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
13. Das Wunder
15.25 Dr. Snuggles
16.00 Tagesschau
16.10 Der Katalog
Er hat Millionenauflage, wurde aber trotzdem noch nie rezensiert: Der Versandhauskatalog. Um diesen Mangel zu beheben, beschreiben Detlef Gumm und Hans-Georg Ullrich die Entstehungsgeschichte der Kataloge eines Hamburger Versandhauses.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Platz für Tiere
Abenteuer mit Eisbären
21.00 Monitor
Carnivora – Ein neues Wundermittel gegen Krebs? / Das Kriegslabor von Ramstein – Wie die US-Armee den Blitzkrieg übt / Staatsanwaltschaft will „Hunsrück-Forum" mundtod machen / Stirbt die Nordsee wirklich? – Vernichtendes Urteil für Watt und Meer
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Magnum
Flucht vor dem Tod
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Filmförderung in Großbritannien – Durch Etatkürzungen und Privatisierung droht dem derzeitigen Höhenflug des britischen Films ein jäher Absturz / Zaire in Bildern – Die Geschichte des Staates, der vor 25 Jahren unabhängig wurde, in den Gemälden afrikanischer Künstler / Kultur in Palma – Hinter den Kulissen der Touristenstadt
23.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Fenn – Hong Kong Pfei
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
Das siamesische Baby
16.30 Der Wunschfilm für Kinder: Patrik Pacard
Entscheidung im Fjord (4)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Die Sport-Reportage
Tour de France, 11. Etappe: Pontarlier – Morzine / Avoriaz (Bergankunft)
17.50 Das Haus am Eaton Place
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Grand mit 3 Damen
Kriminalfilm von Ursula Kolarz
Mit Angelika Bender, Nicolas Brieger, Lucie Visser, Richard Münch u. a.
Regie: Frank Guthke
21.15 WISO
Nixdorf in Singapur – Japaner schon im Hintertreffen / Geglückte Integration – Behinderte in einem Betrieb / Tip: Auto-Leasing – Aufgepaßt, sonst wird's teuer / Umweltschutz-Behörden – „Sonnenschein" überall?
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Filme von Frauen
Der Augenblick
Dänischer Spielfilm (1980)
Mit Ann-Mari Max Hansen, Soren Spanning u. a.
Regie: Astrid Henning-Jensen
23.30 Zeugen des Jahrhunderts
Sepp Schelz im Gespräch mit Ida Ehre
Die Leiterin der Hamburger Kammerspiele, Ida Ehre, feiert heute ihren 85. Geburtstag.
0.40 heute

III.

WEST
18.30 Das feuerrote Spielmobil
Das Haus mit der Nummer 30
1. Folge: Da sollen wir wohnen?
19.00 Aktuelle Stunde
Mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Schauspielerin – Regisseurin – Theaterleiterin: Ida Ehre
Zum 85. Geburtstag der Prinzipalin der „Hamburger Kammerspiele"
19.45 Das internationale TV-Kochbuch: Italien (2)

HESSEN
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Jauche und Levkojen (1)
Serie nach dem Roman von Christine Brückner
1918 – Die Geburt
19.30 Jauche und Levkojen (2)
1918 – Die Taufe
Nach dem Roman von Christine Brückner

Gemeinschaftsprogramm:
WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Manege frei – N III dabei
Festveranstaltung aus dem Circus Roncalli
Zum 20jährigen Bestehen des III. Fernsehprogramms von NDR / RB / SFB
21.45 Mozart (1)
Fünfteiliger Film von Felicien Marceau, Beatrice Rubinstein und Marcel Bluwal
Mit Michel Bouquet, Karol Zuber, Jean-F. Dichamp, Christoph Banzer, Louise Martini u. a.
Regie: Marcel Bluwal
23.50 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Laienhelfer in der Psychiatrie
20.15 Im Storchennest
Winfried Aßfalg und seine Riedlinger Störche
21.00 Bonnie and Clyde
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Warren Beatty, Faye Dunaway u. a.
Regie: Arthur Penn
22.45 Avec plaisir (13)
Französischkurs für Anfänger
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.15 Situation: Wir und die Kinder
Bilder einer Mutter-Tochter-Beziehung
18.45 Rundschau
19.00 Wasser für Canitoga
Deutscher Spielfilm (1939)
Regie: Herbert Selpin
20.55 Die Sprechstunde
Laienhelfer in der Psychiatrie
21.40 Rundschau
21.55 „Vom langen Weg zur Einheit"
Zum Tode von Willem Visser't Hooft
22.40 Z. E. N.
22.45 Im Gespräch
„Millionäre im weißen Kittel"
Verdienen unsere Ärzte zuviel?
23.30 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
Amerikanische Hitparade
14.00 Tarzan
Überfall auf den Geldtransport
15.00 Die Bären sind los
Der Blumenstrauß
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Der Abschied
Neue japanische Zeichentrickserie
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Curt Westleys Geständnis
18.00 Alle meine Lieben
Die Preisverleihung
oder Regionalporogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Winzerin von Langenlois
Österreichischer Spielfilm (1957)
Mit Herta Staal, Gunnar Möller, Peer Schmidt, Herta Martin, Christine Kaufmann u. a.
Regie: Hans H. König
20.30 Kulturmagazin
Filmgeschichte(n)
Die Stunde der Filmemacher – Deutschland, Heimat, Gott und Schrott (2)
Sechs Regisseure des neuen deutschen Films im Gespräch
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Scotts letzte Fahrt
Englischer Spielfilm (1948)
Mit John Mills u. a.
Regie: Charles Frend
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.30 Hoffnung für Millionen
Über das Geheimnis der Anonymen Alkoholiker berichtet Ralf Satori
20.15 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Happy-End mit Hindernissen
Fernsehfilm von Fritz Eckhardt
Mit Fritz Muliar, Dagmar Koller, Elfriede Ott u. a.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

Ausländer-Hausse

lf – „Kaufen, was Ausländer kaufen", heißt seit Wochen die Parole der Börseninformationsdienste für den deutschen Aktienmarkt. Und in der Tat sind es die altbekannten Ausländerfavoriten wie Daimler, Siemens und zuletzt auch die Großbanken, die vor allem von Ausländerkäufen profitiert haben. Auch die hohen Umsätze deuten darauf hin, daß die Ausländer, vor allem aus dem Dollarraum, kräftig deutsche Aktien gekauft haben. Und damit sind sie auch gut gefahren. Beinahe täglich werden neue Höchstkurse für deutsche Aktien notiert, während es der Dow-Jones-Index nicht schafft, seine alte Rekordmarke zu übertreffen.

Daß es sich bei dem Hinweis auf die Ausländer nicht nur um eines der bekannten Börsengerüchte handelt, die in die Welt gesetzt werden, um auch den inländischen Privatanleger zum Einsteigen zu veranlassen, zeigt die Zahlungsbilanzstatistik. Zum ersten Mal seit Oktober 1984 ist im Mai mehr Kapital in die Bundesrepublik geströmt als abgeflossen, stellt die Deutsche Bundesbank fest. Mit 800 Millionen Mark engagierten sich Ausländer im Mai in deutschen Aktien. Noch stärker kauften Ausländer festverzinsliche Wertpapiere – trotz des seit Wochen abwärtsgerichteten Zinstrends.

Aber das starke Engagement der Ausländer in deutschen Aktien hat auch seine Kehrseite. Das hat sich vor allem 1973/74 gezeigt, als die Ausländer in großem Stil aus deutschen Aktien ausstiegen und eine langanhaltende Baisse einleiteten. Und es zeigt sich auch heute an schwachen Börsentagen, wenn die Ausländer einmal nicht auf der Käuferseite sind.

Ohne Raffinerie

dos – Das Land Niedersachsen, sprich: Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, hat den nächsten eigentlich nicht mehr erwarteten Schritt getan und die German Oil GmbH zur Eintragung ins Handelsregister angemeldet. Damit verfügt das Land über das juristische Rüstzeug, um die Mobil Oil-Raffinerie in Wilhelmshaven nutzen zu können. Mit August F. Kurtz, bis dato Geschäftsführer des Erdölbevorratungsverbandes und seit kurzem im Ruhestand, wurde auch der benötigte Geschäftsführer gefunden. Nun geht es darum, den geschaffenen Mantel mit Substanz zu füllen. Das wird nicht einfach sein. Denn hinter dem Stillegungsbeschluß von Mobil Oil steht die Strategie, Über-Kapazitäten aus dem Markt zu nehmen. Das Interesse des Öl-Multis, diese Entscheidung zu revidieren, muß zwangsläufig gering sein. Deshalb sträubt sich das Hamburger Unternehmen auch gegen die Kaufabsichten der hannoverschen Landesregierung. Ohne Raffinerie indes hat German Oil keine Marktchance.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Enger Finanzrahmen für den Haushalt 1986

Kommission: Beschäftigungsintensive Investitionspolitik hat jetzt Vorrang

dpa/VWD, **Brüssel**

Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft trafen gestern in Brüssel zusammen, um nach strengen Sparsamkeitsregeln einen Finanzrahmen für den EG-Haushalt 1986 festzulegen. Der Rat folgt damit erstmals dem Gebot der sogenannten Haushaltsdisziplin, auf das sich die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft im vorigen Jahr verständigt hatten.

Danach ist vorgesehen, daß der Rat vor Beginn des eigentlichen Haushaltsverfahrens einen Bezugsrahmen für die Ausgaben aufstellt. Diese Eckdaten sollen dann nicht überschritten werden. Die Haushaltsdisziplin mit dem Ziel einer rigorosen Sparpolitik wurde vor allem auf Betreiben der Deutschen und Briten eingeführt. Wichtiges Element ist die Vorgabe, daß die Agrarausgaben nicht stärker steigen sollen als die Eigeneinnahmen der EG.

Im neuen EG-Haushalt werden auch Spanien und Portugal berücksichtigt, die der Gemeinschaft zum 1. Januar 1986 beitreten. Der Rat mußte sich damit beschäftigen, ob die Ausgabensteigerungen im Zusammenhang mit der Erweiterung in die Regeln der Sparsamkeit eingepaßt werden sollen. Für die neue Zwölfergemeinschaft hat die EG-Kommission im Juni einen Haushaltsvorentwurf vorgelegt, der eine Steigerung der Ausgaben von 16,5 Prozent gegenüber dem Haushalt 1985 vorsieht.

In einem Bericht an die Minister vertritt die Kommission die Auffassung, die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft sollten langfristig zu einer wachstumsorientierten und beschäftigungsintensiveren Investitionspolitik übergehen. Die Exekutivbehörde unterstreicht, daß ungeachtet der in den meisten EG-Ländern bestehenden Haushaltsengpässe schon jetzt Korrekturen der Einnahmen- und Ausgabenpolitik geprüft werden sollten. Sie sollten darauf abzielen, daß das Wirtschaftswachstum eine Jahresrate von mindestens drei Prozent erreicht.

Nach Einschätzung der Kommission wird sich die für das laufende Jahr prognostizierte Wachstumsrate der EG von durchschnittlich 2,3 Prozent im kommenden Jahr kaum ändern. Die Zeit zur Verwirklichung dieser Politik, die allerdings die Preisstabilität nicht gefährden dürfe, sei günstig, meint die Kommission. Der Inflationsabbau dürfte nämlich dadurch unterstützt werden, daß Rohstoffpreise, Ölpreise und der US-Dollar eher schwach tendieren.

Die EG-Behörde führt aus, daß sich das Wachstum nur dann nennenswert beschleunigen könne, wenn auch die Investitionsquote erheblich ansteige. Die Kommission spricht sich in diesem Zusammenhang für eine Ausdehnung der Kapazitäten aus.

Trotz des schwachen Wachstums sei die Auslastung der Produktionskapazitäten in der EG nicht mehr weit von dem Gipfelpunkt früherer Konjunkturzyklen entfernt. Falls nichts gegen die sich abzeichnenden Engpässe unternommen werde, „verpufft ein zusätzlicher Nachfrageimpuls entweder in zusätzlichen Importen oder in zusätzlicher Inflation", stellt die Kommission fest. Als erschwerend komme hinzu, daß die Ausrüstungen vor allem wegen der unzureichenden Investitionsanstrengungen der vergangenen 15 Jahre überaltert seien.

Die Kommission begrüßt die in der Bundesrepublik angekündigten Steuersenkungen. Sie vertritt aber gleichzeitig die Auffassung, daß angesichts der mäßigen Lohnentwicklung 1986 in Deutschland weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsbedingungen und zur Stützung der Nachfrage getroffen werden könnten.

Zu den auf lange Sicht zu prüfenden EG-Haushaltsmaßnahmen zählt die Kommission auf der Einnahmeseite eine Verringerung der indirekten Lohnkosten durch eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und einen Anreiz für private Investitionen durch allgemeine Steuererleichterungen.

Auf der Ausgabenseite könnte nach Auffassung der Kommission das Schwergewicht auf solche Ausgaben gelegt werden, die die Produktionskapazität der EG erhöhen und die Qualifikation der Arbeitnehmer verbessern.

KONJUNKTUR

Kieler Institut beurteilt den Arbeitsmarkt skeptisch

HEINZ HECK, **Bonn**

Deutlich pessimistischer als die Bundesregierung und das Sondergutachten der „Fünf Weisen" äußert sich das Kieler Institut für Weltwirtschaft zur Konjunktur und Arbeitsmarktentwicklung. Auch werden „Zweifel an der Konsequenz des Sparkurses" der Bundesregierung geäußert.

1985 erwartet das Institut jetzt ein reales Wachstum von „reichlich zwei", 1986 eine Größenordnung von drei Prozent. „Die Arbeitsmarktprobleme werden bei diesem Tempo der Produktionszunahme und der bereits weitgehend festgelegten Entwicklung der Arbeitskosten nicht geringer werden". Für 1985 wird jetzt sogar mit einer „etwas höheren" Arbeitslosenzahl (Durchschnitt) als 1984 gerechnet (bis Mai gingen die Prognosen noch von einer Verbesserung 1985 aus, seit Juni von Stagnation). 1986 werde die Zahl bei 2,3 Millionen verharren. Die Zugänge an offenen Stellen und die Vermittlungen seien in den vergangenen Monaten zwar „merklich höher" als in früheren Jahren gewesen. Die Arbeitslosenzahl habe sich dennoch nicht verringert, „weil die Zahl derjenigen, die sich erstmals arbeitslos gemeldet haben, höher war als in der Rezession". Das Institut führt dies nicht nur auf die „tiefe Krise" am Bau zurück, sondern auch auf „intensive Rationalisierungsbemühungen".

Die Bonner Politik lasse vermuten, „daß die Haushaltskonsolidierung nicht mehr dieselbe Priorität genießt wie in den letzten Jahren". Vor allem die Zahl ausgabenerhöhender Beschlüsse – meist sozialpolitische oder Zugeständnisse an die Europäische Gemeinschaft – sei groß. Freilich belaste ein Teil der beschlossenen Mehrausgaben nicht den Bund, sondern Länder und Gemeinden. Die beschlossenen und geplanten finanzpolitischen Maßnahmen dürften die Arbeitslosigkeit nicht verringern.

Schwaches Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit stünden als wichtigste wirtschaftliche Probleme weiterhin im Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Diskussion. „Dabei besteht allerdings die Neigung, nicht an den wirtschaftlichen Ursachen, sondern an den Symptomen zu kurieren." Das Institut plädiert für Lohndifferenzierung und -zurückhaltung. Die nachhaltige Erhöhung der Arbeitskosten habe dazu beigetragen, technologische Prozesse in eine kapitalintensive Richtung zu lenken. Bei beiden Tarifparteien sei jedoch „die Bereitschaft, Arbeitsmarktprobleme durch mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und größere Differenzierung der Löhne zu mildern, ... gering".

Die Finanzpolitik der Bundesregierung müßte stärker auf Wachstumsförderung ausgerichtet werden. Unter Hinweis auf Steuerreformen vor allem in den USA, aber auch in Japan und Großbritannien wird daran erinnert, „daß sich der internationale Wettbewerb zwischen den Steuersystemen verschärft".

Ohnmacht der Opec

Von HANS BAUMANN

Die angestrebte Konferenz der Ölminister der 13 Ölförderstaaten, die in der Organisation der ölexportierenden Länder (Opec) zusammengeschlossen sind, ist in Wien nicht zustande gekommen. Man wird sich am 22. Juli in Genf erneut zusammensetzen, um die Probleme der Opec möglicherweise auszuräumen.

Die Probleme sind leicht zu beschreiben: 1976 exportierten die Opec-Länder 1,45 Mrd. Tonnen Rohöl und kassierten dafür 126 Mrd. Dollar. 1980 – im Zenit ihrer Erfolge – verkauften sie 1,23 Mrd. Tonnen Öl für 279 Mrd. Dollar. 1984 brachten sie nur noch 772 Mill. Tonnen Rohöl am Weltmarkt unter. Ihre Einnahmen fielen auf 159 Mrd. Dollar zurück. Im November vorigen Jahres kürzten sie ihre Förderung auf 16 Mill. Faß pro Tag, das sind rund 800 Mill. Tonnen im Jahr, um das Überangebot vom Weltmarkt zu nehmen und ihre Einkünfte zu stabilisieren. Der Preis für Saudi-Öl wurde von 32 auf 28 Dollar zurückgenommen, nachdem Großbritannien und Nigeria ihre Preise herabgesetzt hatten.

An die Quotenabsprache vom Herbst vorigen Jahres hielt sich jedoch nur Saudi-Arabien. Alle anderen Opec-Staaten unterliefen die Quoten und verkauften am Spotmarkt Öl soviel sie konnten und zu Preisen, die bis zu sechs Dollar unter den verabredeten 28 Dollar liegen. Wurden 1970 noch höchstens 2 Prozent des gehandelten Öls am Spotmarkt abgesetzt, so sind es heute an die 60 Prozent. Zu einem erheblichen Teil werden Netback-Verträge mit Opec-Ländern abgeschlossen, das heißt, Öl wird an die Raffinerien ohne Festpreis geliefert, dort verarbeitet und dann vertrieben. Der Rohölpreis richtet sich dann nach den für die Produkte erzielten Erlösen.

Der Ölmarkt steht auf dem Kopf. Innerhalb weniger Jahre wurde aus einem harten Verkäufermarkt ein konfuser Käufermarkt. Obwohl die Opec nach wie vor 70 Prozent des Weltölhandels bestreitet, hat ihr der Markt das Heft aus der Hand geschlagen.

Damit ist bewiesen, daß die Opec nie ein klassisches Kartell war. Sie hat nie die Beseitigung des Wettbewerbs untereinander angestrebt und ihre Willensbildung nie monopolisieren können. Sie kennt keine Angebotskontrollen (Quotensicherung) und keine Sanktionen. Bis auf den heutigen Tag lebte die Opec von der Philosophie der Abwehr der Ausbeutung durch internationale Ölkonzerne, deren Zugriff sie Anfang der siebziger Jahre abschüttelte. Die Opec hat eher den Charakter einer Produktionsgewerkschaft, deren einzelne Glieder hohe Flexibilität genießen.

Hier liegt des Pudels Kern. Wenn es richtig ist, daß Kartelle Kinder der Not sind, dann sollte man sich theoretisch darauf einrichten, daß bis zum 22. Juli in Genf konsultative Gespräche stattfinden, die ein solches Kartell vorbereiten. In Wien war man sich über die Grundlage einig: Verteidigung der Einnahmen. Das aber ist nur möglich, wenn man das Angebot weiter reduziert, also die Förderquoten einhält. Die Saudis können ihre Förderung nicht weiter herabsetzen, weil ihre Quellen dann versanden würden. Also soll ein Kontrollorgan geschaffen werden, das mit Sanktionen die Förderdrosselung aller Opec-Staaten garantiert.

Doch da erhebt sich die Frage, ob die 13 Exoten in der Lage sind, sich einem solchen Kartell zu unterwerfen. Schon hat Nigeria angekündigt, die Opec zu verlassen, wenn es gezwungen würde, seine Quote einzuhalten – und damit den Finanzkollaps des Staatshaushaltes hinzunehmen. Die Saudis wiederum drohen mit Überschwemmung des Weltmarktes, wenn die Falken in der Opec in Genf nicht zur Räson gebracht würden.

Die Zukunft der Opec steht also auf des Messers Schneide. Und gerade aus dieser Gefahr keimt Hoffnung. Denn nicht nur die Opec-Länder würden bei einem drastischen Verfall der Ölpreise in ihr Wüstendasein zurückgeworfen. Auch die vielen Pläne für alternative Energien in den Industrienationen, die eine Sicherung der Versorgung für die Nachöl-Zeit vorbereiten, würden zu Makulatur. Schon bei 22 Dollar je Faß ist zum Beispiel Nordsee-Öl kein Wettbewerber mehr für Opec-Öl.

So bleibt eine groteske Alternative: Möge die Opec in Genf sich zu dem zusammenraufen, wofür man sie bisher fälschlicherweise gehalten hat: zu einem Produzentenkartell mit längerfristig kalkulierbaren Richtlinien. Zugegeben, die Hoffnung ist vage.

AUF EIN WORT

„Es gehört heute offenbar zum guten Ton, nicht nur Bescheidenheit zu demonstrieren, sondern auch, sich seiner Erfolge zu schämen und in miese Stimmung zu verfallen."

Dr. Jürgen Heraeus, Geschäftsleitungsvorsitzender der W. C. Heraeus GmbH, Hanau FOTO: DIE WELT

ZAHLUNGSBILANZ

Erstmals seit Oktober 1984 wieder Netto-Kapitalimport

dpa/VWD, **Frankfurt**

Erstmals seit Oktober 1984 ist im Mai in die Bundesrepublik wieder mehr Kapital eingeströmt als abgeflossen. Dieses nach Meinung der Bundesbank „herausragende Ereignis" hat in der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik im Mai zu einem Überschuß von 2,6 Mrd. DM geführt. Im Mai 1984, als noch mehr als sieben Mrd. DM kurz- und langfristiges Kapital ins Ausland gingen, wies die Zahlungsbilanz einen Fehlbetrag von 3,4 Mrd. DM auf.

Zu der außerordentlich positiven außenwirtschaftlichen Situation trug im Berichtsmonat neben der Umkehr in der Kapitalbilanz auch ein Plus in der Leistungsbilanz bei. Nach Angaben der Bundesbank vom Montag ergab sich bei der Leistungsbilanz, die sich aus der Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz zusammensetzt, ein Aktivsaldo von 5,9 Mrd. DM. Damit wurde das höchste Monatsergebnis in diesem Jahr erreicht. Vor Jahresfrist hatte der Überschuß in der Leistungsbilanz nur 3,5 Mrd. DM betragen.

Entscheidend für den Umschwung in der Kapitalbilanz war nach Darstellung der Bundesbank das starke Interesse ausländischer Kapitalanleger an deutschen Wertpapieren. Sie erwarben allein für 2,7 Mrd. DM deutsche festverzinsliche Wertpapiere und engagierten sich mit 800 Mill. DM auch „stark in deutschen Aktien". Gleichzeitig gingen die Käufe ausländischer Wertpapiere durch deutsche Anleger etwas zurück. Im gesamten langfristigen Kapitalverkehr ergab sich im Berichtsmonat ein Überschuß von 2,7 Mrd. DM gegenüber einem Minus von 1,3 Mrd. vor einem Jahr.

Preisanstieg hat sich verlangsamt

dpa/VWD, **Wiesbaden**

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Juni etwas verlangsamt. Die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte waren im Berichtsmonat um 2,3 Prozent höher als vor einem Jahr. In den beiden vorangegangenen Monaten Mai und April hatte die jährliche Teuerungsrate jeweils 2,5 Prozent betragen. Von Mitte Mai bis Mitte Juni verteuerte sich die Lebenshaltung um 0,1 Prozent, berichtete das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden. Erfreulich für die Verbraucher ist der gegenwärtige Preistrend bei Nahrungsmitteln, die im Juni um 0,5 Prozent billiger waren als vor einem Jahr.

EG-GETREIDEPREISE

Kiechle hält Klage gegen Agrarrat für wenig hilfreich

dpa/VWD, **Bonn**

Die vorgesehene Klage der EG-Kommission gegen den Agrarrat wegen Untätigkeit in der Getreidepreisfrage ist nach Meinung von Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) wenig hilfreich. Kiechle meint, um die Getreidepreisdiskussion im Agrarrat zu beenden, gebe es ein probates Mittel, indem die Kommission „ihren eigensinnig und halsstarrig vertretenen Vorschlag so abändert, daß eine Mehrheit auch mit unserer Zustimmung entstehen kann". Bonn verlange „ja nicht die Kapitulation der Kommission", betonte Kiechle.

Die Bundesregierung sei durchaus verhandlungsbereit, wenn auch nicht vor dem Hintergrund einer Politik des ständigen Preisdrucks, führte Kiechle aus und deutete an, daß Bonn das Veto in absehbarer Zeit zurücknehmen werde. „Ich bin mir darüber im klaren, daß es, um eine sinnvolle nach vorne gerichtete Politik wieder fortzuführen, der Aufhebung des Vetos bedarf". Es gebe die Möglichkeit „in dem zum Fetisch gewordenen 1,8-Prozent-Bereich" (gemeint ist die Getreidepreissenkung) noch einmal aufeinander zuzugehen.

Getreideproduktion für den Weltmarkt hält der Minister für aussichtslos. Die USA böten bereits Kampfpreise beim Mehl und sie würden bei Getreide, falls die EG auf zunehmenden Export setze, dasselbe tun.

„Ich kann nur davor warnen, einen solchen Wettkampf einzugehen. Wir können ihn nicht durchstehen", betonte Kiechle. Deswegen müsse man sich um eine mittelfristige Konzeption bemühen. Mit 1,8 Prozent Preissenkung erziele man weder kurz- noch mittelfristig eine weitere Weizenverwertung. „Insofern ist dieser Streit um die 1,8 Prozent ein Streit um des Kaisers Bart."

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Die wichtigsten Exportbranchen der Bundesrepublik Deutschland

Angaben in Milliarden DM (gerundet)

	1981	82	83	84
Straßenfahrzeuge	62	72	73	80
Maschinenbau	63	67	64	69
Chemie	52	54	60	69
Elektrotechnische Industrie	44	49	51	59

imu 85 07 02

Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie und Elektrotechnische Industrie sind die vier wichtigsten Exportbranchen. Die Fahrzeug-Produzenten konnten ihre 1982 errungene Spitzenposition seither noch ausbauen. Im vergangenen Jahr trugen sie 80 Mrd. Mark zur deutschen Ausfuhr bei.

QUELLE. IMU

Mehr Strom aus Kernenergie

Frankfurt (DW) – Die Kernenergie lieferte im ersten Halbjahr 1985 nach ersten Erhebungen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt, gut ein Drittel (Vorjahr: ein Viertel) des Stroms für die öffentliche Versorgung. Die 16 Kernkraftwerksblöcke und drei Versuchsanlagen erzeugten mit insgesamt gut 62 (43) Mrd. Kilowattstunden (kWh) rund 45 Prozent mehr Strom aus Uran als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im ersten Halbjahr 1985 wurde damit fast ebensoviel Kernenergie-Strom erzeugt wie im gesamten Jahr 1983. Diesen starken Zuwachs, so die VDEW, bewirkten vor allem vier seit Mitte 1984 neu in Betrieb genommene Anlagen: Gundremmingen B und C, Grohnde und Philipppsburg 2.

German Oil angemeldet

Hamburg (dpa/VWD) – Die German Oil GmbH, die nach dem Willen der niedersächsischen Landesregierung die stillgelegte Raffinerie Wilhelmshaven der Mobil Oil wieder in Betrieb nehmen soll, ist mit Stammkapital von zwei Mill. DM im Handelsregister beim Amtsgericht Hannover angemeldet worden. Das voll eingezahlte Kapital liegt zu 45 Prozent beim Land Niedersachsen, zu 20 Prozent bei der Nord/LB-Tochter Braunschweig GmbH und zu 35 Prozent bei der Maroil GmbH Hamburg. Die German Oil war bereits im Mai gegründet worden. Der Geschäftsführer der neuen Ölgesellschaft, August F. Kurtz, gilt als Fachmann des Ölgeschäfts.

Neues Steuerabkommen

Bonn (VWD) – Ein neues deutsch-schwedisches Steuerabkommen wurde in Bonn paraphiert, teilte gestern das Bundesfinanzministerium mit. Es soll das bisherige Doppelbesteuerungsabkommen für die Steuern von Einkommen und vom Vermögen vom 17. April 1959, das Doppelbesteuerungsabkommen für die Erbschaftsteuern vom 14. Mai 1935 und den Vertrag über Amts- und Rechtshilfe vom 14. Mai 1935 durch ein einziges, umfassendes Abkommen ersetzen. Erstmals in der internationalen Vertragspraxis für Steuerabkommen ist vorgesehen, daß Streitigkeiten aus dem Steuerabkommen in einem gerichtsförmlichen Schiedsverfahren entschieden werden können, bei dem auch der betroffene Steuerbürger anhörungs- und antragsberechtigt ist.

Erzeugerpreise gestiegen

London (VWD) – In Großbritannien sind die Erzeugerpreise im Juni gegenüber Mai um 0,1 Prozent und binnen Jahresfrist um 5,6 Prozent gestiegen. Die Preisentwicklung hat sich damit, verglichen mit dem Vormonat (plus 0,2 bzw. 5,6 Prozent), kaum verändert. Wie das Ministerium für Handel und Industrie mitteilte, stieg der vorläufige Erzeugerpreisindex (1980 = 100) auf 139.5 (139,5 bzw. 132,2). Die Einstandspreise sanken gegenüber Mai um 1,1 Prozent, während sie sich binnen Jahresfrist um 2,2 Prozent erhöht haben.

Richtlinien beschlossen

Paris (VWD) – Auf eine Reihe neuer Richtlinien für die Exportkredit-Finanzierung für große kommerzielle Flugzeuge haben sich mit Ausnahme der Türkei und Island alle Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftiche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geeinigt. Mit dem Abkommen wird in erheblichem Umfang die Subventionierung von Exportkrediten durch bedeutende Industrieländer reduziert, ein Thema, das seit längerer Zeit zu Unstimmigkeiten zwischen den OECD-Mitgliedsländern gesorgt hat.

Neue Kohlekraftwerke

Essen (Bm.) – Im Laufe dieses Jahres werden nach Mitteilung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke 10 neue Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 3900 Megawatt in der Bundesrepublik in Betrieb gehen. Bis 1988 werden weitere 4 Steinkohlekraftwerke mit 1950 MW ans Netz kommen. Investitionskosten für die 14 Kraftwerke über 11 Mrd. DM.

Zweite Stufe begrüßt

Bonn (VWD) – Die Verabschiedung der Niedersachsen-Initiative zur zweiten Stufe des Vermögensbeteiligungsgesetzes durch den Bundesrat hat gestern die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP) begrüßt. Jetzt sei ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer flexiblen Investivlohnpolitik getan. Bisher habe sich die Bundesregierung durch die Meinungsverschiedenheiten der Fachleute selbst neutralisiert.

BRASILIEN

KWU weiß nichts von einem Stopp des Atomprogramms

Bm./dpa/VWD, **Bonn**

Die Nachricht aus Brasilien, daß die Regierung ihr Atomprogramm „drastisch zusammengestrichen" habe, wird von der Kraftwerk Union, Offenbach, nicht bestätigt. Wie ein KWU-Sprecher erklärt, bestünden mit Brasilien Verträge, die den Bau von zwei Kernkraftwerken Angra II und III vorsehen. Angra II baut die Kraftwerk Union mit dem Ziel, den 1300-Megawatt-Block 1989 in Betrieb zu nehmen. Die Vorbereitungen für Angra III laufen unbehindert. Dieser gleichgroße Block soll 1990 in Betrieb gehen. Die KWU hat zudem eine Option auf den Bau zwei weiterer Kernkraftwerke in der Nähe von São Paulo. Gespräche über vier weitere Kernkraftwerke sind noch nicht abgeschlossen. Wie die KWU erklärt, sind ihr von Brasilien keine Verhandlungen über Stopp oder Streckung der Kernkraft-Verträge angekündigt worden. Die Arbeiten laufen ohne Verzögerung. Die Zahlungen werden prompt geleistet.

Wie aus Brasilia verlautet, will die brasilianische Regierung im Zuge drastischer Kürzungen der staatlichen Ausgaben 18 Großprojekte zur Verbesserung der brasilianischen Wirtschaftsstruktur und Energieversorgung einer Nützlichkeitsprüfung unterziehen. Unter diesen Projekten sind auch die im deutsch-brasilianischen Nuklearvertrag von 1975 vorgesehenen Kernkraftwerke Angra III, Iguape I und Iguape II.

Im deutsch-brasilianischen Nunklearvertrag war ursprünglich die Errichtung von acht Kernkraftwerken bis 1990 vorgesehen. Wegen der brasilianischen Finanzkrise wurde bisher lediglich das erste dieser Projekte (Angra II) in Bau genommen.

GEWERKSCHAFTEN / 42,2 Prozent aller Arbeitnehmer sind organisiert

DGB verlor ein Prozent der Mitglieder

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Rund drei Prozent ihrer Mitglieder haben die deutschen Gewerkschaften zwischen 1981 und 1984 verloren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Allein 1984 erreichte der Verlustsaldo aller deutschen Gewerkschaften vom DGB bis zu DAG und Beamtenbund 85 429 Mitglieder, etwa ein Prozent der Gesamtzahl organisierter Arbeitnehmer und Beamten. 42,2 Prozent aller abhängig Beschäftigten sind laut dem Bericht des Instituts derzeit gewerkschaftlich gebunden.

Als „größten Verlierer" nennt das Institut für 1984 den DGB, der allein 1,1 Prozent verloren hat: 85 567 Mitglieder weniger als 1983. Insgesamt zählen die 17 Einzelgewerkschaften noch 7,7 Millionen Mitglieder. Nur vier Gewerkschaften, darunter die für ihre moderate und verantwortungsbewußte Tarifpolitik bekannte IG Chemie, konnten 1984 steigende Mitgliederzahlen verbuchen. Die IG Chemie hatte 1984 einen Mitgliederanstieg um 2900. Sie gibt in ihrer Mitgliederzeitschrift „Gewerkschaftspost" allein für die ersten fünf Monate dieses Jahres 21 680 Neuzugänge an, was bei Abzug der Austritte und Abwanderungen einen Positivsaldo von 3052 neuen Mitgliedern ergibt. Überdurchschnittliche Verluste von 37 911 Mitgliedern (1,5 Prozent) verzeichnete die IG Metall, die allerdings mit rund 2,5 Mill. Mitgliedern weiterhin stärkste Einzelgewerkschaft des DGB bleibt. Das Institut führt diese Abwanderung auf die von vielen Mitgliedern nicht gebilligte Haltung der Gewerkschaft im Arbeitskampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung 1984 zurück.

Der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) verzeichnete einen Zuwachs um 2,2 Prozent. Mit den 6558 Neueintritten zählt er jetzt insgesamt 306 329 Mitglieder. Dazu das IW: „Viele Arbeitnehmer, die der IG Metall 1984 den Rücken gekehrt hatten, haben offenbar im CGB ihre neue Heimat gefunden."

Leichte Gewinne erzielte auch die im Angestelltenbereich mit den DGB-Gewerkschaften konkurrierende Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG). Bei einem Plus von 0,1 Prozent 1984 vertritt sie jetzt 497 724 Arbeitnehmer. Verloren hat dagegen der Deutsche Beamtenbund (DBB) an Mitgliedern. Er büßte 0,9 Prozent oder netto 6789 Organisierte ein.

Bei allgemein sinkendem Organisationsgrad wächst die Zahl der gewerkschaftlich engagierten Frauen. Sie stellten im vergangenen Jahr 23,1 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder gegenüber 22,8 Prozent im Jahr zuvor. Damit ist heute jede vierte Arbeitnehmerin Mitglied einer Gewerkschaft. 1970 lag der Organisationsgrad der Frauen noch bei 18,2 Prozent.

TÜRKEI

Bundesrepublik steigerte Importe

VWD, Bonn

Bei seinem dreitägigen offiziellen Besuch in der Türkei wird Bundeskanzler Kohl von heute an auch wirtschaftliche Themen erörtern. Die Bundesrepublik hat im bilateralen Warenaustausch 1984 mit einer Einfuhr von 2,485 Mrd. DM um 35,2 Prozent mehr Waren aus der Türkei aufgenommen als 1983. Die deutsche Ausfuhr in die Türkei stieg im gleichen Zeitraum um 14,1 Prozent auf 3,39 Mrd. DM. In Bonn wird erwartet, daß sich der Handel zwischen den beiden Ländern weiter intensivieren wird. Bereits von Januar bis April 1985 ist der deutsch-türkische Warenaustausch gegenüber dem Vergleichszeitraum um fast 25 Prozent (1984: plus 22,2 Prozent) gestiegen.

Im Rahmen der staatlichen deutschen Finanzhilfe steht die Türkei an zweiter Stelle. Die Zusagen für die finanzielle Zusammenarbeit betrugen bis Ende 1984 auf rund 4,6 Mrd. DM. Unter den Herkunftsländern für ausländische Privatinvestitionen in der Türkei nimmt die Bundesrepublik den ersten Platz ein. Am 31. Dezember 1984 stellten sich die deutschen Kapitalanlagen in der Türkei auf 199,4 Mill. DM, was einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 15,5 Prozent entsprach. Die Gelder sind hauptsächlich in die chemisch-pharmazeutische Industrie, in den Straßenfahrzeugbau und in die Elektrotechnik geflossen.

Die türkischen Investitionen in der Bundesrepublik, vor allem in der Kreditwirtschaft, im Textilgewerbe und in der chemischen Industrie, stiegen 1984 um 17,8 Prozent auf 46,1 Mill. DM. In der technischen Zusammenarbeit wird vor allem die türkische Landwirtschaft gefördert.

ITALIEN

Deutsches Bier wird bevorzugt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italiener sind traditionelle Weintrinker, holen aber seit Jahren im Biertrinken mehr und mehr auf. Nicht zuletzt dank der intensiven Gemeinschaftswerbung der italienischen Bierbrauereien ist der Pro-Kopf-Verbrauch zwischen 1978 und heute von 14 auf 21 Liter gestiegen. Im vergangenen Jahr deckten die italienischen Brauereien 84 Prozent des Inlandskonsums von insgesamt 9,1 Mill. Hektolitern. Größter ausländischer Bierlieferant ist traditionsgemäß die Bundesrepublik Deutschland, die 1984 allein 41 Prozent der Importe stellte. Umgekehrt haben es die italienischen Brauereien bisher erst geschafft, 0,7 Prozent ihrer Produktion zu exportieren. Neben den 1,7 Mill. Hektolitern, die direkt eingeführt werden, spielen die ausländischen Unternehmen auch als Lizenzgeber eine Rolle. Insgesamt sind die Lizenzbiere mit beinahe 25 Prozent am Konsum beteiligt.

Angelockt von dem expandierenden Geschäft, haben sich in den letzten Jahren immer zahlreichere Auslandsfirmen in der italienischen Brauerei-Industrie eingekauft. Einer der ersten war in den sechziger Jahren der Oetker-Konzern. Zur holländischen Heineken gehört inzwischen der Branchenzweite, die Firma Dreher, während der Drittgrößte, Wührer, von der elsässischen Brauerei Kronenbourg gekauft wurde.

In Italien produzieren zwölf Konzerne mit insgesamt 29 Brauereistätten. Marktgrößter ist die Firma Peroni mit sieben Brauereien und einem Abfüllbetrieb, während Dreher mit fünf und Wührer mit drei Brauereien arbeitet.

SIEMENS / Berlin wird weiterhin am Aufschwung des Elektrokonzerns teilnehmen

Rekordjahr in Umsatz und Ertrag

DANKWARD SEITZ, Berlin

Für konkrete Aussagen ist es nach erst acht Monaten eines Geschäftsjahres zwar noch zu früh, dennoch zeichnet sich schon jetzt ab, daß 1984/85 (30. 9.) für die Siemens AG, Berlin/München, zu einem Rekordjahr werden wird. Nicht nur, weil der Umsatz um etwa 20 Prozent auf 54 (45,8) Mrd. DM steigen dürfte. Bei einer Umsatzrendite von 2,4 (2,3) Prozent wird der Ertrag nach dem schon sehr guten Vorjahr prozentual sogar noch etwas stärker zunehmen.

Daraus nun aber schon Rückschlüsse auf die mögliche Dividendenhöhe ziehen zu wollen, bezeichneten Vorstandsvorsitzender Karlheinz Kaske und Finanzchef Heribald Närger vor der Presse in Berlin als „absolut verfrüht". Selbst vor dem Hintergrund, daß man nach jahrelanger Dividendenkontinuität mit der Anhebung auf 10 (8) DM für 1983/84 das Versprechen eingehalten hat, künftig bei der Ausschüttungspolitik flexibler sein zu wollen.

Mit der gewohnten Zurückhaltung bewertete Kaske den bisherigen Geschäftsverlauf des Elektrokonzerns als „weiterhin recht zufriedenstellend". Dabei sprang der Umsatz gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 37 Prozent auf 35,7 Mrd. DM. Während davon das Auslandsgeschäft um 10 Prozent auf 15,7 Mrd. DM zunahm, ergab sich – durch die Abrechnung von drei Kernkraftwerken bei der KWU bedingt – im Inland gar ein Zuwachs von 67 Prozent auf 21 Mrd. DM. Da bis zum Jahresende kein Kraftwerk mehr zur Abrechnung ansteht, wird sich die „extrem hohe Umsatz-Zuwachsrate bis Ende des Geschäftsjahres", so Kaske, „etwa halbieren".

Beim Auftragseingang verzeichnete Siemens per Ende Mai 1985 ein Plus von 12 Prozent auf 36,7 Mrd. DM. Zugpferd blieb das Ausland mit einer Zunahme von 18 Prozent auf 19,1 Mrd. DM. Demgegenüber fiel das Auftragsplus aus dem Inland mit 8 Prozent auf 17,6 Mrd. DM bescheidener aus. Daraus auf eine schwache Binnennachfrage zu schließen, so Kaske, wäre jedoch „falsch". Im ganzen sei man mit dem Konjunkturverlauf „durchaus zufrieden". Insgesamt erwarte man für 1984/85 Bestellungen von „erheblich mehr" als 50 (48,1) Mrd. DM. Die Kapazitätsauslastung sei von 81 auf 86 Prozent gestiegen.

> Berlin wird am Aufschwung von Siemens weiterhin teilhaben, erklärte Vorstandsvorsitzender Kaske. Seit dem Sommer 1982 habe man in der geteilten Stadt, die für Siemens nach wie vor der größte Fertigungsstandort ist, rund 700 Mill. DM investiert. In diesem Jahr werden es über 260 Mill. DM sein. Auch die Zahl der Mitarbeiter habe man 1984/85 um gut 1000 auf etwas mehr als 25 000 angehoben. Zwei Projekte verdeutlichen, welche Anstrengungen Siemens unternimmt: Im Sommer 1985 erfolgt der Spatenstich für eine High-Tech-Fabrik für Glasfaserkabel-Komponenten, die 1987 ihre Fertigung mit etwa 600 Mitarbeitern aufnehmen soll. Und im Herbst wird mit dem Bau eines Werkes für elektrotechnische Steuerungssysteme begonnen, das ebenfalls ab 1987 mit rund 550 neuen Arbeitsplätzen in Betrieb gehen soll.

Den höchsten Orderzuwachs erzielte dabei nach Angaben von Kaske der Unternehmensbereich Energie- und Automatisierungstechnik. Letztere hätte dabei sogar eine „explosionsartige Entwicklung" verzeichnen können. Ein weit überdurchschnittliches Wachstum habe man auch in der Medizintechnik verbuchen können, das ganz überwiegend aus dem Ausland gekommen sei. Ihre dynamische Expansion habe ebenfalls die Kommunikations- und Datentechnik fortsetzen können, wobei die Datentechnik „erneut die Wachstumslokomotive" gewesen sei.

Wie Siemens die Zukunft beurteilt, kann nach Ansicht von Kaske aus den Investitionen und der Entwicklung der Mitarbeiterzahl abgeleitet werden. Bemerkenswert ist da zum einen, daß die Investitionsplanungen für 1984/85 noch einmal von 3,6 bis 4 Mrd. auf knapp 4,5 Mrd. DM angehoben worden sind. Dieser Betrag soll auch im kommenden Geschäftsjahr aufgewendet werden. Dabei hat der hohe Mittelaufwand bisher nach Angaben von Närger nicht die enorm hohe Liquidität von 19,5 Mrd. DM (1983/84) beeinflußt. Allerdings werde der „Scheitelpunkt in diesen Monaten erreicht". Knapp 1,6 Mrd. DM sollen im Ausland eingesetzt werden.

Spürbar gebessert hat sich, so Kaske, die Beschäftigungslage. So stieg erstmals seit fünf Jahren bei Siemens wieder die Zahl der Mitarbeiter – seit Anfang 1984/85 um 13 000 (10 000 im Inland und 3000 im Ausland) auf 338 000 Beschäftigte. Bis Ende September könnten es, wie Kaske meinte, sogar 15 000 Neueinstellungen sein. Und sollte es mit der Konjunktur im nächsten Jahr weiter bergauf gehen, werde Siemens wahrscheinlich noch mehr Leute einstellen.

BÖRSE TOKIO / Nur zwölf Auslandsaktien notiert

Zutrittsbarrieren abgebaut

VWD, Tokio

Der japanische Wertpapiermarkt hat nach Ansicht des Vorstandes der Tokioter Effektenbörse (TSE) in den vergangenen Jahren einen bemerkenswerten Grad der Internationalisierung erreicht. Dies belegten steigende japanische Investitionen im Ausland und aktive ausländische Investitionen in japanischen Wertpapieren, heißt es in einem Schreiben an die Wertpapier- und Börsenkommission der USA (SEC). Japanische Anleger kauften 1984 für 1,6 Mrd. Dollar Auslandsaktien und für 56,3 Mrd. Dollar ausländische Schuldverschreibungen, 1,5- und 2,8mal mehr als 1979.

Von den 1,6 Mrd. Dollar erworbenen Auslandsaktien wurden 900 Mill. Dollar von oder durch japanische Wertpapiergesellschaften gekauft, davon 50 Prozent auf eigene Rechnung. 18,3 Prozent entfielen auf Versicherungen, 14,6 Prozent auf Banken und 30,9 Prozent auf andere Gesellschaften und Einzelpersonen. Der Zuwachs der ausländischen Investitionen in Japan sei phänomenal, schreibt die TSE weiter. 1984 erwarben ausländische Anleger für 35,9 Mrd. Dollar japanische Aktien und für 63 Mrd. Dollar japanische Anleihen, das 6,5- und 6,1fache von 1979. Die TSE nimmt an, daß der Aufwärtstrend auch künftig anhält.

Zum Punkt „Marktstruktur" heißt es in dem Antwortschreiben, es werde erwartet, daß der grenzüberschreitende Handel in Wertpapieren künftig weiter zunimmt. Unter diesen Umständen sei es die äußerste Notwendigkeit für eine Börse in jedem Land, die Notiz von multinational gehandelten Wertpapieren zu fördern, um den Anlegern erweiterte Investitionsgelegenheiten zu bieten. Gleichzeitig müßte es Anlegern in jedem Land ermöglicht werden, in gleicher Weise und schnell Markt- und Unternehmensinformationen zu erhalten.

Internationaler Simultanhandel sei nur zwischen Ländern mit geographischer Nähe notwendig. Deshalb sieht die TSE zumindest derzeit keine Möglichkeit, beispielsweise den gleichzeitigen Wertpapierhandel zwischen Japan und den USA oder Großbritannien zu bewerkstelligen. Beim grenzüberschreitenden Aktienhandel dürfte die Harmonisierung der elektronischen Börseninformationssysteme der einzelnen Plätze notwendig werden, meint die TSE. Es sei jedoch schwierig, einen einheitlichen Standard für Marktinformationen zu entwickeln. Hier stünden die unterschiedlichen Handels- und Marktinformationssysteme in Wege. Es sei jedoch notwendig, daß jede Börse Anstrengungen für eine schrittweise Harmonisierung der Marktinformationen über multinational notierte Aktien unternehme.

Zur Förderung des Handels ausländischer Aktien an der Börse hat die TSE eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Derzeit werden nur zwölf Auslandswerte notiert, darunter elf aus den USA. Zu diesen Schritten gehört die Aufgabe des sogenannten „doppelten Prüfungsprinzips" und die Reduzierung sowie Vereinfachung der notwendigen Unterlagen für die Aufnahme in den amtlichen Handel. Noch in diesem Jahr dürften zehn weitere Auslandsaktien an die Börse kommen.

Bereits 1982 seien die Regelungen für den Zutritt von ausländischen Brokern und Händlern in Japan gelockert worden, schreibt die TSE. Seit Mai 1984 befasse sich ein Ad-hoc-Ausschuß der Börse mit der Überprüfung der Mitgliederstruktur.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stuck, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 5 49 00 00, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

ÖFFENTLICHE BRAUNSCHWEIG

Autoschäden nahmen zu

D. SCHMIDT, Braunschweig

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig, unter deren Dach die Braunschweigische Landes-Brandversicherungsanstalt, die Öffentliche Leben und die Öffentliche Sach zusammengefaßt sind, hat 1984 wieder ein erfolgreiches Jahr zu verzeichnen. Nach Angaben des Vorstands ergab sich sowohl gemessen am Versicherungsbestand wie an der Beitragseinnahme ein überdurchschnittliches Wachstum.

Die gesamten Beiträge der Gruppe erhöhten sich um 6 Prozent auf 286 (269) Mill. DM. Ende 1984 wurden gut 831 000 Versicherungsverträge verwaltet, 3 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Mit den Jahresabschlüssen der drei Unternehmen zeigt sich der Vorstand „rundum zufrieden". Zar gab der Schadenverlauf nicht nur Grund zur Freude; so nahm die Belastung in der Autoversicherung beträchtlich zu. Die Kostenlage der drei Gesellschaften habe sich aber insgesamt weiter verbessert. Die Kapitalanlagen wuchsen auf 933 (869) Mill. DM, die Kapitalerträge auf 75 (68) Mill. DM.

Bei der Landes-Brandversicherungsanstalt nahm die Zahl der Verträge wegen der schwachen Baukonjunktur nur um 0,9 Prozent auf 157 670 zu, während die Beitragseinnahmen um 10,1 Prozent auf 29,6 (26,8) Mill. DM stiegen. Die Bruttoschadenquote verringerte sich drastisch auf 38,2 (77,2) Prozent, die Schadenaufwendungen auf 9,3 (17,2) Mill. DM. Ausgewiesen wird ein Überschuß von insgesamt 4,6 Mill. DM. Die Sicherheitsrücklage erhöhte sich auf 41,9 (37,3) Mill. DM.

Ein gutes Ergebnis erzielte die Öffentliche Leben. Der Versicherungsbestand nahm stückzahlmäßig nur geringfügig um 362 auf 68 370 Verträge zu; der Summe nach ergab sich aber ein Plus von 7,7 Prozent auf 1,67 (1,55) Mrd. DM. Der Rohüberschuß wird mit 34,7 (29,2) Mill. DM ausgewiesen. Die Rückstellungen für Beitragsrückerstattung erreichen 118,8 (109,1) Mill. DM.

Die Öffentliche Sachversicherung steigerte den Versicherungsbestand um 3,7 Prozent auf 247 517 Verträge. Die Beitragseinnahme nahm um 9,2 Prozent auf 40,8 Mill. DM zu. Obwohl die Zahl der Schäden um 24 Prozent auf 23 800 wuchs, gingen die Schadenaufwendungen um 15,9 Prozent auf 18,3 Mill. DM zurück. Deutlich verschlechtert dagegen hat sich das Schadenbild in der Kraftfahrtversicherung. Dort erhöhten sich die Aufwendungen um 12,4 Prozent auf 113 Mill. DM; die Bruttoschadenquote stieg auf 77,2 (72,9) Prozent. Insgesamt seien die HUK-Zweige aber ebenfalls zufrieden.

ZAHNRADFABRIK FRIEDRICHSHAFEN / Nach Großauftrag von Ford sehr optimistisch – Wieder 16 Prozent

Steter Kurs auf die vierte Umsatz-Milliarde

WERNER NEITZEL, Saarbrücken

Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), einer der führenden Getriebe-Hersteller, hat sich auf ein weiteres Wachstum ihrer Produktgruppen auf allen wichtigen Märkten eingestellt. Im laufenden Geschäftsjahr 1985 steuert die Unternehmensgruppe nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Friedrich Baur auf einen Umsatz von 4 Mrd. DM zu, was eine reale Umsatzsteigerung um etwa 10 Prozent bedeutet. Auch die Ergebnisentwicklung entspreche den Planungen. Die Beschäftigung sei in allen Geschäftsbereichen für 1985 abgesichert, und für die Zukunft sei man deshalb einigermaßen optimistisch.

Dieser Optimismus werde zusätzlich gestützt durch einen Großauftrag von Ford, den die ZF gegen eine starke internationale Konkurrenz erhalten habe. Auch mit anderen namhaften US-Firmen sieht Baur gute Chancen, ins Geschäft zu kommen. Dabei kommt dem zunehmenden Trend hin zum Automatgetriebe im Pkw-Sektor, einem Gebiet, auf dem die ZF im Zusammenspiel mit elektronischen Technologien einen hohen Standard vorweisen kann, ein besonderer Stellenwert zu.

Darüber hinaus ist die ZF bemüht, auf dem Felde internationaler Kooperationen weiter voranzukommen. So wird seit mehr als einem Jahr mit der amerikanischen Dana Corporation wegen einer weitgehenden Zusammenarbeit bei Getrieben für Nutzfahrzeuge verhandelt. „Das Ganze ist auf eine 50jährige Zusammenarbeit angelegt", sagt Baur, der meint, man habe trotz vieler Probleme (Antitrust-Gesetzgebung) einen „wesentlichen Durchbruch" erreicht. Er hoffe, bald über einen Erfolg der Bemühungen berichten zu können. Auf dem Sektor der Ackerschleppergetriebe gingen die Kooperationsgespräche mit den IHC-Nachfolge-Gesellschaften weiter.

Im Geschäftsjahr 1984 steigerte das ZF-Gesamtunternehmen seinen Umsatz um 22 Prozent auf 3,5 Mrd. DM, wobei freilich der Zukauf (455 Mill. DM Umsatz) der Lemförder-Gruppe (Radgelenke, Lenkstangen) zu berücksichtigen ist. Ohne Lemförder beträgt das Umsatzplus 7 Prozent. Dies ist um so bemerkenswerter, als auch ZF vom Streik betroffen war.

Besondere Schubkraft entwickelte dabei der Bereich der Pkw-Automatikgetriebe, die im Werk Saarbrücken produziert werden. Dort stieg der Umsatz um 22 Prozent auf 293 Mill. DM, was einem Absatz von 157 000 Pkw-Automatgetrieben gleichkommt. Für 1985 ist hier ein Anstieg der Produktion auf 245 000 Pkw-Automatgetriebe und ein Anstieg des Umsatzes um knapp 60 Prozent auf etwa 450 Mill. DM eingeplant.

Bei einer nur geringen Veränderung der angespannten konjunkturellen Situation auf dem Nutzfahrzeugmarkt rechnet die ZF für diese Getriebe-Palette mit einem leichten realen Umsatzzuwachs von 4 Prozent. In Friedrichshafen entsteht eine vollautomatische Getriebefabrik, die auf 120 000 leichte Lkw-Getriebe pro Jahr (für Ford) angelegt ist und Mitte 1986 mit 300 Beschäftigten im Dreischichtbetrieb starten wird.

Der Exportanteil am Umsatz des ZF-Konzerns vergrößerte sich auf 43,1 (38,6) Prozent. Die Investitionen in der Gruppe beliefen sich auf 252 (257) Mill. DM und wurden zu fast 90 Prozent durch Abschreibungen finanziert. Bei verbessertem Betriebsergebnis wird im Konzern ein Jahresüberschuß von 55,4 (61,2) Mill. DM ausgewiesen. Auf das inzwischen auf 75,7 (70,7) Mill. DM erhöhte Kapital, das mehrheitlich bei der Zeppelin-Stiftung liegt, werden unverändert 16 Prozent Dividende ausgeschüttet.

WOOLWORTH

Nur verhaltene Expansion

SABINE SCHUCHART, Bonn

Die F. W. Woolworth Co. GmbH, Frankfurt, die zum Jahresende 1984 222 Geschäfte und 8 Spezialshops in der Bundesrepublik betrieb, erzielte in den ersten fünf Monaten 1985 ein Umsatzwachstum um 5,1 (flächenbereinigt 1,9) Prozent. Angesichts der nach wie vor spürbaren Kaufzurückhaltung vieler Verbraucher muß das Unternehmen nach eigenen Angaben mit dieser Entwicklung noch zufrieden sein. Im Jahresverlauf rechnet Woolworth mit einer weiteren Umsatzsteigerung.

Damit dürfte das Niedrigpreisunternehmen 1985 besser abschneiden als im Vorjahr, das ein Umsatzplus von nur 1,5 (flächenbereinigt 0,5) Prozent auf 2,078 Mrd. DM bescherte. Dieses fiel im Verhältnis zur Gesamtentwicklung des Einzelhandels von plus 2,8 Prozent zwar erheblich niedriger aus. Im Vergleich zur Umsatzentwicklung der Kauf- und Warenhäuser von minus 3,2 Prozent zeigt sich jedoch, daß sich das Unternehmen im Markt behauptet hat. Hauptumsatzträger waren die beiden Warengruppen Textilien und Hartwaren mit einem Anteil von knapp 43 und 51 Prozent.

Der Jahresüberschuß verringerte sich 1984 gegenüber dem Vorjahr um 12,5 Prozent auf 42,5 Mill. DM. Diesen Rückgang erklärt die Unternehmensleitung mit den hohen Anlaufkosten neuer Läden, da drei Viertel der 1984 neu geschaffenen Verkaufsflächen im 4. Quartal eröffnet wurden.

Durch die Eröffnung 7 neuer Läden und 5 hauptsächlich in Feriengebieten gelegener Shops für Freizeitbekleidung erhöhte sich die Verkaufsfläche zum Jahresende 1984 um 5,3 Prozent auf 334 118 Quadratmeter. Die Zahl der Beschäftigten stieg geringfügig auf 13 345 (13 185).

Die Unternehmensexpansion wird 1985, wenn auch sehr verhalten, fortgesetzt. 10 neue Shops sind 1985 geplant – Ausdruck des weiteren Vorstoßes in den Bereich der Spezialgeschäfte –, aber lediglich eine weitere Filiale. Die amerikanische Muttergesellschaft F. W. Woolworth Co., New York, hat 1984 mit 5,7 Mrd. Dollar 5,2 Prozent mehr umgesetzt als 1983.

Berthold: Neuer Kurs wird honoriert

tb. Berlin

Nach der mißglückten Diversifikation „setzt" die Berthold AG, Berlin, wieder auf ihren angestammten Bereich, den Qualitäts-Layout-Satz. Dieser neue Kurs des Unternehmens wird nach Angaben des Vorstandes von den Kunden honoriert. Der Auftragseingang stieg im ersten Halbjahr um 13 Prozent auf mehr als 100 Mill. DM, der Umsatz nahm um 12,4 Prozent zu. Die Kapazitäten sind voll ausgelastet. Auch die Ergebnisse der ersten Quartale sind, so Vorstandsvorsitzender Wolfgang Geerken, deutlich besser als im Vorjahr.

Die Wunden des Jahres 1984, als Berthold mit einem Jahresfehlbetrag von 37,8 Mill. DM einen Tiefpunkt in seiner Geschichte erlebte, sind weitgehend vernarbt. Die Verlustquellen sind beseitigt, Hoh & Hahne wurde faktisch geschlossen (die gesunden Teile des Kamerabaus und des Handelswarenprogramms wurden von Berthold übernommen), die Ormig-Gruppe verkauft und die US-Tochter Alphatype Corp. neu strukturiert („seit Jahresanfang ist kein Cent mehr dorthin geflossen"). Die Zahl der Mitarbeiter ist wieder erhöht worden und liegt jetzt bei 1181 nach 1145 vor einem Jahr. Zur flexiblen Realisierung des neuen Konzepts soll die Hauptversammlung am 29. August ein genehmigtes Kapital in Höhe von bis zu 6 Mill. DM beschließen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Eberhard Winkler und sein Vertreter Peter Gläsel haben ihre Mandate zum 30. Juni niedergelegt. Otto Gellert, Wirtschaftsprüfer in Hamburg, und Wolfgang Steinriede, Vorstandsmitglied der Berliner Bank, werden in den Aufsichtsrat eintreten.

DSL BANK / Wohnungsbaugeschäft stark belebt

Für schnelle Teilprivatisierung

LEO FISCHER, Bonn

Für eine schnelle Teilprivatisierung der DSL Bank, Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank Bonn, Berlin, hat sich deren Vorstandsvorsitzender Hermann Sehrbrock bei der Vorlage des Jahresberichts 1984 ausgesprochen, nachdem die Regierung die Entscheidung gefällt hat, 49 Prozent des Grundkapitals des öffentlich-rechtlichen Instituts privaten Interessenten anzubieten.

Am Grundkapital von unverändert 256,0 Mill DM ist der Bund mit 99 Prozent beteiligt. Berlin hält einen Anteil von 0,4 Prozent, Bayern, Hessen und Schleswig Holstein sind mit jeweils 0,2 Prozent beteiligt. Bis spätestens Sommer 1986 müßten nach Meinung von Sehrbrock die rechtlichen Voraussetzungen für die Privatisierung geschaffen sein.

Im vergangenen Jahr konnte die DSL Bank die Bilanzsumme von 30,53 um 1,70 Mrd. auf 32,23 Mrd. DM steigern. Die Steigerungsrate blieb mit 5,6 Prozent aber deutlich hinter der des Vorjahres (10,1) Prozent zurück. Der Zuwachs beruhte ausschließlich auf dem im Wettbewerb betriebenen Eigengeschäft, das um 2,67 oder 11,8 Prozent zunahm. Der Anteil des Eigengeschäfts an der Bilanzsumme erhöhte sich damit weiter von 74,5 auf 78,7 Prozent. Das von der Geschäftsleitung nicht beeinflußbare Auftragsgeschäft (Zweckvermögen und Treuhandvermögen) verminderte sich um 0,96 Mrd. DM oder 12,3 Prozent auf 6,88 Mrd. DM.

Das Betriebsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert werden, der Zinsüberschuß im Wettbewerbsgeschäft nahm um rund sechs Prozent zu. Nach Steuern von 48,4 Mill. DM (1983: 58,6) Mill. DM ergibt sich ein Jahresüberschuß von 28,0 Mill. DM, 2,4 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Davon gingen vorweg 7 Mill. DM und nach Feststelllung der Bilanz 17,8 Mill DM in die gesetzliche Rücklage, so daß das haftende Eigenkapital nun 553,7 (528,9) Mill. DM beträgt. Die Anteilseigner erhalten wie im Vorjahr eine Dividendensumme von 3,2 Mill. DM.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres expandierte das Wohnungsbaukreditgeschäft erheblich. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stiegen die Neuzusagen um 61,3 Prozent auf 344,9 Mill. DM.

Die Unternehmensfinanzierungen brachten einen Zuwachs von 137,0 Mill. DM oder fast 50 Prozent. Das Institut rechnet damit, daß das laufende Jahr wieder mit einem zufriedenstellenden Ergebnis abschließt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Moto Meter erhöht Kapital

Leonberg (VWD) – Die Moto Meter AG, Leonberg, wird das Grundkapital durch Inanspruchnahme des genehmigten Kapitals um 12 (10) Mill. DM erhöhen. Wie einer Mitteilung weiter zu entnehmen ist, werden zu diesenm Zweck 40 000 neue Inhaberaktien im Nennwert von je 50 DM ausgegeben, die mit halber Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1985 ausgestattet sind. Ein Bankenkonsortium werde unter Führung der Commerzbank AG die Aktien zum Ausgabepreis mit der Verpflichtung übernehmen, sie den Aktionären im Verhältnis 5:1 zum Bezugspreis von 130 DM je 50-DM-Aktie innerhalb einer Ausschlußfrist von zwei Wochen anzubieten.

Wieder acht Prozent

Bremen (VWD) – Die Jute-Spinnerei und Weberei Bremen AG, Delmenhorst, konnte 1984 ihre Aufwärtsentwicklung fortsetzen. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, stieg der Gesamtumsatz um 6 Prozent auf 98,8 Mill. DM. Der Bilanzgewinn liegt mit 0,48 Mill. DM auf Vorjahresniveau. Dem Unternehmen zufolge haben zu dem Ergebnis der Produktions- und Einzelhandelsbereich, der Immobiliensektor und erstmals auch Wertpapiergeschäfte einen angemessenen Beitrag geleistet. Die Aktionäre sollen für 1984 wieder eine Dividende von 8 Prozent auf 6 Mill. DM Grundkapital erhalten.

Thyssen kauft Trapp

Düsseldorf (J. G.) – Die Thyssen Handelsunion AG, Düsseldorf, hat von der Cargill-Gruppe/USA (weltgrößter Getreidehändler) deren Frankfurter Tochter Walter Trapp GmbH & Co. KG gekauft, die 1984 mit 180 Leuten 250 Mill. DM Umsatz erzielte. Die Trapp-Handelsaktivitäten (Schrott, NE-Metalle, Altpapier, zwei Shredder-Anlagen zur Schrottaufbereitung in Frankfurt und Ebenhausen/Ingolstadt) verstärken die Position der hauptsächlich auf gleichen Märkten arbeitenden Handelsunion-Tochter Thyssen Sonneberg GmbH, die 1984/85 (30. 9.) auf 1,4 Mrd. DM Umsatz kommen dürfte und (neben Klöckner & Co.) größter deutscher Schrotthändler ist.

Leasing à la Française

Düsseldorf (J. G.) – In ihrem siebten Lebensjahr hat die im Kreis der Genossenschaftsbanken geborene Kölner Systema Leasing GmbH (1 Mill. DM Stammkapital) neue Eigentümer bekommen. Die Pariser Finanzgruppe Compagnie Bancaire übernahm per 1. Juli direkt 10 Prozent und über ihre Tochter Union Française de Banques (UFB) 90 Prozent der GmbH-Anteile. Die UFB gilt mit ihrer Tochter Locabail als „mit Abstand größte" Leasing-Gesellschaft Frankreichs. Das Kölner Leasing-Geschäft konzentrierte sich bislang auf „Vertriebsobjekte" (von Lieferautos bis zu elektronischen Waagen und EDV-Einrichtungen) für mittelständische Kundschaft. Seit dem Gründungsjahr 1978 habe man reichlich 15 000 Objekte im Wert von 170 Mill. DM finanziert und vermietet.

NAMEN

Werner Zielasko, Inhaber des Getränkefachgroßhandels Werner Zielasko GmbH, Duisburg, und Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Bier- und Getränkefachgroßhandels e. V., Düsseldorf, vollendet am 10. Juni das 65. Lebensjahr.

Hans-Jürgen Robertz (38), Group Product Manager bei Krups, Solingen, hat am 1. Mai 1985 bei der Union Carbide Deutschland GmbH, Düsseldorf, die Leitung Marketing der Sparte „Ucar"-Batterien übernommen.

Rudolf Wiermann wurde zum Vorsitzenden des Bundesverbands des Deutschen Zeitungs- und Zeitschrifteneinzelhandels e. V. gewählt. **Rudolf Sellhorst** und **Ludwig Zusann** wurden zu seinen Stellvertretern bestellt.

Franz Josef Geimer, Vorstandsmitglied der Gothaer Versicherungsbank VVaG, wurde zum Vorstandsmitglied der Gothaer Rückversicherung AG, Köln, berufen.

Direktor Dr. **Dieter Beck**, stellvertretender Vorsitzender der Vorstände der Gothaer Versicherungsbank VVaG und der Gothaer Rückversicherung AG sowie ordentliches Mitglied des Vorstandes der Gothaer Krankenversicherung AG, schied zum 30. Juni 1985 aus den Vorständen der Gesellschaften aus und tritt in den Ruhestand.

Dr. **Heinrich Brandes**, Vorstandsmitglied der Gothaer Versicherungsbank VVaG, ist zum 1. Juli 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Gothaer Krankenversicherung AG, Köln, berufen worden.

Bernd Hollmann hat die Gesamtleitung des Gastronomievertriebs Inland und Ausland der Rosenthal AG, Selb, übernommen. **Manfred Ilg** übernimmt die Verkaufsleitung Gastronomie-Service Inland von **Paul Hanswurz**, der in den Ruhestand tritt.

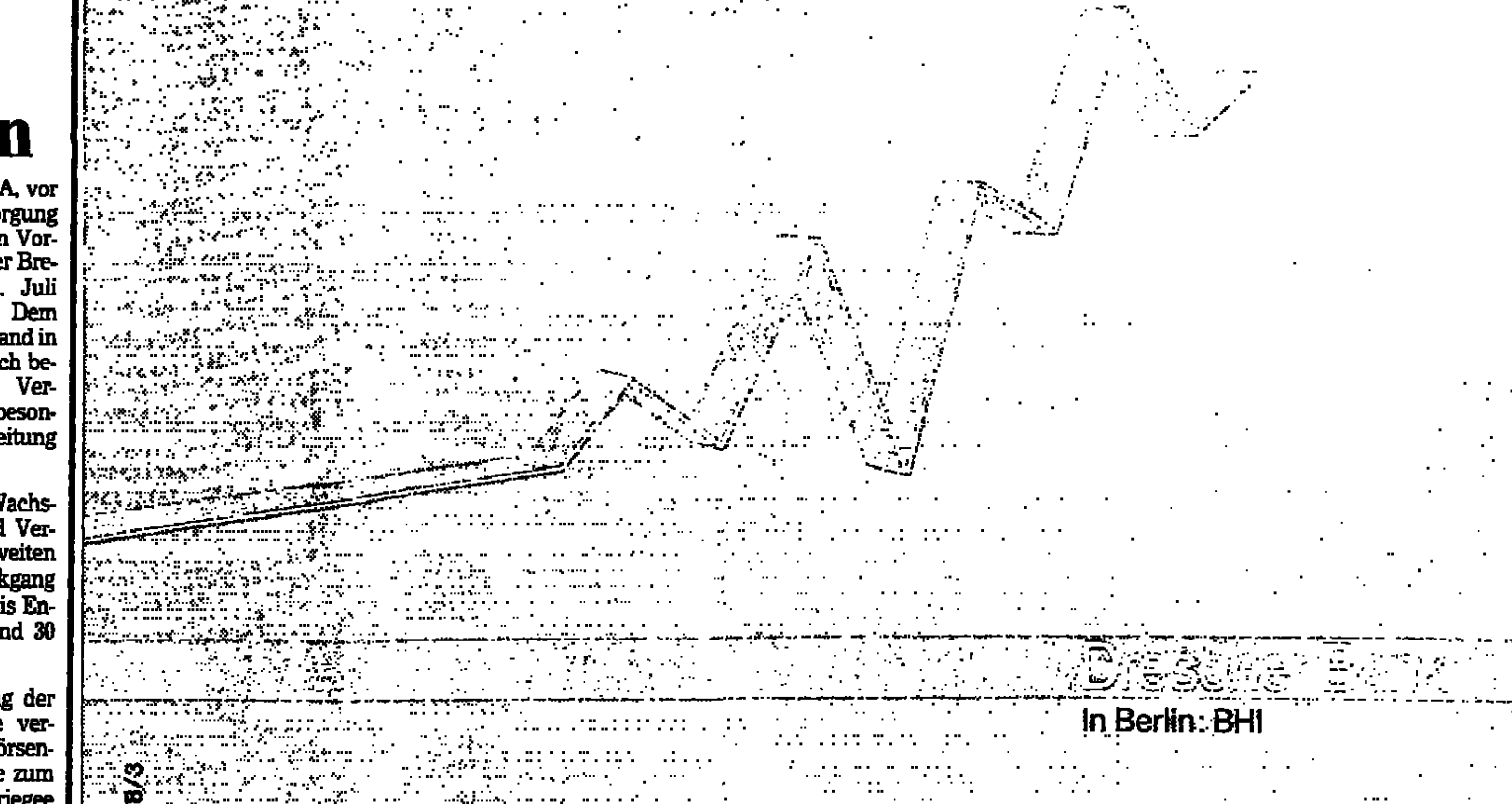
Frank Haub (48), ist zum 30. Juni 1985 aus der Unternehmensleitung der allkauf-Gruppe, Mönchengladbach, ausgeschieden und hat die Frank Haub + Partner Unternehmensrevision/Unternehmensberatung, Kaarst-Holzbüttgen, gegründet.

L'Oréal Deutschland will stärker wachsen

dpa/VWD, Karlsruhe

Die Haarkosmetik und Parfümerien GmbH, Karlsruhe, deutsche Tochter des französischen Kosmetikkonzerns L'Oréal SA, Paris, wächst 1985 bisher stärker als der Markt. Für das Gesamtjahr rechnet Generaldirektor Bernhard Straub wieder mit dem „üblichen" Umsatzwachstum von 10 Prozent, das im vergangenen Jahr nur knapp verfehlt wurde. Damit dürften in diesem Jahr 300 Mill. DM überschritten werden. 1984 lag L'Oréal Deutschland mit einer Umsatzausweitung um 8 Prozent auf 296 Mill. DM voll im Branchentrend (plus 7,9 Prozent).

Der mit 30 Prozent wachstumsstärkste Bereich Depotkosmetika (Carachel) wurde Anfang 1985 in der Prestige und Collections GmbH, Bonn, verselbständigt, die der Pariser Konzernzentrale unmittelbar zugeordnet ist. Wachstumsimpulse gaben wiederum neue Produkte des Stammhauses, das 1984 für die Forschung 400 Mill. Franc ausgab.



BAUMWOLLE / Welternte auf Rekordhöhe – Bescheidene Verbrauchszunahme

Bremen weiter größter Importhafen

W. WESSENDORF, Bremen

Bremen ist weiterhin der größte Importhafen für Baumwolle in der Welt. Im vergangenen Jahr übertrafen die Anlandungen in den bremischen Häfen mit 1,1 Mill. Ballen und einem Gewicht von 250 000 Tonnen zum zweiten Mal hintereinander die des lange führenden Umschlagplatzes Kobe (Japan). Aus dem Jahresbericht der Bremer Baumwollbörse geht hervor, daß der Wert der im vergangenen Jahr im Zweistädtestaat umgeschlagenen Rohbaumwolle rund 860 Mill. DM betrug.

Die bremischen Häfen blieben damit auch für die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Einfuhrplatz für deutsche Rohbaumwolle, obwohl der Import auf 166 000 Tonnen (Vorjahr: 181 000 Tonnen) sank. Der Bremer Anteil erreichte 71,8 (72,8) Prozent, während Hamburg nur 4,6 (4,2) Prozent auf sich lenken konnte. „Das hängt mit bestimmten Containerverbindungen zusammen, die auch für Baumwolle eine wachsende Bedeutung erlangen", heißt es dazu.

Die Rheinmündungshäfen waren 1984 mit unverändert 12 Prozent an den deutschen Einfuhren beteiligt, auf die Mittelmeerhäfen entfielen 1,5 (2,9) Prozent und auf die übrigen Empfangsplätze 10 (8,1) Prozent. Der Transitverkehr für Baumwolle wurde im Berichtszeitraum ebenfalls von 55 000 auf 61 000 Tonnen gesteigert.

Wichtigste Bestimmungsländer waren die Schweiz, vor der „DDR" und Österreich. Die weltweite Baumwollernte wird in dieser Saison (Ende 31. Juli) voraussichtlich ihr bislang höchstes Volumen erreichen. Das sind schätzungsweise 84,3 Mill. Ballen, 25 Prozent mehr als das Rekordaufkommen von 70,5 Mill. Ballen im Baumwolljahr 1981/82. Diese Entwicklung führt die Bremer Baumwollbörse einmal auf größere Anbaugebiete, zum anderen auf die ungewöhnlich hohen Erträge zurück.

Der mit Abstand größte Baumwollproduzent wird wieder China sein, das rund ein Drittel der Gesamternte anbaut. Danach folgen die USA, vor der Sowjetunion. Die Weltversorgung mit neuer Ernte und gelagerten Vorräten soll nach den Angaben der Bremer Baumwollbörse zum 31. Juli 110,4 Mill. Ballen erreichen. Dem kräftig gestiegenen Volumen stand in der Saison 1984/85 ein wesentlich bescheideneres Wachstum des Verbrauchs gegenüber. Es sei insbesondere auf die rückläufige Verarbeitung in den USA zurückzuführen.

Die auseinanderklaffenden Wachstumsraten von Erzeugung und Verbrauch haben schon in der zweiten Jahreshälfte 1984 zu einem Rückgang der Baumwollpreise geführt. Bis Ende Mai 1985 gaben sie um rund 30 Prozent nach.

Bei der Generalversammlung der Bremer Baumwollbörse Ende vergangener Woche wählte der Börsenvorstand Hans Christoph Hobe zum Präsidenten und Hermann Criegee sowie Albert Bote zu Vizepräsidenten. Aus dem Vorstand schieden Rolf Nitsch und Gerd Schoeller aus.

Nur kurze Konsolisierungsphase

Zum Schluß wieder Nachfrage zu steigenden Aktienkursen

DW. – Wie schon mehrfach in letzter Zeit stand der Aktienmarkt am Wochenbeginn zunächst im Zeichen einer Konsolidierung, die nach den turbulenten Kursbewegungen in der zurückliegenden zweiten Wochenhälfte mehr als überfällig schien. Daß sie indessen ohne tiefgreifende Kursfolgen bleiben würde, hatte bereits die vorbörsliche Tendenz gezeigt, die in einzelnen Papieren durch neue Kaufaufträge aus dem Ausland geprägt worden war. Im Börsenhandel gab zunächst ein Teil der Standardwerte bei abnehmenden Umsätzen nach.

Einige Aktien schlossen auch am Montag mit einem Plus ab. Dazu zählten Mannesmann. Nachfrage bestand auch nach einigen Bankaktien, besonders für Papiere der Dresdner Bank. Die Aktien der Deutschen Bank erreichten vorbörslich vorübergehend 600 DM, wurden später aber um 10 DM darunter gehandelt. Gut behauptet weiterhin die Titel der Großchemie. Bei den Autoaktien wurden Gewinne glattgestellt, was sich besonders bei Porsche auswirkte. Siemens konnten sich recht gut im Markt halten, denn einige Papiere des Elektromarktes mußten erheblich höhere Tageseinbußen hinnehmen. Philips, wo offensichtlich die Abgaben aus den USA wieder eingesetzt haben, büßten rund 3 Prozent ihres Kurswertes ein.

Frankfurt: Schloßquelle Heidelberg erhöhten um 20 DM und die Blauen Quellen gaben um 12 DM nach. Cassella verminderten um 9 DM und Wella 8 DM. Holzmann verloren 17 DM. Allweiler stockten um 10 DM und Asko um 50 DM auf.

Düsseldorf: Gildemeister verbesserten sich um 2,40 DM, um je 4 DM Balcke Dürr und Verseidag. Scheidemandel zogen um 7 DM an. Düwag gaben um 3 DM und Pegulan St. um 5 DM nach. Hochtief verminderten um 12 DM. Nordstern verloren 20 DM.

Hamburg: NWK-Vz. fielen um 4 DM auf 226 DM zurück, während sich HEW bei 110,90 DM gut behaupten konnten. Hapag Llyod wurden um 1,50 DM erhöht. Reichelt gaben um 2,50 DM und Triton um 1,20 DM nach. Bremer Vulkan verminderten um 1 DM.

Berlin: Berthold AG gaben um 30 DM nach. DUB-Schultheiss verminderten um 12 DM. Berliner Bank bröckelten um 1 DM. Orenstein und Koppel gaben um 2,50 DM nach. Beide Herlitz-Aktien konnten sich knapp behaupten. Rheinmetall verloren 1 DM.

München: Aigner verminderten um 3 DM und Grünzweig um 2,50 DM. NAK Stoffe verloren 1,30 DM und Leonische Draht 1 DM. Spinnerei Kolbermoor stockten 20 DM und Süd Chemie um 6 DM auf. Agrob Vz. verbesserten sich um 3,50 DM und Flachglas um 6DM.

Stuttgart: Aesculap stockten um 15 DM auf. Hesser verbesserten sich um 5 DM. Audi waren um 30 DM nachgebend. Porsche mußten 55 DM abgeben. Hohner verbilligten sich um 8 DM und Salamander um 4,30 DM.

Nachbörse: Gewinnmitnahmen

WELT-Aktienindex: 208,26 (209,51)
WELT-Umsatzindex: 4909 (8507)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

	8.7.	5.7.
Adv. Micro Dev.	26	26,375
Aetna Life	45,875	46
Alcan Aluminium	24,625	24,75
Alcoa	–	34,125
Allied Chemical	43,875	43,875
AMR Corp.	49,25	49,375
Amax	14	14
Am. Cyanamid	51,75	52,125
Am. Express	47,5	47,5
Am. Motors	3,75	3,75
Am. Tel. & Telegr.	23,75	24
Amoco Corp	63	63,25
Asarco	22	22
Atlantic Richfield	58,625	59,125
Avon Products	22,375	22,5
Bally	17,875	18
Bk. of America	19,875	20
Bethlehem Steel	16,125	15,875
Black & Decker	20,125	20
Boeing	46,375	46,625
Brunswick	37,375	37,25
Burroughs	58,5	59
Caterpillar	35	35,5
Celanese	123,875	124
Chase Manhattan	62,875	63,125
Chrysler	35	35,375
Citicorp	50,75	50,875
City Investing	36,375	36,375
Clorox	39	39,125
Coca-Cola	67,25	67,375
Colgate	26,25	26,5
Commodore	9,5	9,5
Comwth. Edison	32	32,125
Comm. Satellite	37,5	37,625
Control Data	26,625	26,625
CPC Int.	45,75	45,875
Curtiss Wright	–	35,375
Deere	30	30
Delta Airlines	57,25	52,625
Digital Equipm.	94,5	94,75
Dow Chemical	34,75	34,625
Du Pont	59,5	59,75
Eastern Gas-Fuel	22,5	22,75
Eastman Kodak	45,5	45,75
Exxon	52,125	52,75
Firestone	21,125	21,25
Fluor	17,75	18
Ford	44,25	45
Foster Wheeler	13,75	13,25
Fruehauf	22,875	22,875
GAF Corp	35,375	35,25
General Dynamics	[illegible]	[illegible]
General Electric	[illegible]	[illegible]
General Foods	80,5	80,625
General Motors	70,75	71,125
Global Nat. Res.	3,625	3,875
Gen. T. & E.	40,5	40,375
Goodrich	31	31
Goodyear Tire	28	28
Grace	40,875	40,875
Halliburton	29,625	29,875
Heinz	55	55
Hewlett Packard	35,75	36,125
Homestake	25,375	25,5
Honeywell	61,875	61,875
IBM	124,25	124,5
Insp. Resources Corp	4,75	4,75
Int. Tel. & Tel.	31,125	31,25
Int. Harvester	8,25	8,25
Int. Paper	48,5	48,625
Int. North. Inc.	43,25	43,25
Jim Walter	35,5	35,5
Litton Industries	83	82,875
Lockheed Corp.	53,375	53,75
Loew's Corp.	49,75	49,875
Lone Star	24,375	24,25
Louisiana Land	32,625	33,25
LTV Corp	7,625	7,75
Mc Dermott	–	27,25
Mc Donnel Doug.	79,25	79,625
Merck & Co	112,25	112,125
Merrill Lynch	33,875	34
Mesa Petroleum	15	14,5
MGM (Film)	15,375	15,375
Minnesota M.	79,125	79,375
Mobil Oil	29,875	30,125
Monsanto	49,5	50
Morgan J.P.	54,5	54,375
Nat. Semiconductor	12,5	12,625
National Steel	–	26,5
NCR	30,625	31
Newmont	40,75	41,25
PanAm World	7	7
Pfizer	48,75	48,5
Phibro	44,375	44,75
Philip Morris	86,25	86,675
Philips Petroleum	11,75	11,875
Pittston	11	11
Polaroid	31,875	31,875
Prime Computer	18,375	18,375
Procter & Gamble	57,875	58,125
RCA	46,875	46,75
Revlon	41,875	41,875
Reynolds Ind	30,125	30,25
Rockwell Int.	37,375	37,5
Rorer Group	36,125	36
Schlumberger	38,125	38,25
Sears, Roebuck	37,5	37,875
Shell Oil	[illegible]	[illegible]
Singer	[illegible]	[illegible]
Sperry Corp.	53,625	53,75
Stand. Oil Calif.	36,625	36,75
Storage Techn.	2,5	2,625
Tandy	31	31,625
Teledyne	254,5	254,75
Telex Corp.	39,125	38,875
Tesoro	10,25	10,375
Texaco	36,625	37,125
Texas Instrum.	96,75	98,75
Tosco	4	4
Trans World Corp.	40,5	40,375
Transamerica	30,375	30,5
Travellers	45,75	45,875
UAL	56	56,375
Uccel Corp.	15,25	15,125
Union Carbide	45,25	46
Union Oil of Calif.	29,125	29,25
US Gypsum	43,75	43,75
US Steel	27,25	27,25
United Technologies	41,5	41,75
Walt Disney	91,25	91,75
Warner Comm.	31,75	32,125
Westinghouse El.	34	34,125
Weyerhaeuser	28,5	28,625
Whittaker	24,75	24,75
Woolworth	44,5	44,625
Xerox	54,25	55
Zenith Radio	18,875	19
Dow Jones Index	1332,33	1333,33
Stand. & Poors	191,95	192,52

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	8.7.	5.7.
Abitibi Price	18	18
Alcan Alu.	33,375	33,5
Bk. of Montreal	30,875	30,875
Bk. of Nova Scotia	14	13,875
Bell Cda Enterprises	43,875	44,125
Bluesky Oil	3,7	3,75
Bow Valley Ind.	25,375	15,25
Brenda Mines	9	–
Brunswick M & Sm.	12,375	12,5
Cdn. Imperial Bk.	37,125	37
Cdn. Pacif. Enterpr.	28,25	28,375
Cdn. Pacific Ltd.	19,375	19,5
Cominco	12,875	13
Coseka Res.	2,86	2,89
Denison Mines	11,875	12
Dome Petroleum	2,9	2,95
Domtar	18,75	18,75
Falconbridge Ltd.	18,75	18,875
Great Lakes Forest	–	20,25
Gulf Canada	17,875	18
Gulfstream Res.	1,3	1,27
Hiram Walker	[illegible]	[illegible]
Hudson Bay Mng.	[illegible]	[illegible]
Husky Oil	9,875	9,875
Imperial Oil -A-	49,625	49,875
Inco	17,5	17,5
Inter City Gas Ltd.	16,75	16,75
Interprov. Pipeline	–	47,875
Kerr Addison	17	17
Lac Minerals	27,875	27,25
Massey Ferguson	2,6	2,61
Moore Corp.	28,25	28,125
Noranda Mines	15,25	15,25
Norcen Energy Res.	15	15
Northgate Expl.	4,55	4,5
Northern Telecom.	48,75	49
Nova An Alberta 'A'	6,625	6,5
Nu West Group	0,47	0,47
Oakwood Petrol	7,75	7,875
Prodaco	2,55	–
Provigo Inc.	–	21,875
Ranger Oil	4,8	5
Revenue Properties	1,89	1,9
Rio Algom	20,25	20,375
Royal Bk. of Can.	31,125	31,25
Seagram	57,25	57,125
Shell Canada	26,625	27
Sherritt Gordon	7,125	7,25
Stelco -A-	20,125	20
TransCdn. PipeLines	26,75	26,75
Westcoast Transm.	18,875	19
Index: TSE 300	2757,20	2739,50

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

London

	5.7.	4.7.
All. Lyons	218	216
Anglo Am. Corp.$	14,50	14,37
Anglo Am. Gold $	8,5	8,45
Babcock Intl.	146	145
Barclays Bank	407	394
Beecham	320	323
Bowater	260	260
B.A.T. Industries	323	325
Br. Leyland	37	37
British Petroleum	530	525
BTR	345	350
Burmah Oil	260	245
Cadbury Schweppes	158	157
Charter Cons.	181	181
Cons. Gold Fields $	5,09	4,99
Cons. Murchison	450	450
Courtaulds	144	147
De Beers $	5,3	5,27
Distillers	299	297
Driefontein $	24,25	24
General Electric	[illegible]	[illegible]
Guinness	248	244
Hawker Siddeley	411	405
ICI	752	749
ICI Ltd.	–	–
Imperial Group	186	187
Lloyds Bank	407	402
Lonrho	168	166
Marks & Spencer	134	132
Midland Bank	389	384
Nat. Westminster	709	684
Plessey	126	124
Reckitt & Colman	523	521
Rio Tinto-Zinc	572	557
Rustenburg Plat. $	8	8
Shell Transp.	705	701
Thorn Emi	337	341
TI Group	248	252
Unilever	1148	1135
Vickers	288	295
Woolworth	388	391
Financial Times	956,00	951,90

Mailand

	8.7.	5.7.
Bastogi	246	248
Centrale Risp	3320	3450
Dalmine	655	664,5
Farmitalia C. Erba	–	12850
Fiat	3990	3870
Fiat Vz.	3580	3470
Fin. Breda	–	4999
Finsider A	–	–
Generali	53900	53200
IFI Vz.	8500	8240
Italcementi	48900	47800
Italgas	–	1495
Magneti Marelli	1872	1853
Mediobanca	113975	114000
Mondadori A.	2940	2890
Montedison	2050	2000
Mira Lanza	32610	32900
Olivetti Vz.	5685	5900
dgl. St.	6020	6148
Pirelli SpA	2745	2730
La Rinascente	886	879
RAS	78150	77500
SAI Risp.	17250	17350
SIP	2380	2437
Snia Viscosa	3390	3350
STET	3298	3298
Index	343,05	342,06

Amsterdam

	8.7.	5.7.
ACF Holding	243	245
Aegon	99,3	98,6
Akzo	119,6	119,4
Alg. Bk. Nedert.	476,5	472
Amev	270	258
Amro Bank	86,1	85,6
Berkel's Patent	41,7	40,8
Bijenkorf	52	52
Bols Lucas	103,8	105
Bredero	167	168,8
Buehrmann	95,5	93
Dessaux	109,9	109
Fokker	74,5	74,5
Gist Brocades	205	204
Océ-v. d. Grinten	345	343
Hagemeijer	66,5	65
Heineken Bierbr.	151	150
KLM	60,7	60,8
Hoogoven Kon.	63,7	63,4
Nationale Ned.	76,4	75,5
Ned. Lloyd Groep	161,5	160,3
Ommeren van	30	30,1
Pakhoed	63,7	63,5
Philips	51,2	52,9
Rijn-Schelde	12,8	12,6
Robeco	77,6	77,3
Rolinco	71,3	71,1
Royal Dutch	199,4	201,4
Credit Lyonnais Bk.N	104	100
Unilever	365,7	366,2
Ver. Masch.	220	212
Volker Stevin	33,6	33,7
Westland Utr. Hyp.	102,5	100,7
Index: ANP/CBS	250,20	251,90

Wien

	8.7.	5.7.
Creditanst.-Bkv.Vz.	350	360
Gösser-Brauerei	510	520
Länderbank Vz.	345	353
Österr. Brau AG	502	500
Perlmooser	582	585
Reininghaus	834	849
Schwechater Br.	320	321
Semperit	95	100
Steyr-Daimler-P.	175	175
UniversaleHochTief	271	268
Veitscher Magnesit	552	545
Index	98,05	100,80

Tokio

	8.7.	5.7.
Alps.	1520	1570
Bank of Tokyo	880	817
Banyo Pharma	750	765
Bridgestone Tire	568	579
Canon	1140	1160
Daikin Kogyo	650	644
Daiwa House	721	689
Daiwa Sec.	1040	995
Eisai	1310	1340
Fuji Bank	1820	1750
Fuji Photo	1950	1990
Hitachi	717	725
Honda	1480	1470
Ikegai Iron	370	379
Kansai El. P.	1950	1890
Kao Soap	837	837
Kirin Brewery	701	685
Komatsu	476	482
Kubota Iron	358	361
Matsushita El. Ind.	1390	1380
Matsushita El. Wks.	785	796
Mitsubishi El.	389	395
Mitsubishi H. I.	347	328
Nikko Sec.	878	845
Nippon El.	1000	1010
Nippon St.	165	159
Nomura Sec.	1380	1360
Pioneer	1830	1830
Ricoh	947	960
Sankyo	1160	1220
Sanyo Electric	417	416
Sharp	898	905
Sony	4060	4100
Sumitomo Bank	2060	2000
Sumitomo Marine	775	751
Takeda Chem.	822	856
Teijin	468	467
Tokio Marine	983	953
Tokyo El. Power	2200	2100
Toray	491	486
Toyota Motor	1270	1270
Index	1054,01	1037,10

Kopenhagen

	8.7.	5.7.
Den Dānske Bank	346	341
Jyske Bank	740	730
Kopenh. Handelsbk.	329	322
Novo Industri	333	333
Privatbanken	324	317
Ostasiat. Komp.	225	221
Dan. Sukkerfabr.	495	485
For. Bryggener St.	950	950
Kgl. Porc. Fabr.	229	225

Zürich

	8.7.	5.7.
Alusuisse	760	750
dgl. NA	268	270
Bank Leu	3900	3920
Brown Boveri	1840	1845
Ciba Geigy Inh.	3625	3520
Ciba Geigy Part.	2850	2800
Elektr. Watt	3190	3020
Georg Fischer Inh.	940	955
Mag.z.Globus Part.	800	800
H. La Roche 1/10	9275	9175
Holderbank	725	730
Italo-Suisse	275	278
Jacobs Suchard Inh.	6675	6675
Jelmoli	2320	2275
Landis Gyr	1855	1850
Mövenpick Inh.	4650	4675
Motor Columbus	960	945
Nestlé Inh.	6900	6515
Oerlikon-Bührle	1555	1535
Sandoz NA	3175	3060
Sandoz Inh.	9100	8625
Sandoz Part.	1500	1480
Art. A. Saurer	250	250
Schw. Bankges.	4350	4335
Schw. Bankverein	473	471
Schw. Kreditanstalt	2975	2965
Schw. Rückv. Inh.	13150	12750
Schw. Volksp. Inh.	1820	1810
Sika -B-	3900	3750
Gebr. Sulzer Part.	415	420
Swissair	1365	1365
dgl. NA	1095	1090
Winterthur Inh.	5460	5425
Winterthur Part.	4525	4525
Zür. Vers. Inh.	5650	5525
Index: Schw. Kred.	389,80	387,50

Brüssel

	8.7.	5.7.
Arbed	1695	1710
Brux. Lambert	1910	1900
Cockerill Ougrée	225	226
Ebes	2970	2975
Gevaert	3900	3875
Kreditbank	–	8900
Pétrofina	5710	5700
Soc. Gén. d. Belg.	1835	1820
Sofina	7290	7270
Solvay	4395	4400
UCB	5250	5230
Index	2342,31	2357,76

Madrid

	8.7.	5.7.
Banco de Bilbao	355	355
Banco Central	320	320
Banco Popular	346	350
Banco de Santander	346	346
Banco de Vizcaya	444	444
Const. Aux. Ferro	107	107,5
Cros	47,5	45
Dragados	144,5	138
El Aguila	170	165
Esp. del Zink	300	–
Fasa Renault	68,5	–
Esp. Petroleos	142,25	135,5
Union Fenix	650	660
Fecsa	66,75	63,25
Hidroelectr. Esp.	79	75,5
Huarte	97	90
Iberduero	94,75	90,5
Macosa	46	44
Papelera	38	–
Seda de Barcelona	232	250
Sevillana de El.	76,5	73
Telefonica	127,25	119,5
Union Electrica	75	60
Explosivos RT	44	41,75
Urbis	55	53
Vallehermosa	57	55,5
Index	110,62	108,43

Hongkong

	8.7.	5.7.
China Light + P.	15,3	15,6
Hongkong Land	5,65	5,7
Hongk. + Sh. Bk.	7,85	7,6
Hongk. Teleph.	89	88,5
Hutch. Whampoa	25,2	25,4
Jard Matheson	11,1	11,1
Swire Pac. + A +	24,1	24,1
Wheelock + A +	–	7,25

Singapur

	8.7.	5.7.
Cycle + Car.	5,18	–
Cold Storage	2,47	2,49
Dev. Bk. of Sing.	5,35	5,45
Fraser + Neave	4,94	5
Kl. Kepong	–	–
Mal. Banking	5,35	5,3
Nat. Iron	2,55	2,4
OCBC	8,6	8,6
Sime Darby	1,86	1,89
Singapur Land	2,58	2,65
Un. Overs. Bank	3,8	3,76

Paris

	8.7.	5.7.
Air Liquide	–	695
Alsthom Atlant.	295,1	295,1
Beghin-Say	270	270
BSN-Gerv.-Danone	2300	2320
Carrefour	2015	2040
Club Méditerranée	527	529
CSF Thomson	510	512
Elf-Aquitaine	195,8	200,1
France Petrol B	215	222,1
Hachette	1470	1470
Imetal	97,9	101,3
Lafarge	493	488
Lafayette	626	626
Locafrance	422	423
L'Oréal	2382	2390
Machines Bull	42,2	43
Michelin	1198	1180
Moët-Hennessy	1981	1975
Moulinex	88,4	89
Penarroya	85,1	86,5
Pernod-Ricard	715	717
Perrier (Source)	529	534
Peugeot-Citroën	371,2	370
Printemps	270	272,5
Radio Techn.	280	280
Redoute à Roubaix	1310	1270
Schneider	3625	3625
Sommer Allibert	540	535
Usinor	6,5	–
Index: INSEE	119,00	120,20

Sydney

	8.7.	5.7.
ACI	2,65	2,61
Ampol. Explor.	2,52	2,45
Bridge Oil	2,55	2,42
Brok. Hill. Prop.	6,54	6,42
Coles	3,85	4
CRA	6,06	5,98
CSR (Thelss)	3,06	2,98
Metals Expl.	0,47	0,47
MIM-Holdings	2,85	2,8
Myer Emporium	2,78	2,58
North Broken Hill	2,33	2,3
Oakbridge	1,05	1,04
Peko Wallsend	4,1	4,1
Poseidon	3,45	3,4
Thomas Nat. Tr.	2,12	2,08
Waltons Bond	0,37	–
Westpacific Banking	4,42	4,26
Western Mining	3,92	3,82
Woodside Petr.	1,41	1,4
Index	897,10	882,20

Optionshandel

Frankfurt: 5.7.85
3201 Optionen = 162 200 (125 600) Aktien,
Davon 369 Verkaufsoptionen = 18 650 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-120/22, 10-130/18, 10-140/12,2, 1-130/23,2, 1-140/17,2, 4-170/10, **BASF** 10-191/49, 10-201/40, 10-211/30, 1-211/36, 1-220/34, 1-230/30, 1-240/24,20, 4-280/17, **Bayer** 10-111/29, 10-140/12,90, 10-191/50, 1-221/35, 1-230/32, 1-250/20,8, 4-270/26, **BBC** 10-240/20, **BHF** 10-350/15, **Bayer. Hypo** 10-350/40, **Commerzbk.** 10-191,75/45, 10-200/41, 10-210/36, 1-200/45, 1-220/25, 1-230/20,8, 4-240/22, 4-250/17,4, **Conti** 10-150/19, 10-180/11,4, 1-170/14,2, 1-180/13, 4-170/22,2, **Daimler** 10-689,5/230, 10-709,5/206, 10-719,5/200, 1-939,5/81, 1-950/65, 4-950/100, 4-1000/60, **Dt. Babcock St.** 10-170/10, 1-170/20, **Deutsche Bk.** 10-650/19,8, 1-500/128,25, 1-510/125, **Dresdner Bk.** 10-212,5/60,5, 10-220,5/51,25, 10-232,5/43, 1-230/56,25, 1-240/41, 1-250/32,5, 4-270/30, 4-290/20, **GHH St.** 10-170/14,5, 1-180/15, **GHH Vz.** 1-160/17, **Hoechst** 10-211/38, 10-220/27, 10-221/26, 1-231/29, 1-280/148, 1-270/10, **Hoesch** 10-110/20, 10-120/7,9, 1-120/19, 1-130/10, 4-120/26, 4-130/14, 4-140/11 **Karstadt** 10-260/12, **Kaufhof** 10-260/15, **Klöckner** 10-70/6,6, 10-75/5, 10-80/3, 4-70/14, **Lufthansa St.** 10-210/22,8, 10-230/14, **Lufthansa Vz.** 10-230/12,4, **MAN** 10-180/11, **Mercedes** 1-800/71,25, **Metallges.** 1-270/40, **Mannesmann** 10-170/41, 10-180/32, 10-190/25, 10-200/20, 10-206/14, 10-210/11,5, 10-216/10, 10-220/8,85, 10-230/6, **Nixdorf** 1-620/50, **Preussag** 1-3/42, **RWE St.** 10-170/22, 10-180/15,4, 10-200/9, 4-210/20, **RWE Vz.** 10-170/14, 10-190/6, **Schering** [illegible] 563,3/45, 10-570/41, 10-580/40, 10-590/31, 10-600/28, 4-690/16, **Thyssen** 10-90/33, 10-100/20, 10-108,25/15,1, 10-110/15, 4-120/17, 4-130/13,5, 4-140/11,5, **Varta** 1-240/31, **Veba** 10-180/52, 10-190/45, 10-200/38, 4-230/22, 4-240/17, **VEW** 10-120/21, 10-140/7,5, **VW** 10-245/11,25, 10-270/80, 10-280/72, 10-290/67, 4-370/58, 4-390/40, 4-400/38, **Alcan** 1-75/10, **Chrysler** 10-130/2,2, **Elf** 10-70/4,4, **IBM** 1-400/30,8, **Norsk Hydro** 10-35/3,8, **Philips** 10-50/3,8, 4-55/5,8, **Sperry** 10-160/15, **Xerox** 10-160/17, **Verkaufsoptionen:** **AEG** 10-130/3, 10-140/5,8, 4-130/6, 4-140/10, **BASF** 10-220/1,9, **Bayer** 10-230/4, **BMW** 10-400/3, 10-420/8, **Commerzbk.** 10-210/7,4, 10-220/8, **Conti** 10-16/4, 1-150/4,8, **Daimler** 10-850/5, **Deutsche Bk.** 10-560/7,6, 10-570/8,5, **Dresdner Bk.** 1-230/3, 1-230/6, **Hoechst** 10-220/1,9, **Hoesch** 10-110/2, **Karstadt** 10-230/6, **Klöckner** 10-70/3, **Linde** 10-530/10, **Metallges.** 10-280/5,5, **Mannesmann** 10-190/3, 10-200/7, **Nixdorf** 10-560/10, **Kali+Salz** 1-290/5, **Siemens** 10-550/4, **Thyssen** 10-110/1, 10-120/5, **Veba** 10-210/3, **VW** 10-290/2, 10-310/4,5, 10-320/6,5, **Chrysler** 1-110/6, **Philips** 10-50/3,4

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 7. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7½–7¾	5⅛–5⅜	4⅞–5⅛
3 Monate	7⅝–7⅞	5¼–5½	5 –5⅛
6 Monate	7¾–7⅞	5¼–5½	5⅛–5¼
12 Monate	8 –8¼	5⅜–5⅝	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. 7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1450,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1270,00	1535,45
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	684,00
1 £ Sovereign alt	217,25	270,47
1 £ Sovereign Elizabeth II.	214,00	268,76
20 belgische Franken	166,25	218,03
10 Rubel Tscherwonez	225,00	283,86
2 südafrikanische Rand	210,75	261,92
Krüger Rand, neu	949,50	1122,33
Maple Leaf	954,25	1127,75
Platin Noble Man	853,00	955,89
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	219,00	278,16
20 schweiz. Franken „Vreneli"	170,00	222,30
20 franz. Franken „Napoléon"	168,00	220,02
100 österr. Kronen (Neuprägung)	879,25	1066,19
20 österr. Kronen (Neuprägung)	174,75	222,02
10 österr. Kronen (Neuprägung)	90,75	120,56
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	409,25	500,75
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	95,75	131,96

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

5. 8. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	3,0023	3,0103	2,9887	2,95	3,05
London¹)	3,991	4,005	3,919	3,92	4,07
Dublin¹)	3,129	3,143	3,093	3,05	3,20
Montreal³)	2,2307	2,2387	2,1922	2,17	2,27
Amsterd.	88,640	88,840	88,435	88,00	89,75
Zürich	119,265	119,465	119,370	118,00	120,75
Brüssel	4,951	4,971	4,919	4,85	5,05
Paris	32,765	32,925	32,415	32,00	33,75
Kopenh.	27,810	27,930	27,570	27,00	28,75
Oslo	34,700	34,820	34,070	34,00	35,75
Stockh.**)	34,625	34,785	33,710	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5625	1,5725	1,5320	1,52	1,62
Wien	14,213	14,253	14,186	14,13	14,39
Madrid**)	1,745	1,755	1,707	1,70	1,82
Lissabon**)	1,735	1,755	1,635	1,35	2,15
Tokio	1,2185	1,2215	–	1,18	1,24
Helsinki	48,065	48,265	47,175	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,211	2,265	–	1,75	2,55
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0305	2,0495	–	1,95	2,06
Johannesbg.*)	1,518	1,537	–	1,15	1,40

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.

Devisenmärkte

Nach den aus amerikanischer Sicht enttäuschenden Daten zur Arbeitsmarktentwicklung fiel der US-Dollar bereits am Freitag zurück und notierte amtlich am 8. 7. nur noch mit 3,0063. Dies ist die niedrigste Notiz seit dem 19. Juli. Am Morgen wurde die Marke von 3 DM erreicht. Wie sooft in den letzten Wochen genügte jedoch relativ geringe Nachfrage um den Kurs etwas ansteigen zu lassen. Das Tageshoch wurde bei 3,0120 registriert. Weiterhin favorisiert wurde das englische Pfund. Erstmals seit September 1983 wurde mit 4,001 ein Kurs jenseits von 4 DM erreicht. US-Dollar in: Amsterdam 3,3885; Brüssel 60,6275; Paris 9,1550; Mailand 1919,10; Wien 21,1270; Zürich 2,5185; Ir. Pfund/DM 3,135; Pfund/Dollar 1,3309; Pfund/DM 4,001.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 8. Juli: In D-Mark 2,25219 (Parität 2,24184); in Dollar 0,748732 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 8. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Schwächere Dollar-Depots führten zu Wochenbeginn zu einer Verringerung der Termin-Abschläge gegen D-Mark.

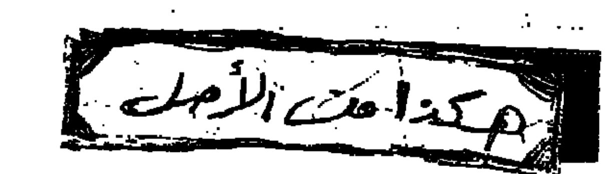
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,72/0,62	1,91/1,81	3,65/3,45
Pfund/Dollar	0,60/0,58	1,52/1,49	2,72/2,67
Pfund/DM	3,30/1,90	7,80/6,20	13,3/11,9
FF/DM	23/7	51/35	93/77

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 7.: Tagesgeld 5,30–5,40 Prozent; Monatsgeld 5,40–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 7.: 10 bis 29 Tage 4,056 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,056 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 8. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. **Bundesobligationen** [illegible]



Renten weiter gesucht

Wenn sich auch der deutsche Rentenmarkt weitgehend von der Tagesentwicklung der US-Bonds freigeschwommen hat, so wirkte die Bondstendenz am Wochenende nachträglich anregend, zumal davon ausgegangen wird, daß in den USA der Druck auf die Zinsen anhalten wird. Öffentliche Anleihen wurden heraufgesetzt, obwohl das Volumen der Auslandskaufaufträge zu schrumpfen schien. Bei den Pfandbriefen gaben die Renditen weiter leicht nach. Im Bereich der 10jährigen Laufzeit liegen sie im Handel unter Banken nur noch bei 7,10 Prozent.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Unverändert schlossen am Mittwoch die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leichte Gewinne bei Silber; fester notierte Kupfer. Während Kaffee Abschläge hinnehmen mußte, wurde Kakao höher bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

„Wir hatten in Deutschland lange kein Tennis-Idol, vielleicht werde ich es“

C. GEISSMAR/DW. London

11,19 Millionen Zuschauer (31 Prozent aller Haushalte mit Fernsehgerät) sahen in der Bundesrepublik Deutschland die Live-Übertragung des Triumphes von Boris Becker im Finale des Tennis-Turniers von Wimbledon (6:3, 6:7, 7:6, 6:4 über Kevin Curren). Rund eine Milliarde Menschen, so die Schätzungen, haben weltweit das Spiel gesehen – sogar das sowjetische Fernsehen übertrug es in voller Länge. Boris Becker macht dicke Schlagzeilen. Aber was sagt er selbst? Das folgende Frage-und-Antwort-Spiel ist eine Zusammenstellung aus einer internationalen Pressekonferenz und einem Gespräch mit deutschen Journalisten.

Frage: Boris, wirst du der größte Spieler aller Zeiten werden?

Becker: Ich glaube, es ist noch ein bißchen zu früh, davon zu sprechen. Das war mein erster Wimbledon-Sieg, und ich hoffe, es war nicht der letzte.

Frage: Willst du jetzt auch McEnroe schlagen?

Becker: Ich habe ihn bisher noch nicht geschlagen, und ich glaube weiterhin, daß er die Nummer eins der Welt ist.

Frage: Franz Beckenbauer wird in Deutschland „Kaiser“ genannt, wie werden sie dich nennen?

Becker: Ich habe keine Ahnung.

Frage: Macht es dir Spaß, dich beim Tennisspielen wie ein Fußballspieler dreckig zu machen?

Becker: Das ist eben mein Stil. Wenn man hechtet, dann wird man eben schmutzig.

Frage: Hast du nach deinem ersten Grand-Prix-Sieg (vor drei Wochen im Londoner Queens Club) schon geglaubt, du könntest auch in Wimbledon gewinnen.

Becker: Nein.

Frage: Kannst du die anderen großen Spieler auch auf Aschenplätzen schlagen, oder mußt du deine Technik dafür ändern?

Becker: Ich war schon in Rom ziemlich erfolgreich. Dort war ich im Viertelfinale. Und schließlich habe ich in Leimen auf Asche gelernt.

Frage: Wie willst du denn das viele Geld ausgeben?

Becker: Ich habe gar keine Ahnung, wieviel ich gewonnen habe. (Lachender Zuruf der Journalisten: 520 000 Mark).

Becker: Das ist aber eine Menge.

Frage: Was bedeutet dein Sieg für Deutschland?

Becker: Ich bin der erste Deutsche, der gewonnen hat, und das bedeutet etwas für das deutsche Tennis. Wir hatten in Deutschland kein Tennis-Idol mehr, vielleicht werde ich es nun.

Frage: Was sind deine nächsten großen Ziele?

Becker: Mein nächstes Turnier ist in Indianapolis. Da will ich erst einmal die erste Runde überstehen. Und dann kommt der Davis-Cup gegen die USA in Hamburg.

Frage: Du warst so selbstsicher, haben denn nie die Nerven geflattert?

Becker: Ich bin ein normaler Mensch und habe wie jeder normale Mensch Gefühle. Aber vielleicht zeige ich sie nicht so.

Frage: Ist dir wirklich schon klar, daß du Tennis-Geschichte gemacht hast?

Becker: Vielleicht wache ich morgen früh auf und denke: Es war alles nur ein Traum ...

Frage: Hast du während des Spiels am Sieg gezweifelt?

Becker: Ich hatte fast ständig die besseren Chancen, Curren den Aufschlag abzunehmen, und das gibt Selbstvertrauen.

Frage: Wie ist deine Leistungsexplosion überhaupt möglich?

Becker: Wir haben sehr hart gearbeitet.

Frage: Welchen Anteil haben Bosch und Tiriac an diesem Sieg?

Becker: Ohne die beiden wäre das alles nicht möglich gewesen. Normalerweise hat man ja nur einen Vater. Aber ich habe jetzt mehrere Väter.

Frage: Und was ist das für ein Gefühl, nun alles geschafft zu haben?

Becker: Ich bin einer der glücklichsten Männer der Welt.

Frage: Warum fährst du nicht gleich zurück nach Leimen?

Becker: Ich hatte so viel Trubel, und da bin ich froh, mal eine Woche Ruhe zu haben.

Frage: In Deutschland ist man ein bißchen enttäuscht, wenn du nicht kommst.

Becker: Irgendwann werde ich ja kommen.

Frage: Willst du dich von Leimen und der Vergangenheit lösen?

Becker: Völliger Unsinn. Ich bin in Leimen geboren, und ich bleibe Leimener, bis ich sterbe.

Frage: Was haben denn die Eltern gesagt?

Becker: Die waren sehr glücklich.

Frage: Und was sagt deine Freundin?

Becker: Ich habe keine Freundin.

Frage: Was hat dir denn unmittelbar nach dem Sieg der Mann am Schiedsrichterstuhl zugeflüstert?

Becker: Der hat mir gesagt, wo ich hingehen soll und was ich machen muß. Ich hatte das ja vorher noch nie gemacht.

Frage: Wie waren denn die letzten Sekunden, bevor du vor dem Spiel auf dem Centre Court herauskamst?

Becker: Da ist man in so einem Vorraum, und da wird einem mitgeteilt, daß der Herzog von Kent in der königlichen Loge sitzt und daß man sich verknicksen soll (Becker meinte verbeugen).

Frage: Curren hat dir nach dem Endspiel ausdrücklich bestätigt, daß du ein fairer Spieler bist, was sagst du über ihn?

Becker: Genau dasselbe.

*

Und das sagen andere über Becker, der nach seinem Sieg in Wimbledon von Platz 20 der Computer-Weltrangliste auf Rang acht sprang (oben blieb weiter McEnroe vor Lendl):

„Libération“ (Frankreich): „Das Finale hat einen Überbegabten geboren. Becker scheint nur Qualitäten zu haben. Aber es ist zu früh zu sagen, wer er wirklich ist und wie die Mythologie des Tennis diesen Jungen einordnen wird.“

„Stampa Sera“ (Italien): „Wegen der schrecklichen Wucht seiner Aufschläge wird er Bumm-Bumm genannt. Aber sein Tennisspiel basiert nicht nur auf Kraft und Wucht, es hat Klasse und Stil.“

„Beeld“ (Südafrika): „Die Kraft von Boris zerstört Südafrikas Hoffnung! Becker ist eine Wagehals ohne Angst mit der Ausgelassenheit eines Jungen im Körper eines Mannes.“

„The Guardian“ (England): „Der mutige Becker, der History Boy, durchbricht alle Schranken. Er schlug Curren in einem Finale, das möglicherweise eine neue Ära im internationalen Tennis einläutet. Es hat schon bessere Endspiele gegeben, aber keine Vorstellung von solch erstaunlicher Qualität von einem Spieler mit solch begrenzter Erfahrung.“

SPRINGREITEN

Rüping – ein „richtiger Amateur“

dpa/sid, Münster

Der 14jährige Schimmelhengst Silbersee trug Michael Rüping (Itzehoe) bei den deutschen Meisterschaften der Spring- und Dressurreiter in Münster zum ersten Titelgewinn. Mit zwei Null-Runden am Finaltag fing der 34 Jahre alte Arzt mit 2,85 Punkten Paul Schockemöhle auf Deister (5,25 Punkte) und Franke Sloothaak auf Walido (8,00 Punkte) noch ab.

Rüping dürfte neben Schockemöhle und Sloothaak bei der Europameisterschaft der Springreiter Ende Juli im französischen Dinard vertreten sein. Gute Karten für Dinard besitzen auch Weltmeister Norbert Koof, den sein Wallach Fire auf den vierten Platz (10,30 Punkte) trug, sowie Peter Luther mit Livius (sechster Rang mit 13,10 Punkten).

Vor 15 Monaten galt Michael Rüping als sicherster Olympiakandidat unter den deutschen Springreitern. Seine Pferde Caletto und Silbersee waren erstklassig. Am Ende fand Olympia ohne ihn statt: Die Pferde waren verletzt, außer Form, übertrainiert. Vor einem Jahr in Aachen schwor sich Rüping: „Das passiert mir nicht noch einmal.“ Deshalb wird der 1,91 m große Holsteiner Reiter, der auf der Westerholtschen Wiese in Münster seinen bisher größten sportlichen Erfolg feierte, auch nicht am Wochenende mit den anderen deutschen Olympiakandidaten am englischen Traditionsturnier in Hickstead teilnehmen: „Für Silbersee ist es besser, wenn er jetzt ein, zwei Wochen lang Ruhe bekommt.“

Michael Rüping, Assistenzarzt in einer Hamburger Klinik, betrachtet sich als „richtigen Amateur“, auch wenn er die großzügige Förderung des Verbandes der Züchter des Holsteiner Pferdes genießt. Reiten ist für ihn ein sportlicher Ausgleich: „Auch wenn ich dabei natürlich voll gefordert werde und sehr viel Zeit drauf geht.“ Manchmal kommt auch die Familie etwas zu kurz. Jüngst wurde er während eines Turniers zum zweiten Mal Vater.

Lokalmatador Reiner Klimke, Doppel-Olympiasieger von Los Angeles, sicherte sich in Münster mit 1536 Punkten überlegen den siebten deutschen Meistertitel im Dressurreiten. Nach seiner sicheren Vorstellung zählt der Rechtsanwalt zu den heißen Favoriten für die Europameisterschaften im August in Kopenhagen. Hinter Klimke wurde Uwe Sauer wie im Vorjahr Zweiter.

TENNIS / Die Jagd der Reporter nach dem Sieg

Vor der Königs-Loge bekam auch Becker fast noch weiche Knie

H.-J. POHMANN, London

Ehemalige Tennis-Größen wie John Newcombe und Arthur Ashe hatten von Anfang an John McEnroe zu ihrem Favoriten erklärt. Als der gegen Kevin Curren ausschied, hieß sein Tip Jimmy Connors. Auch an dieser Stelle war vor 14 Tagen zu lesen: „John McEnroe wird wohl nicht zu stoppen sein.“

Alle hatten sie falsch gelegen. Als Wimbledonsieger Boris Becker 45 Minuten nach Spielende zur Pressekonferenz erschien, wähnten sich auch die deutschen Journalisten wie im Traum. Leicht und locker tänzelte der 17jährige mit Beifall empfangen an sein Pult und trank erst einmal eine Cola. Manager Ion Tiriac quetschte sich in die erste Reihe des überfüllten Interviewraums, Coach Günter Bosch gar konnte nur durch einen Türspalt das Frage-und-Antwort-Spiel miterleben.

Immer noch nicht schien Becker erfaßt zu haben, was er soeben auf dem Centre Court geleistet hatte. Unfaßbar, mit welcher Konzentration er auch im Finale kritische Situationen gemeistert hatte. Denn im Gegensatz zu den vorhergegangenen Spielen war er es, der ständig Chancen hatte, das Match frühzeitig zu entscheiden. Breakbälle im zweiten Satz, den er dann abgeben mußte. Vier Satzbälle für sich im dritten Durchgang und ein erneuter Tiebreak, den er gewann.

Dann der vierte entscheidende Satz, in dem Becker wirklich großes Tennis spielte. Von oben herunter diktierte er das Spiel, servierte immer dann Asse, wenn er sie benötigte, und demonstrierte Schläge, die an die großen Australier wie Rod Laver oder John Newcombe erinnerten. Technische Schwächen hat der sich in den 14 Wimbledon-Tagen ständig verbessernde Becker so gut wie nicht mehr. Was zu steigern wäre, ist die Stabilisierung der vorhandenen Fähigkeiten, seine Taktik und die Beweglichkeit.

„Vielleicht werde ich in Deutschland ein Idol für die Tennis-Jugend“, meinte er auf der Pressekonferenz. Er, der selbst noch in der Jugend-Konkurrenz in Wimbledon hätte starten können.

Unbekümmert plauderte Becker vor den Journalisten. Gefragt, was denn die Herzogin von Kent zu ihm auf dem Platz während der Siegerehrung sagte, erwiderte Becker: „Die Frau hat nachgefragt ...“ Oder: „Zum erstenmal hatte ich wirklich weiche Knie, als ich vor der königlichen Loge knicksen mußte.“ Selbst die Fernseh- und Hörfunkinterviews für NBC, BBC, Channel 9 aus Australien, ZDF und ARD absolvierte er in der Manier eines Profis.

Trotzdem stand Manager Ion Tiriac stets parat, um eventuelle, ins Privatleben gehende Fragen sofort abzublocken. Er war der eigentliche zweite Sieger. Sogar der größte Promoter der Branche, McCormack, entbot ihm seine Anerkennung: „Gratuliere dir zu deinem Schützling“.

Am Ende wurde es dann für den ehemaligen Weltklassespieler, der als Manager schon Guillermo Vilas in die Weltspitze brachte, kritisch. Für kurze Zeit schien der ansonsten kühle Rumäne die Übersicht zu verlieren. Zuerst galt es, ein improvisiertes Gespräch im Hotel „Gloucester“ für die deutschen Journalisten und Fotografen mit Becker um 20.15 Uhr zu organisieren. Mit Schweißperlen auf der Stirn ruderte Tiriac herum, denn für 21 Uhr waren die offiziellen Wimbledon-Limousinen bestellt, die Becker zum traditionellen Diner ins „Grand Savoy“ chauffieren sollten. Derweil warteten an die 100 Schaulustige in der Hotel-Lobby, die den neuen Champion noch einmal bewundern und ablichten wollten.

Was war das für ein Schnappschuß, als um 21.05 Uhr der frischgekürte Wimbledon-Sieger mit vorsorglich neu gekauftem Smoking zwischen seinen Eltern, seiner Schwester und Tiriac vor den acht Fahrstühlen im Hotel posierte. Blitzlichter von allen Seiten, selbst Vater Heinz und Mutter Elvira mußten ihren Kommentar ins Mikrophon vom eiligst eingeflogenen Radio-Luxemburg-Reporter abgeben.

Etwas abseits stand nur der Sportdirektor des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), Günter Sanders. Der wird wohl an den kommenden Davis-Cup im August gegen die USA gedacht haben. Und gleichzeitig hoffen, daß Tiriac nicht die Startforderung für seinen Schützling erhöht. Einen Team-Sponsor hat der DTB immerhin gefunden, die BASF. Beschafft hat diesen Tiriac, der auch schon den Vordenker für den Verband gespielt hat. „Man könnte doch jetzt auch den Davis-Cup auf dem alten HSV-Platz am Hamburger Rothenbaum auf einer Riesenleinwand übertragen.“

Für Becker gilt es jetzt erst einmal alles zu realisieren und zu verkraften, was geschah und noch auf ihn zukommen wird. Zum Träumen bleibt wohl aber keine Zeit, denn die Jagd auf den jüngsten Wimbledon-Sieger der Geschichte hat längst begonnen.

Gestern nachmittag wollte Becker für einige Tage nach Monte Carlo fliegen und dort im Appartement von Vilas wohnen. Viel Ruhe wird ihm wohl nicht bleiben, denn die Reporter sind schon unterwegs. Es gilt, nun die Lebensgeschichte eines 17jährigen nachzuzeichnen. Koste es, was es wolle ...

GALOPP / Der erfolgreiche Weg des Jockeys Andreas Tylicki – Interview mit Walther-Johann Jacobs



Im 116. Deutschen Galopp-Derby vorn: Andreas Tylicki (27) auf Acatenango. FOTO: DPA

Zu große Überlegenheit? „Ich kann sie gut ertragen“

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

Nach Surumu (1977) und Lagunas (1984) hat das Gestüt Fährhof mit Acatenango nun seinen dritten Derby-Sieger hervorgebracht. Am Morgen nach dem jüngsten Derby-Triumph sprach die WELT mit Fährhofs Besitzer Walther-Johann Jacobs (78).

WELT: Jetzt haben Sie in zwei Jahren zweimal das Derby gewonnen und besitzen mit Abary das wohl beste Pferd in der Grand-Prix-Klasse. Wird die Überlegenheit der Fährhofer Pferde nicht allmählich schon beängstigend?

Jacobs: Als im deutschen Turf jahrzehntelang das Gestüt Schlenderhan dominierte, hat auch keiner danach gefragt. Ich kann es gut ertragen.

WELT: Was ging in Ihnen vor, als Sie Lirung und Acatenango im Derby weit vor dem Rest um den letzten Bogen kommen sahen?

Jacobs: Das war natürlich ein sehr gutes Gefühl. Ich habe mich gewundert, daß der Acatenango das Tempo von Lirung so gut mitgehen konnte. Als er Lirung immer näher kam, sah ich dessen Niederlage bald kommen. Nach dem Sieg mußte ich dann sofort an Acatenangos Vater Surumu, meinen ersten Derby-Sieger, denken.

WELT: Da wird wohl jetzt die Deck-Taxe drastisch erhöht?

Jacobs: Die werden wir anheben. So in etwa auf das Nebos-Niveau, also ungefähr 15 000 Mark pro Sprung.

WELT: Sie haben Ihre Pferde vor dem Derby aus dem Rennstall geholt und im Gestüt versteckt. War das Ihre Idee?

Jacobs: Ja, aber sie war nicht neu. Wir haben das schon zweimal gemacht. Im Vorjahr schliefen wir in einer Wohnung über dem Stall und hörten, wie plötzlich ein Wagen vorfuhr und jemand sagte: „Da brennt ja Licht.“ Unsere Maßnahme war also schon in Ordnung. Für 1986 werden wir uns für etwas Neues einfallen lassen.

WELT: Acatenango ist nach einem Vulkan in Guatemala benannt. Kennen Sie den Berg?

Jacobs: Ich war schon mal dort. Der Vulkan ist aber ruhig geworden.

WELT: Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, durchaus Ihrem Bekanntenkreis zuzuordnen, soll im Derby den späteren Zweiten, Pontiac, gewettet haben. Wundert Sie das nicht?

Jacobs: Ich wundere mich schon. Es muß wohl etwas mit dem Jockey zu tun gehabt haben.

Der Morgen nach dem Derby-Sieg: Um sechs klingelte der Wecker

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

Bescheiden, fast unbemerkt stand Irene Tylicki 30 Minuten nach dem Sieg des Hengstes Acatenango mit Jockey Andreas Tylicki (28) im 116. Deutschen Derby auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn im Waagegebäude. Auf dem Arm das zweijährige Töchterchen Madeleine. Nach unzähligen Interviews erblickte der Jockey Frau und Tochter, und es gab die übliche Umarmung. Mit Tränen in den Augen teilte er der Kleinen mit: „Hat Papi gerade Derby gewonnen.“ Die Kleine mit den großen blauen Augen wollte aber nur wissen: „Kommt Papi jetzt nach Hause?“

Andreas Tylicki: Ein Name, der bis zum Herbst 1980 in Deutschland so gut wie unbekannt war. Bis der Trainer Wilfried Schütz aus Iffezheim sich nach Wien begab, er suchte für seinen Stall einen neuen Jockey. Schütz: „Ich habe Tylicki gesehen. Mir gefiel sofort sein effektiver Reitstil. Der Junge war bescheiden und ist es auch geblieben. Der hebt nicht ab, auch nicht nach dem Derby-Sieg.“ Für Trainer Schütz gewann der aus Polen stammende Reiter 1981 in München-Riem den Hertie-Preis, dann wurde er an den Champion-Stall von Trainer Heinz Jentzsch nach Köln engagiert. Ewald Meyer zu Düte, der Gestütsleiter von Schlenderhan, wollte den kleinen Polen unbedingt haben. Bereits 1982 saß Tylicki dann auf Ataxerxes, dem Schlenderhaner Sieger im Preis von Europa. Stalljockey Georg Bocskai hatte sich für Sharp End entschieden und wurde Letzter.

Tylicki gewöhnte sich schnell an die neue Umgebung. Auch an die Möglichkeiten abendlicher Unterhaltung in rheinischen Gefilden. Im Kölner Karneval hat er dann seine Frau kennengelernt. Sie stammt aus Hamburg und hat polnische Eltern. Auf der Rennbahn hält sie sich (im Gegensatz zu vielen anderen Trainer- und Jockeygefährtinnen) dezent zurück: „Ich finde es eigentlich albern, wenn mein Mann gewinnt und man mir gratuliert.“

Seelenruhig saß Andreas Tylicki vor dem Derby auf seiner schlichten Holzkiste in der Jockey-Stube der Hamburger Rennbahn. Tylicki: „Ich bin ein ruhiger Mensch. Aber ich hatte großes Vertrauen zu Acatenango und zu mir. Der Rennverlauf war ideal. Ich war auch immer froh, daß sich Georg Bocskai so schnell für Lirung entschieden hatte.“ Tylicki kam in die angenehme Situation, die zweite Jockeys am Stall von Trainer Heinz Jentzsch schon häufiger nutzen konnten. Von sechs Derby-Siegern wurde nur Lagunas 1984 vom ersten Jockey geritten, das war allerdings Georg Bocskai, der sich diesmal falsch entschied. Besitzer Walther Jacobs tröstete ihn: „Mit Lirung können Sie noch viele Rennen zwischen 1600 und 2000 m gewinnen.“ Jacobs spielt auch mit dem Gedanken, Bocskai am Sonntag in Saint Cloud in Frankreich den Grand Prix-Galopper Abary anzuvertrauen, obwohl möglicherweise mit Freddy Head ein Jockey der französischen Spitzenklasse zur Verfügung stünde.

Andreas Tylicki und seine Ehefrau genossen am Abend des Derby-Sieges das Diner im Hotel Atlantic, sie lauschten der Derby-Rede von Walther Jacobs, der sie wegen des Lagunas-Erfolges von 1984 halten durfte und das 1986 wiederholen muß, weil Acatenango gewonnen hat. Erfolgstrainer Heinz Jentzsch, im Derby auf den Plätzen eins bis drei vertreten, war derweil schon wieder nach Hause gefahren. Um 2.40 Uhr kam er in Köln an, und fünf Minuten nach fünf Uhr rasselte gnadenlos der Wecker. Wenig später stand der Mann, der sechs Derbys gewonnen hat, wieder in seinem Stall. Er lud sein Team zu einem bescheidenen Frühstück in die Rennbahnkantine ein. 1967 war ein gleicher Erfolg Sven von Mitzlaff gelungen: Luciano, Norfolk und Presto hießen die drei Erstplazierten des Derbys.

Der Mitzlaff-Schützling Kamiros hatte diesmal keine Chance, der monatelang als Derby-Favorit gehandelte Hengst wurde nur Zehnter. Die größte sportliche Überraschung war der vierte Platz des 236:10-Außenseiters Cassis mit Peter Remmert, nur einen Rang dahinter folgte mit dem Japaner Yukio Okabe auf Ordensadler ein weiteres unerwartetes Paar. Letzter im Feld der 17 Pferde wurde König Karol. Dessen Trainer Wilfried Schütz, Entdecker des Derby-Siegjockeys Andreas Tylicki, blieb nur der Trost: „Er hat wenigstens keine unnötige Schläge von seinem Jockey bekommen.“

Erfreulich fiel die Bilanz des siebentägigen Derby-Meetings aus. 8,57 Millionen Mark wurden an den Wettschaltern umgesetzt, allein 1 148 325 Mark im Derby, das zum zweiten Mal von IBM gesponsort wurde. Der dem traditionsreichen Rennen deshalb zugeordnete Untertitel IBM PC Pokal ist allerdings wenig publikumswirksam und wurde entsprechend dürftig auch in den Medien genannt. Die Holsten-Brauerei mit dem Jockey-Europa-Cup und der Kreditkartenanbieter American Express mit dem neuen Sprinter-Preis waren da in einer wesentlich besseren Situation. Trotz des Sieges von Acatenango war aber am Schlußtag des Meetings ein Mann Gesprächstoff Nummer eins: Auch auf der Derby-Bahn von Hamburg-Horn Boris Becker.

NACHRICHTEN

Olympia mit Profis?

London (dpa) – Die besten Tennisspieler der Welt sollten nach Ansicht des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, an den Olympischen Spielen teilnehmen dürfen. Eine Entscheidung über die Zulassungsbestimmungen für Profis steht allerdings erst im nächsten Jahr an.

Zehnkampf: 8559 Punkte

Birmingham/Budapest (dpa/sid) – Torsten Voss stellte mit 8559 Punkten beim Länderkampf der Mehrkämpfer zwischen der „DDR“ und der UdSSR eine Weltjahresbestleistung im Zehnkampf auf. Dem ungarischen Weitspringer Andras Szalma gelang in Budapest die hervorragende Weite von 8,30 Meter. Das ist europäische Jahresbestleistung. Szalma ist bereits 30 Jahre alt.

Langer auf Platz drei

Paris (sid) – Masters-Sieger Bernhard Langer (Anhausen) belegte bei den Offenen französischen Meisterschaften der Golf-Profis in Paris mit 272 Schlägen gemeinsam mit dem Argentinier Romero den dritten Platz. Die Siegprämie von 16 500 Dollar sicherte sich der Spanier Ballesteros mit 263 Schlägen.

ZAHLEN

TENNIS

Wimbledon, Mixed: Navratilova/McNamee (USA/Australien) – Smylie/Fitzgerald (Australien) 7:5, 4:6, 6:2. – Junioreneinzel: Lavalle – Velez (beide Mexiko) 6:4, 6:4. – Juniorendoppel: Moreno/Yzaga (Mexiko/Peru) – Korda/Suk (CSSR) 7:6 (7:3), 6:4. – Juniorinneneinzel: Holikova (CSSR) – Byrne (Australien) 7:5, 6:1. – Juniorinnendoppel: Field/Thompson (Australien) – Reinach/Richardson (Südafrika/Neuseeland) 6:1, 6:2. – Senioreneinzel (über 35 Jahre): Smith (USA) – Fillol (Chile) 4:6, 7:6, 7:6. – Seniorendoppel (über 35 Jahre): Dibley/Fillol (Australien/Chile) – Riessen/Stewart (USA) 6:3, 7:5.

GALOPP

Deutsches Derby in Hamburg: 1. Acatenango (Tylicki), 2. Pontiac (Eddery), 3. Lirung (Bocskai), 4. Cassis (Remmert), 5. Ordensadler (Okabe), 6. Taft, 7. Dollar Star, 8. Ephialtes, 9. Mutulus, 10. Kamiros, 11. Hydros, 12. Amerigo Vespucci, 13. Fellini, 14. El Estrado, 15. Lord Scott, 16. Burattino, 17. König Karol. – Richterspruch: überlegen 3, Hals, 9 1/2 Längen. – Zeit: 2:29,4. – Toto: Sieg 40, Platz 14, 22, 18. ZW: 320, DW: 920.

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 6, 20, 22, 27, 39, 45, Zusatzzahl: 4. – **Rennquintett:** Rennen A: 2, 4, 1. – Rennen B: 30, 29, 31. (Ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT / Piquet, Brabham, BMW – endlich wieder ein hochwertiges Formel-1-Paket

Jetzt dürfen sie nach alter Sitte wieder kräftig „Piquet“ statt „Prost“ rufen, wenn sie sich zuprosten – die Herren von Brabahm, BMW und nun auch die von Pirelli. Denn Nelson Piquet siegt wieder in der Formel 1. Und das gleich – wie am Sonntag in Le Castellet – so selbstbewußt und eindrucksvoll, als habe es beim ehemaligen Weltmeisterteam Brabham-BMW nie eine Krise gegeben. Dabei stand man 54 Wochen lang „im Eck“, wie BMW-Rennleiter Dieter Stappert die Situation bezeichnet. Warum? „Weil unser Paket als Paket nicht ging“, sagt Stappert.

Das Paket: Da ist der Fahrer (Nelson Piquet), das Auto (Brabham), der Motor (BMW) und die Reifen (Pirelli). Piquet, 32 Jahre alt, Brasilianer, zweimal Weltmeister, stand unter Druck. Team-Eigner Bernie Ecclestone hatte nämlich als Nummer zwei den Franzosen François Hesnault (29) verpflichtet. Ein junger Mann mit ausgezeichneten Umgangsformen. Auf der Rennstrecke half ihm das wenig. Gleich beim ersten Test in Rio de Janeiro drehte er sich viermal und krachte in die Drahtzäune. Was in etwa seine Standardfahrweise war. Der Mann wurde zunehmend zur Belastung für das Team, denn die Techniker erhielten vor den Rennen von ihm obendrein so gut wie keine Informationen. Teamchef Gordon Murray: „Die kompetente Information durch den zweiten Mann fehlte.“

Ein Formel-1-Team hat an einem Rennwochenende rund fünf Stunden pro Fahrer für Informationsaustausch zur Verfügung. Weil aber von Hesnault nichts kam, blieb es bei diesen fünf Stunden – und alles hing an Piquet. Nun wurde Hesnault durch den erfahrenen Schweizer Marc Surer ersetzt. Die Rechnung ging auf. Fünf Stunden Surer, fünf Stunden Piquet, das ergibt zusammen zehn Stunden Informationen für die Techniker. In Le Castellet zahlte sich das aus.

Dann war da die Sache mit dem Motor. Man hatte bei BMW ganz zweifellos Grenzen eingerissen, weil man viel Leistung brauchte, um ganz vorne mitzufahren, um wieder zu siegen. Ungefähr 850 PS war die Antwort auf das, was Porsche, Ferrari oder auch Honda vorlegten. Aber auf dieser hohen Ebene haperte es erst einmal mit der Standfestigkeit. Obendrein stand das Problem des Spritverbrauchs an. In Imola blieb der Brabham-BMW wegen Benzinmangels noch stehen, in Le Castellet hatte er nach Überquerung des Zielstrichs sogar noch 13 Liter im Tank. Das Problem war gelöst.

Schwierig war auch die Reifenfrage. Brabham hatte sich mit dem italienischen Konzern Pirelli zusammengespannt, der hervorragende Erfolge im Tourenwagensektor und im Rallyegeschehen aufzuweisen hat. Doch ein Spitzenteam in der Formel 1 mit Spitzenerzeugnissen zu versehen – das war für die Ingenieure in Mailand Neuland. Man hatte im Winter ausgiebig in südlichen Gefilden, in Rio und im südafrikanischen Kyalami getestet, auf schnellen Strecken und auf heißem Asphalt. Doch was man zumeist in den ersten Rennen dieser Saison vorfand, war weder schnell noch heiß. In Le Castellet waren die Bedingungen endlich so ähnlich.

Auch für Piquet, dessen Innenleben nach den Erfolgen seines jungen brasilianischen Landsmannes Ayrton Senna ganz schön gelitten hatte. Piquet mußte tatenlos mitansehen, wie Senna seine Karriere nachvollzog und wie sie ihn daheim in Brasilien feierten. Das hat Piquet mehr getroffen, als er jemals zugeben würde, und es hat ihn auch mehr motiviert, als er es eingesteht. Man kann wieder „Piquet“ statt „Prost“ sagen.

KLAUS BLUME

Gefallene Kinoengel

HW – Prall und bunt, spannend und kurzweilig soll sein Kino sein. Denn Eckhart Schmidt, einst als Kritiker tätig, mag keine karg bebilderten Filmpamphlete. So greift er mit der Kamera ins volle Menschenleben, läßt Gier, Gewalt und Leidenschaft die Zügel schießen. Ein Trivialfilmer möchte man meinen, doch weit gefehlt.

Schmidt schielt keineswegs auf pure Schaulust. Stets verrät er im Presseheft, was auf der Leinwand niemand sieht: die gute, die aufklärerische Absicht seiner Streifen. Wer etwa das grobe Horrormärchen „Der Fan" ziemlich degoutant findet, hat gewiß jene Attacken auf den Starkult übersehen, auf die es dem Regisseur doch eigentlich ankam. Und wer „Die Story" als weltfremde Knallposse tadelte, dem sind wohl Schmidts brandneue Enthüllungen über den bösen Boulevard-Journalismus entgangen.

Das neue Werk dieses verkannten Gesellschaftskritikers heißt „Loft". Auf den ersten Blick eine nervensägende Scheußlichkeit, die ein Schickeriapärchen im Kampf gegen bestialische Quälgeister zeigt und unverfroren an niederste Instinkte appelliert. Doch halt, die Bösewichter lassen sich zwischen den Gemetzeln schöne Gedichte auf der Zunge zergehen und blicken manchmal gar traurig in die Blutlachen. Sollte man sie bedauern? Wieder weiß das Presseheft Rat. Es verrät dem verdutzten Leser, daß die banalen Sadisten in Wahrheit „gefallene Engel" auf der Suche nach Wahrheit und Liebe sind.

Mit diesem geistigen Salto mortale gelingt Schmidt der verblüffende Beweis, daß man sich auch im seichten Wasser des Kommerzkinos als Tieftaucher betätigen kann. Nur bleibt dann irgendwann der Kopf im Sand stecken.

Film: „Kennwort Salamander" nach Morris L. West

Superparty mit Blondine

Römische Paläste von innen und außen, Autojagden zwischen Kapitol und Kolosseum, dann wieder idyllische Alpenseen sind die Haupttrümpfe dieses von schwelgerischer Farbigkeit strotzenden Films der ITC im Ascot-Verleih. Wenn man den Ankündigungen der Hersteller auf Vorspann und Plakaten trauen will, scheint ihrer Meinung nach seine Hauptanziehungskraft in erster Linie im Namen des Autors Morris West zu liegen, nach dessen auch auf deutsch schon in Taschenbuchform verbreitetem Roman „Kennwort Salamander" er gedreht wurde.

Es handelt sich um einen hochpolitischen Reißer über einen neofaschistischen Staatsstreich, den ein wackerer Polizeioberst (Franco Nero) mit der Hilfe eines geradezu übermenschlichen Industriebosses (Anthony Quinn) gerade noch vereiteln kann. Ein Happ-End bahnt sich allerdings nicht an, denn der Held darf die liebliche Blondine mit der fragwürdigen politico-erotischen Vergangenheit (Sybill Denning) nicht heimführen, sondern er fällt der letzten und endgültigsten der zahlreichen Kraftwagenexplosionen dieses Films zum Opfer.

An solchen und an ähnlichen Schrecknissen – Folterungen, Fenserstürzen, Feuerüberfällen – ist kein Mangel, doch stärker als die damit erzeugte Spannung ist die Augenfreude, die der Regisseur Peter Zinner mit Unterstützung der authentischen Schauplätze und der großen Schar in die prächtigsten Uniformen und Kleider gesteckten italienischen Schauspieler und Komparsen hervorruft (Claudia Cardinale, ebenso nachdrücklich wie Morris West plakatiert, muß sich übrigens mit einer ziemlich bescheidenen Nebenrolle begnügen).

Das fängt gleich mit einem solennen Staatsbegräbnis an und endet bei einer Super-Party, deren Gästen dann als „captive audience" ein Film mit Enthüllungen vorgesetzt wird. Alle blicken konsterniert in die Abgründe italienischer Innenpolitik, die sich vor ihnen auftun, aber was ist nicht alles, so versichern sich einige der Figuren gelegentlich gegenseitig, bei diesem seltsamen Volk möglich, das sich nur widerwillig in das Korsett eines geregelten Staates einzwängen lassen will. Man könnte sich allerdings einen patriotischen Italiener denken, der gegen dieses Portrait der Nation Protest einlegt.

Der mit Recht gefeierte Romanautor, dem es ja auch gelungen ist, einen Papst polnischer Herkunft lange Zeit vorherzusagen, versteht es vortrefflich, die Handlung trotz aller knalligen Effekte in den Grenzen der Wahrscheinlichkeit zu halten. Dem Kameramann gibt der Regisseur auf alle Fälle immer wieder Anlaß zum Blick auf Fresken, Mosaike und Gobelins. Es ist, als blättere man in einem üppig ausgestatteten Kunstbuch, zwischen dessen Seiten es plötzlich von Carabinieris, schönen Frauen und Mordbuben aller Art nur so wimmelt.

HELLMUT JAESRICH

Warten auf den Ausgang der Intrige: Szene mit Claudia Cardinale und Anthony Quinn (rechts) in dem Film „Kennwort Salamander" FOTO: ASCOT

Das Collage-Hörspiel ist endgültig tot und passé

Es lebe das kesse, knackige Radio!

Was der landweite, knurrige Streit über eine zunehmende Vielfalt auf dem Bildschirm durch das Kabel- und Satellitenfernsehen bisher verdeckte, wird nun offenkundig: Nervosität herrscht in den alten Funkhäusern. Unsicherheit bei den etablierten Hörfunkern etablierter Landes- und Regionalsendeanstalten. Denn es gibt sie nach wie vor und üppiger denn je, mit durchschnittlich drei Programmen zur Beschickung jedes Fleckchens deutschen Bodens zwischen Flensburger Förde und Oberaudorf mit drei, in dichtbesiedelten Gebieten und zu Spitzenzeiten bis zu acht parallelen Ätherdarbietungen.

Die neuen UKW-Sender und Senderchen, die sich allerorten ankündigen, hier und da auch schon mit kessem Zungenschlag senden, machen erstaunliche Wirkung auf jene, die dank ihrer immensen Möglichkeiten und satten Etats der Hatz auf Einschaltquoten bei Hausfrauen und Autoradio-Hörern eigentlich gelassen beiwohnen könnten. Indes hat man das Trauma einer Degradierung des Hörfunks noch längst nicht verwunden, hegt seine wehmütigen Erinnerungen an die fernsehlosen fünfziger, an die frühen sechziger Jahre, als noch jedes freimütig gesendete Wort sein tausendfältiges Hörerecho fand, als Funkstücke von Ernst Schnabel oder Dieter Meichsner rund gingen und die dunklen Hörspiele von Günter Eich sich als „Straßenfeger" erwiesen wie später nur noch jene läppische „Halstuch-Mörderserie" auf dem Bildschirm.

Inzwischen versuchten die Hörspielabteilungen einiger Sender halbherzig der zunehmenden Oberflächlichkeit des breiten Publikums durch die regelmäßige Ausstrahlung episodenhafter Kurzhörspiele Rechnung zu tragen; inzwischen hat man in den Chefetagen – etwa beim Norddeutschen Rundfunk – Bedeutung und Gewicht des dramatischen Funkspiels im Verhältnis zu anderen Sendungen reduziert, gehen Bestrebungen beim Sender Freies Berlin dahin, das Hörspiel dem faktenorientierten, dem prosperierenden Feature ein- und unterzuordnen, sieht eine „Programmstrukturreform" beim RIAS vor, die Sendezeit für Funkspiele um ein Drittel zu reduzieren und entsprechende Stellenkürzungen vorzunehmen.

Freilich sind die Hörspielmacher an der mißlichen Entwicklung nicht unschuldig – zogen sie sich demonstrativ doch gerade in jenen Jahren in die Schmollwinkel der Verlierer zurück, als das neue Medium seine Massenwirksamkeit mit dem „Goldenen Schuß", dem „Blauen Bock" oder jener unsäglich dürftigen „Kommissar"-Reihe erprobte.

Von der überkommenen Rolle des Geschichtenerzählers für eine anonyme Hörerschaft im abendlichen Dämmerschein keineswegs befriedigt und der klassischen Stoffe und herkömmlichen Sujets überdrüssig, wurde in den Hörspielstudios nun zunehmend mit Klängen, Geräuschen und immer raffinierteren elektronischen Effekten, mit Wortfragmenten deutschen Tiefsinns experimentiert – ohne viel Rücksicht darauf, ob die verbliebene Hörergemeinde die schönen Klangwolken goutierte oder nicht. Mutwillig spaltete man so die Minderheit in die Minderheit einer Minderheit, die noch bereit war, sich Ohrmuscheln für umständlich Verschlüsseltes in Kunstkopf-Stereophonie überzustülpen. Da mögen dann wirklich nur noch jene paar knappen Hundertschaften auf Empfang gegangen sein, von denen die hämische Legende in den Funkhäusern berichtet: Man sendete weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Sicher zu Recht wenden Hörspielmacher ein, daß ja auch damals nur ein Teil des Programms aus abstrakten Klang-Collagen bestand. Sie vergessen dabei die latente Frustrationsbereitschaft des Konsumenten: Wer bei einem Krämer auch nur ein-, zweimal madige Äpfel kaufte, meidet dieses Geschäft fortan; wer hier und da an unerwartete Klang- und Stimmenkompositionen geriet, die sich ihm nicht sogleich erschlossen, hat sein Vorurteil für alle Zeiten weg – zumal der Umschaltknopf zu anderen, gängigeren Darbietungen gleich in Griffweite liegt.

Das Publikum ist scheuer als ein Reh und: Publikum ist immer auch konservativ. Es erwartet an ganz bestimmter Stelle die ganz bestimmten Scherze des Dummen August, an ganz bestimmter anderer Stelle das Symphoniekonzert, aber bitte vornehmlich Brahms und Beethoven. Man mag diese Vorliebe für Gewohntes, für Gewöhnliches nicht selten bedauern oder bespötteln, doch wäre es in jedem Falle fatal, sich darüber hinwegzusetzen.

So wird von den alten Radio-Institutionen mit Sicherheit erwartet, was sie – behutsam modifiziert – schon immer boten: Solidität und Kontinuität, Belieferung einer nicht unerheblichen und auch nicht gering zu schätzenden Bevölkerungsgruppe mit gründlichen Abhandlungen und redlichen Erzählungen des nur funkisch Erzählbaren.

Bemühte Kurzatmigkeit ist noch längst kein Programmkonzept; salopp und klein gehaltene Beiträge machen Spannung nicht ad hoc, Hast und Oberflächlichkeit aus nervöser Angst vor Hörerverlusten zeugen kaum von einer zurückgewonnenen Jugendlichkeit der Betagten. Denn Slapstick-Radio für Junghörer können die andern, die Neulinge mit ihrer flotten Spreche und ohne den Ballast eines schwerfälligen Überwachungs- und Verwaltungsapparates, allemal besser.

Wer auch nur einmal das Ohr in Münchens kregele Stadtsender „Radio 2000" oder „Ufa Radio" hängte, in diese Akustik-Cocktails aus Musikfetzen, drolligen Reportagen, stupenden Zwischentexten, Einwürfen des Publikums per Telefon, aus Geräuschuntermalung, Gegrunz und Geschnief, aus Weltnachrichten, Werbung, Wetter und Tips für Autofahrer zur Umgehung von Strafzetteln, der weiß: Zumindest das Collage-Hörspiel der endsechziger und siebziger Jahre, jene unerhört ambitionierte, oft gedankenüberfrachtete und niemals vom Publikum geliebte urdeutsche Mischung eigens für die Jurys von Hörspielpreisen, ist nun endgültig tot und passé. Es lebe das kesse, knackig frische Improvisations-Radio.

HANS NERTH



Poesie des Materials: „Die Angelehnten Abgelehnten" (1976), Collage von Kurt Teubner. Aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

Fünf „DDR"-Künstler im Berliner Kunstverein

Finden wir zueinander?

Mit dieser Ausstellung ist dem Neuen Berliner Kunstverein ein großer Wurf gelungen – und das gleich in mehrfacher Hinsicht. Die Werke von fünf Künstlern aus dem Südwesten der „DDR" konnten vom NBK selbst ausgewählt werden. Sie waren zwar alle an der 9. Dresdner Kunstausstellung beteiligt, gehören aber nicht zur Kunst-Prominenz von drüben. Es handelt sich auch in keiner Weise um irgendwie ideologisch zementierte Kunst. Man kann geradeheraus sagen: Diese Ausstellung ist eine fünffache Entdeckung. Schon mit der Ankündigung, vier der Künstler würden zur Eröffnung anwesend sein, war jedoch das Maß des gehobenen Optimismus leicht überschritten. Es kamen nur zwei, und zwei weitere Kollegen werden später einmal erwartet.

Die Plastiken, Bilder, Grafiken hinterlassen bereits als Ensemble einen starken Eindruck beim Betrachter. Ein eigentümlich dunkler bis schwarzer Grundton schwingt in den Räumen des Kunstvereins über dem Kurfürstendamm, ohne irgendwie in ein trübes Moll umzuschlagen. Man hat das selten: Die Werke verschiedener Künstler sprechen auf relativ engem Raum gemeinsam, aber sie übertönen sich nicht.

Da sind die hohen schlanken Stelen von Hans Brockhage. Er bearbeitet Hölzer, Fichte und Mooreiche. Mit Sägen, Brennen, Fräsen und Beizen schafft er ein Stück Zweiter Natur seines Materials. „Natürliche" und „gemachte" Struktur verbinden sich zu faszinierender Synthese, abstrakte Zeichen-Gestalten, die sich kubisch gedanklich in die Höhe befreien und dabei zugleich ein Stück des Elements „Zeit" fest-halten.

Von Gregor Torsten Kozik sieht man großflächige, eher provisorisch befestigte Papierfahnen, auf denen mit Kohle, Kreide und Graphit abstrakte Schemenfiguren festgehalten sind, die sich aus Linien- und Strukturfeldern heben. Menschengestalten in existentieller Bedrängung. „Gespräche mit dem Henker" oder (gleich mehrmals): „Wie finden wir zueinander?" lauten einige Titel dieser eindringlichen Zeichnungen, die durch die Form ihrer Darbietung noch in der Wirkung gesteigert werden.

Große Bildwände von Michael Morgner. Dunkel mit Helligkeit widerstreitend. Fest umrissene Balkenformationen und freie Spritz- und Dripping-Technik, spezielle Präge-Verfahren und eine persönliche Methode, Tusche teilweise wieder abzuwaschen, heben diese Blätter geradezu in die Dimension metallischer oder steiniger Meditationstafeln.

Ganz anders Thomas Ranft. Ein hochsensibler Grafiker, in dessen Farbradierungen voller fliehender Teile eine phantastische Surrealität und haarige Strukturfelder erscheinen. In den Lithographien findet man interessante Rasterungen und Frottage-Effekte. Lineare Elemente und malerische Flächentönungen werden hochästhetisch inszeniert.

Kurt Teubner ist der Senior der hier vertretenen Künstler. Früher Expressionist und der Neuen Sachlichkeit nahe, macht er heute Materialbilder, Assemblagen, in denen die Poesie des Materials spricht. Stilleben-Konstruktionen, hübsch, aber doch nicht verblüffend. Manche Arbeiten, halb gemalt, halb collagiert, necken den Betrachter mit netten Trompe-l'oeil-Effekten. Das ist etwas old fashioned, aber auch ein wenig glatt und schwitterig.

Insgesamt eine überraschende Veranstaltung. Sie ragt unübersehbar in den kulturellen Sommer und hat reichlich Zulauf verdient (Bis 20. Juli, Katalog 12 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Deutsche Autoren appellieren an Ceausescu

dpa, Frankfurt

Schriftsteller aus der Bundesrepublik haben an Rumäniens Staatschef Ceausescu und den Kultusminister des Landes appelliert, dem rumänischen Autor Dorin Tudoran umgehend die Ausreise zu gestatten. Der Schriftsteller ist Mitglied des Internationalen PEN und war vor einigen Jahren aus der Kommunistischen Partei und dem Schriftstellerverband seines Landes ausgetreten. Im April hatte er mit einem Hungerstreik begonnen, um seiner Forderung nach Ausreise Nachdruck zu verleihen. Er hatte Ceausescu diese bereits 1984 begründet, er wolle die Diktatur in Rumänien verlassen. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt sind seit Mitte Mai keine Nachrichten über Tudoran mehr bekannt geworden. Zu den Unterzeichnern des Appells gehören Franz Alt, Wolf Biermann, Hilde Domin, Günther Grass, Walter Kempowski und Rudolf Kraemer-Badoni.

Neumeier mit einem neuen „Hamlet"-Ballett

reg. Kopenhagen

John Neumeier will in der kommenden Spielzeit vor allem seine „Artus-Sage" für eine Aufführungsserie in der Hamburger Kampnagelfabrik überarbeiten. Neu dagegen ist ein „Hamlet"-Ballett, das er für die nächste Saison in Kopenhagen ankündigt. Es hat nichts mit seinem früheren Ballett „Der Fall Hamlet" zu tun, sondern beschäftigt sich mit dem Werk Shakespeares auf eine andere, umfassendere Weise. Die Musik schrieb Michael Tippet.

Der Europa-Gedanke in der Kunst

DW. Salzburg

Den europäischen Gedanken erstmals in der zeitgenössischen Kunst zu manifestieren, nimmt die Ausstellung „Eine Europäische Bewegung – Bilder und Objekte aus der Sammlung Lenz Schönberg" für sich in Anspruch. Sie wird am 23. Juli in Salzburg eröffnet und umfaßt Werke der monochromen Malerei, des Nouveau Réalisme, Zero, Kinetik und der Licht-Kunst, der Konkreten Kunst und der Arte programmata aus den sechziger und frühen siebziger Jahren.

Holographischer Experimentalfilm

dpa, Paris

Ein zwei Minuten langer holographischer Film, der ohne Spezialbrillen die Illusion der dritten Dimension vermittelt, ist in Paris auf einem Mini-Schirm (10 x 10 cm) vorgestellt worden. Der Versuchsstreifen der beiden französischen Experimentalfilmer Claudine Eizykan und Guy Finman der Universität Paris VIII ist nach deren Angaben der erste Film dieser Art in der Welt. Der im britischen Ruby mit einer 126-Millimeter-Kamera und einem Laser produzierte Film zeigt eine als Mumie verkleidete junge Frau, die sich mit Hilfe einer Assistentin ihrer Binden entledigt.

Tabori inszeniert an der Wiener Kammeroper

dpa, Wien

Der Theaterregisseur George Tabori wird in der kommenden Saison an der Wiener Kammeroper sein Debüt als Opernregisseur geben. Tabori soll im Mai 1986 Leoncavallos „Bajazzo" inszenieren.

Herbert Albrecht †

Im September „drohte" sein achtzigster Geburtstag. Das bereitete ihm Unbehagen. Nicht weil er eitel war und jünger erscheinen wollte – wer ihm begegnete, hat ihm sowieso die acht Jahrzehnte nicht zugetraut –, sondern weil er jegliches Brimborium um seine Person nicht mochte. Herbert Albrecht, 1905 im pommerschen Stolp geboren, war ein kenntnisreicher, humorvoller Begleiter der Kunst, vor allem der modernen. Er war Architekt, hatte in München und Berlin studiert, mußte den Zweiten Weltkrieg von Anfang bis Ende – wenngleich bald in windstilleren Ecken als Bausachverständiger – durchstehen, traf nach kurzer Gefangenschaft fast zufällig seine Frau und seine fünf Kinder am Ende ihrer Fluchtodyssee in Straßburg wieder, ließ sich schließlich in Bremen nieder. Hier hat er Architektur gelehrt, Vorträge gehalten, Bauaufträge ausgeführt, für Kunstkataloge und über Kunst geschrieben. Anfangs war das ein hartes Brot, später rückte das Vergnügliche mehr in den Vordergrund. Denn Herbert Albrecht wußte allem die guten Seiten abzugewinnen. Deshalb mochte er Verrisse nicht; er verzichtete lieber darauf, über etwas zu schreiben, was ihm zu dürftig erschien. Denn er schrieb (auch in der WELT) mit Freude, einfallsreich und anschaulich: über Bilder, Plastiken, Zeichnungen oder was immer ihm aufgefallen war und gefallen hatte. Darauf werden wir nun verzichten müssen. Herbert Albrecht ist gestorben.

P. D.

Die Sommerfestivals 1985: Was ist ausverkauft, wo gibt es noch Karten?

Zutritt zu den Mekkas der Kultur

Spielorte, die zu Zeiten, da Schauspiel- und Opernhäuser ihre Pforten geschlossen halten, Klassik und Moderne aus der Theater- und Musikwelt präsentieren, sind nicht selten zum Inbegriff, nahezu zum Mekka einzelner Genres geworden. Und je stärker die der Präsentation anhaftende Aura, um so größer die Nachfrage nach Karten, wie beispielsweise in Bayreuth, wo die Veranstalter der 74. Wagner-Festspiele das Fünffache der 58 000 vorhandenen Billetts hätten verkaufen können. Gleichermaßen begehrt die Präsentationen beim **Festival d'Aix-en-Provence**, wo einzig und allein der Eintritt zu einem Schumann-Abend am 21. Juli noch möglich ist.

Doch bietet die Kulturlandschaft auch noch freie Kapazitäten. Hier einige Beispiele: Bei den **Münchner Opern-Festspielen** gibt es noch Karten für „Lulu" am 9., 13. und 17. Juli; „Cardillac" am 15.; „Arabella" am 19. und 24. sowie für „Giustino" am 28. und 30. Juli. Gleiches gilt für den Ballettabend mit „Der Fächer", „Sinfonietta" und „Die Jahreszeiten" am 20., die Klavier-Matinée Daniel Barenboims am 21., eine konzertante „Norma" am 29. Juli sowie einige Vorstellungen im Cuvilliéstheater.

Die bis zum 11. August dauernden **Bad Hersfelder Festspiele** melden noch freie Kapazitäten für „Hamlet", „Der Sturm" sowie „Don Juan und Faust", so auch der bis zum 27. Juli stattfindende **Bamberger Sommer** für „Wallenstein". Einige Restkarten für Orgelstunden in der Zeit vom 3. bis zum 11. August sowie für die h-moll-Messe am 10. und 11. August in der **Bachwoche Ansbach** sind noch erhältlich. Das **Internationale Musikfest Stuttgart** findet vom 14. bis zum 22. September statt und ist der offizielle Beitrag der Bundesrepublik zum Europäischen Jahr der Musik. Nach Karten besteht rege Nachfrage, bislang ist aber noch kein Konzert ausverkauft. Bei den **Musiktagen Bad Urach** ist der Besuch der Präsentationen des Concerto di Canto und des Ensembles Media Aetas zwischen dem 29. September und dem 2. Oktober sowie der geistlichen Kantaten und des Requiems am 4. und 5. Oktober möglich.

Die **Bregenzer Festspiele** können noch einige Restkarten für „Puritania" am 23. und „Die Zauberflöte" am 24. Juli anbieten. Ausreichend Plätze sind noch vorhanden für die Orchesterkonzerte der Wiener Sinfoniker am 30. Juli – Berlioz, Rachmaninow, Turina und Ravel –, am 6. August – Bruckner – und am 11. August – Fauré, Berg, Brahms. Die großen Operninszenierungen der **Salzburger Festspiele** sind alle ausverkauft. Einzig für die Vorstellungen am 11., 16., 18. und 21. Juli von „Il Ritorno d'Ulisse in Patria" gibt es noch einige Restkarten. Stehplätze werden angeboten für die Kirchenopern „Saul" und „Jephtha". Für die choreographische Inszenierung der Matthäus-Passion von Bach gibt es noch Karten ebenso wie für einzelne Orchester- und Kammerkonzerte.

Die **Semaines Musicales de Crans-Montana** sind weder für die sieben „Concerts du mercredi" im Juli ausgebucht noch für die „Grands Concerts": Am 7. August spielen die Polnischen Philharmoniker Werke von Mozart, Beethoven und Dvoràk. Yehudi Menuhin spielt am 9. August Schubert und Brahms, Radu Lupu am 19. August Bach, Beethoven und Schumann.

In der **Arena di Verona** sind für „Aida", „Attila", „Der Troubadour" und „Giselle" im August noch Karten zu bekommen, zumindest für die Steinstufen. In **Macerata** können ebenfalls noch sämtliche Aufführungen „gebucht" werden, so „Rigoletto" am 20., 24. und 28. Juli sowie am 3. und 9. August; „Aida" am 4., 8., 11., 14. und 17. August; „Lucia di Lammermoor" am 10., 13., 16. und 18. August. Das Ballett der Mailänder Scala gastiert am 25., 26. und 27. August mit „I promessi sposi".

In **Ravenna** sind für alle Aufführungen von „Das Mädchen aus dem goldenen Westen" am 26. und 28. Juli und am 3. August Karten vorhanden. Gleiches gilt für „Rigoletto" am 27. und 30. Juli und am 2. August. Am 4., 6. und 8. August stehen „Cavalleria rusticana" und „Der Bajazzo" auf dem Programm. Die verschiedenen Konzerte in Ravenna sind ebenfalls noch nicht ausverkauft.

Die Opernfestspiele im finnischen Savonlinna melden keinerlei freie Kapazitäten, wohl aber die **Helsinki Festspiele** vom 22. August bis zum 8. September, bei dem international anerkannte Orchester Werke von Bach und Händel spielen. Es gibt ausreichend Karten für das **Flandern Festival**, das bis zum November dauert, wobei jedoch starke Nachfrage besteht, u. a. nach den großen Konzertabenden mit dem Pittsburgh Symphony Orchestra und der National Symphony Washington unter Rostropowitsch.

M. Sch.

Unverwüstlicher Zauber: Spoleto feiert das 28. „Festival Zweier Welten"

In Minnies Saloon geht es hoch her

Den Stammgästen der ersten Tage und den Kirchen und Palästen von Spoleto sieht man an, daß das „Festival Zweier Welten" schon zum 28. Mal zelebriert wird. Denn die alte langobardische Herzogstadt in Umbrien war schon arg zerfallen, als ihr neuer „Herzog", der italoamerikanische Komponist Giancarlo Menotti, ihr mit seinem Festival neuen Glanz brachte. Seit drei Jahren wird es mit fast identischem Programm auch in Amerika gefeiert, und ab 1986 soll es als „Festival Dreier Welten" auch in Melbourne zu sehen sein.

Wer einmal Spoletos Charme verfiel, kehrt immer wieder. Die jungen Amerikaner aber fahren nach Charleston, Süd-Carolina. Dort sollen sie die Eröffnungsoper des Festivals in Spoleto, Puccinis „Mädchen aus dem Goldenen Westen", mit viel Applaus bedacht haben. Das lag wohl am Operndebüt des australischen Filmregisseurs Bruce Beresford, der die Goldgräber in Minnies Saloon mit lockeren Colts und mit ebensolchen Mädchen höchst glaubwürdig agieren läßt. Die beiden Hauptrollen waren allerdings eine eklatante Fehlbesetzung. Minnie (der belgische Sopran Anne-Marie Antoine) sang zwar sehr laut, aber grell und zuweilen falsch. Der Sheriff (Benito de Bella), der ein junger, romantischer Tenor sein sollte, glich in Stimme und Gestalt eher einem griesgrämigen Bürokraten. Da halfen auch viele gute Nebenstimmen nicht: Das Festival begann mit dem linken Fuß. Zumal die Puccini-Freunde über den einzigen ganz neuen Regieeinfall (das Bordell im Oberstock des Saloons) in Harnisch gerieten.

Um so größer ist die Hoffnung auf Paisiellos „Barbier von Sevilla", der in den nächsten Tagen (am 9., 12. und 14. 7.) folgt. Dirigent ist Marcello Viotti, Regie führt M. Scaparro. Inzwischen weidet man sich an der langwierigen Grazie der ältesten Opern der Welt aus dem chinesischen Nanking und Sichuan.

Das Ballett, früher mit neuen Truppen, die oft in Spoleto ihren Siegeszug begannen, ein Clou des Festivals, kommt diesmal eher konventionell daher. Mit den „Grands Ballets Canadiens", dem spanischen National-Ballett und Igor Moisseievs folkloristischen Tanzakrobaten aus der Sowjetunion.

Großgeschrieben wird dagegen das Theater. Neben Roger Vitracs surrealistischer Groteske „Victor oder Die Kinder an die Macht", Christopher Marlowes „Eduard II., König von England" in Brechts Bearbeitung, gespielt vom „Nationalen Dramenzentrum" Madrid, und der italienischen Erstaufführung des „Kontrabaß" von Patrick Süskind stehen vier Einakter auf dem Programm, die berühmte italienische Schriftsteller eigens für Spoleto verfaßt haben: Alberto Moravias „Engel der Information", Natalia Ginsburgs „Sessel", Leonardo Sciascias „Der Henker und die Signora" und Enzo Sicilianos „Das im Mund abgeschnittene Wort".

Sie wurden von bekannten Regisseuren mit guten Schauspielern inszeniert. Und – wie auf geheime Verabredung – haben sie alle das gleiche Thema: Dreiecksverhältnisse, zerstörte Ehen. Trotzdem ist das nichts Weltbewegendes, eher sind es ironische Fingerübungen für ein Sommerabend-Divertissement. Ein mißgelaunter Intellektueller zwischen zwei Frauen schiebt in Frau Ginsburgs „Sessel" das Scheitern seiner Ehe dem rotgelb gestreiften Schauersessel zu, den seine Frau erwarb. Moravias „Engel der Information" ist die Frau eines Sonderberichterstatters, die seinen Informationshunger mit allen Details ihrer Abenteuer mit einem Verehrer stillt und ihm damit sadomasochistische Freuden bereitet.

Sciascia läßt eine verbitterte Frau den Mörder, den ihr ungetreuer Mann ihr ins Haus schickt, überreden, den Absender umzubringen. Siciliano präsentiert eine Professorenfrau, die ihrem Gatten mit endlosem Redeschwall erklärt, warum sie mit einem jungen Mädchen durchbrennen will. Nichts für ungut. Der Professor tröstet sich mit seinem Assistenten. Fazit: große Romanciers sind nicht immer gute Theaterautoren.

Am Thema liegt es jedoch nicht. Denn Vitracs ganz ähnlicher „Victor" wird, mit Umberto Orsini in der Titelrolle, zum hintergründig-komischen Bühnenfest der schlimmen frühreifen Kinder, die den Erwachsenen in die Karten schauen und mit ihrer Hypokrisie auch die hehren, hohlen Sprüche der Eltern entlarven.

Filme und Kunstausstellungen, zeitgenössische und klassische Musik, die Rituale des Festivals vom Mittagskonzert am Domplatz bis zum Schlußkonzert vor der romanischen Fassade mit dem Scalaorchester unter Gustav Kuhn gehören, wie der Lindenduft, zum unverwüstlichen Zauber des Sommerfests von Spoleto.

MONIKA von ZITZEWITZ

Schweizer Banken brachen ihre Verschwiegenheit

KLAUS RÜHLE, Rom

Die große Abrechnung mit der Mafia steht bevor. Dieser Tage wird die 2000 Seiten umfassende Anklageschrift vorliegen, die rund 1000 belastete Personen betrifft. 700 davon sollen in dem Monsterprozeß von Palermo vor Gericht erscheinen. Gegen die restlichenn 300 wird gesondert verhandelt. Im September fällt die endgültige Entscheidung darüber, wer Angeklagter in dem Mafia-Prozeß ist und wer nicht. Derzeit wird in großer Verschwiegenheit der riesige Schwurgerichtssaal gebaut, in dem der Superprozeß abgewickelt werden soll. Der Bau entsteht innerhalb der Mauern des Ucciardone-Gefängnisses von Palermo. Die Einzelheiten des Bauplans werden geheimgehalten, um alle Störungsversuche und Anschläge von seiten der Mafia zu vereiteln. Der Bau soll bis Jahresende fertiggestellt sein. Er kostet den italienischen Staat über 50 Millionen Mark.

Tommaso Buscetta ist die Schlüsselfigur

Besondere Sicherheitsvorkehrungen werden zum Schutz des Kronzeugen Tommaso Buscetta getroffen. Der einstige Mafia-Boß ist die Schlüsselfigur des ganzen Prozesses. Seine Enthüllungen bilden die Basis der Anklageschrift gegen eine große Anzahl von Mafia-Mitgliedern. Mit dem „Ausstieg" des reumütigen Buscetta hat die italienische Justiz einen Trumpf in die Hand bekommen, der das Ende der Mafia-Herrschaft bedeuten könnte. Zahlreiche Verbrechen einschließlich der Ermordung des früheren Anti-Mafia-Kommissars, General Dalla Chiesa, dürften ihre Aufklärung finden.

Neben den Enthüllungen Buscettas spielen Bankinformationen eine wesentliche Rolle in der Anklageschrift. Vor allem die sonst so zugeknöpften Schweizer Banken lieferten wertvolle Auskünfte. Sie brachen bei dieser Gelegenheit ihre sprichwörtliche Verschwiegenheit. Dieser Stilbruch ist ein weiterer Erfolg der italienischen Untersuchungsrichter, die dank solcher Indiskretionen in vielen Fällen überprüfen konnten, wo die Mafia-Bosse ihre reichen Einnahmen versteckt halten. Freilich beschränken sich die Informationen aus der Schweiz auf den ausschließlichen Zweck, den italienischen Richtern Beweismaterial zu dem Monsterprozeß von Palermo zu liefern. Die mitgeteilten Daten dürfen nicht zur Steuerfahndung benutzt werden. Auch aus USA und Kanada wurden den Untersuchungsrichtern interessante Bankauskünfte erteilt.

Prozeß ein Meilenstein der Justizgeschichte

Der Superprozeß von Palermo kann als Meilenstein der Justizgeschichte Italiens gelten. Das Mafia-Krebsgeschwür der 80er Jahre kann endlich ausgeräumt werden. Und man wird, so steht zu hoffen, hinter die Kulissen blicken können. Die Mafia, die zuvor vom Zigarettenschmuggel, von der Bodenspekulation, vom erpresserischen Mitspracherecht an jeder kommerziellen Tätigkeit in Sizilien lebte, verlagerte sich in den letzten Jahren immer mehr auf das einträgliche Drogengeschäft. Es besteht die begründete Hoffnung, daß mit dem Prozeß gegen 700 große und kleine Mafiosi eine wichtige Schlacht gegen den Rauschgifthandel gewonnen werden kann.

Tommaso Buscetta hat der italienischen Justiz unschätzbares Belastungsmaterial geliefert. Italiens Regierung, die italienische Justiz und Öffentlichkeit hoffen, daß Buscetta im Prozeß selbst weiter auspacken wird. Aus diesem Grunde können die Sicherheitsmaßnahmen zu seinem persönlichen Schutz gar nicht rigoros genug sein.

Mordfall Gregory – nach dem Vater und dem Cousin wird jetzt die Mutter Christine Villemin der Tat beschuldigt

Die unentwirrbare Tragödie in Lepanges nimmt ihren Lauf

Von A. GRAF KAGENECK

Im Gefängnis von Metz-Queuleu sitzt eine Frau von 26 Jahren und wiederholt unablässig die Worte: „Das ist nicht möglich. Das kann er mir nicht antun, mein armes Kind, mein armer Gregory!" Die Frau ist im sechsten Monat schwanger. Aber sie ist seit Freitag abend in den Hungerstreik getreten und nimmt keine Nahrung, nicht einmal Wasser an. Sie protestiert dagegen, was ihr Jean-Marie Lambert, Untersuchungsrichter in Epinal in den Vogesen, angetan hat.

Am vergangenen Freitag hat Lambert, 31 Jahre alt und von kleinem Wuchs, eine Entscheidung gefällt, die Frankreich zwar erwartete, aber als zu ungeheuerlich immer wieder von sich gewiesen hat: Er stellte Christine Villemin, Textilarbeiterin aus dem Dorf Lepanges bei Epinal, nach 282 Tagen polizeilicher und richterlicher Ermittlungen unter die Anklage, am 16. Oktober 1984 zwischen 17.00 und 17.30 Uhr ihren vierjährigen Sohn Gregory in den Vologne-Bach gestoßen und ertränkt zu haben. Christine war kurz vorher am Tor des Gefängnisses von Saverne im Elsaß, wo ihr Mann Jean-Marie wegen Mordes einsitzt, verhaftet worden. Damit findet einer der ungewöhnlichsten Justizfälle Frankreichs der letzten Zeit seinen vorläufigen Abschluß.

„Satan ist in unser Dorf gekommen!" Dieser spontane Ausruf einer alten Bäuerin aus Lepanges im französischen Fernsehen kennzeichnet den Schauder an der geradezu mittelalterlichen Hexen- und Teufelsfurcht, die die einfachen Menschen dieses entlegenen Landstriches in den Westvogesen erfaßt hat. Sie verstehen ihre Welt nicht mehr. Eine unfaßbare Folge von dramatischen Ereignissen ist über sie gekommen. Der Generationen währende Streit zweier Familien der Villemins und der Laroches ist zu einer unentwirrbaren Tragödie geworden, aus der offenbar selbst die Justiz keinen Ausweg findet.

Es gibt keine formellen Beweise der Schuld Christine Villemins. Ebensowenig wie glaubhafte Motive des Kindesmordes. Obskure Liebesgeschichten, Denunziationen, Eifersuchtsdramen müssen sich hinter den sichtbaren Fakten verbergen. Viele Münder schließen sich noch oder sind für immer verschlossen. So konnte auch Richter Lambert, wie es ihm der Code erlaubt, seine Anklage nur „aus intimer Überzeugung" erheben, und niemand kann voraussehen, wie der Staatsanwalt, die Richter und die Geschworenen entscheiden, wenn es in 30 Tagen zum Prozeß kommen muß.

Hier noch einmal der Hergang: Am 16. Oktober des Vorjahres wurde der kleine Gregory Villemin am späten Nachmittag aus einem Staubecken des Vologne-Baches, einige Kilometer unterhalb Lepanges, geborgen. Seine Hände und Füße waren mit Schnüren gefesselt, sein Kopf steckte in einer Kapuze. Aber seine Züge waren friedlich. Es hatte keinen Kampf vorher gegeben. Die Tat war von einem Unbekannten in einem Brief an die Familie angezeigt worden. Es handelte sich um einen Racheakt. Andere Briefe voller gehässiger Ausfälle gegen die unglücklichen Eltern folgten. Das Volksgemurmel spricht von einem „Täter aus der Umgebung der Familie". Aber es gibt keine Zeugen des Tatherganges.

Nach langer Suche der Gendarmen wird im Dezember ein Vetter des Kindesvaters, Bernard Laroche, als Verdächtiger Nummer eins verhaftet. Schriftproben haben Ähnlichkeiten der Schriftzüge Laroches mit denen des anonymen Drohbriefschreibers ergeben. Aber der Verdacht erhärtet sich nicht. Laroche wird nach vier Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt. Wenig später wird der sympathische Fabrikarbeiter, an dessen Unschuld ganz Frankreich glaubt, im Wald vor seinem Hause erschossen. Der Schütze ist Jean-Marie Villemin, der Vater des ermordeten Kindes. Für ihn gab es keinen Zweifel: Laroche war der Täter. Hatte die Justiz versagt, so fiel ihm die Pflicht zu, Rache zu üben. Christine, Villemins Frau, hatte ihn zu der Tat ausdrücklich angehalten. Damals kamen erste Gerüchte, dann Verdächtigungen auf, hier sei ein unangenehmer Zeuge beseitigt worden. Der Todesschütze, vom Gefängnis aus, hatte wenig später den rätselvollen Satz fallen lassen: „Christine, ich habe das für dich getan." Von nun an richtete sich der Verdacht gegen die Kindesmutter.

Aus dem Verdacht wurde dann bald Gewißheit für den Untersuchungsrichter. Erdrückende Beweise häuften sich. Schnüre, wie sie zur Fesselung des Kindes benutzt worden waren, wurden im Haus der Villemins gefunden. Die Knoten an den Händen des kleinen Gregory waren „wie bei Textilarbeiterinnen üblich" geknüpft worden. Das Alibi der Christine Villemin für den Nachmittag des 16. Oktober war nicht ohne Lükken. Drei Arbeiterinnen hatten sie kurz nach der Tatzeit einen Brief in den Postkasten von Lepanges werfen sehen. Vor allem aber gab es nach dem Urteil dreier Graphologen klare Übereinstimmungen zwischen Christines und des Briefschreibers Handschrift. Dies reichte dann offenbar dem Untersuchungsrichter.

Die Angeklagte aber leugnet. Sie ist grimmig entschlossen, sich zu verteidigen, „und sei es um des Kindes in meinem Schoße willen". Nicht nur sie erwartet ein Kind. Auch Marie-Ange Laroche, die Witwe des ermordeten Vetters, ist im gleichen Monat schwanger wie die vermutliche Mörderin. „Satan hat seine Finger im Spiel", sagen die Dorfbewohner.

Personen der Tragödie (von links): Gregory Villemin – ermordet; der Vater Jean-Marie Villemin – in Haft; die Mutter Christine Villemin – unter Mordverdacht; Cousin Bernard Laroche – erschossen FOTOS: AP

Zwölf Tote bei Zugunglück in der Normandie

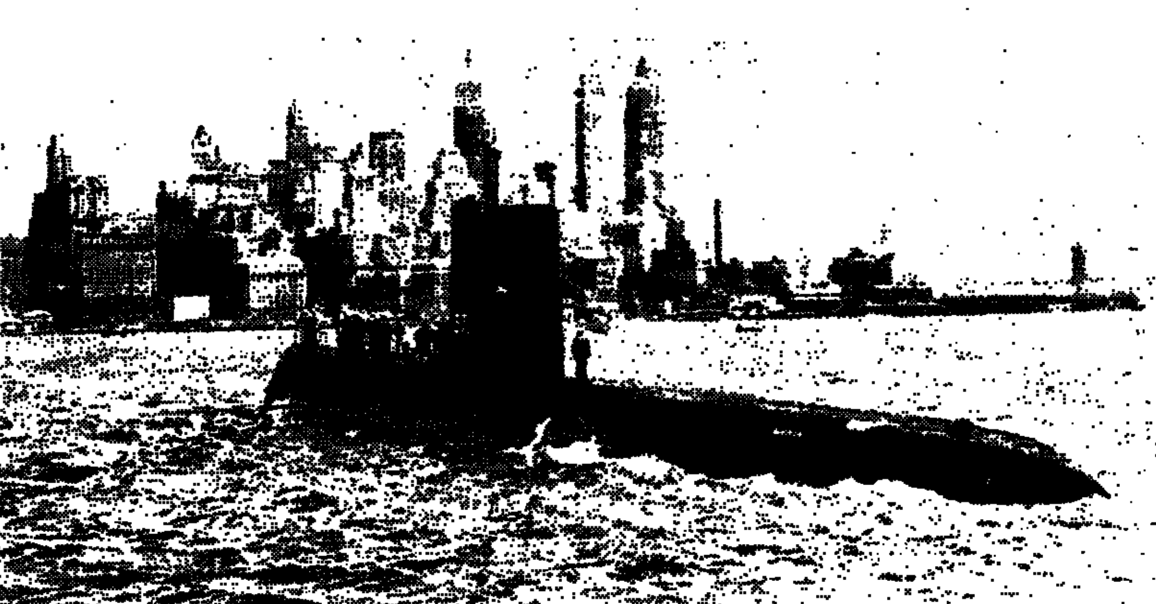
DW. Saint-Pierre-du-Vauvray

Beim Zusammenstoß eines Schnellzugs mit einem Lastwagen im Zentrum der normannischen Stadt Saint-Pierre-du-Vauvray sind gestern morgen mindestens zwölf Menschen getötet worden. Nach Angaben der Eisenbahn wurden 30 Menschen verletzt, 10 davon lebensgefährlich. Bei dem Aufprall entgleisten fünf Waggons des Le Havre–Paris-Expresses und rasten in Wohnhäuser. Ein Sprecher der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF sagte, nach ersten Untersuchungen habe der Laster die geschlossenen Schranken durchbrochen und sei in den Gleisen steckengeblieben.

Feuerwehr und Rettungsmannschaften hatten am Nachmittag noch immer versucht, die in den Waggons eingeschlossenen Passagiere zu befreien. Der Zugverkehr auf der Strekke wurde eingestellt. Der Fahrer des Lastwagens kam nach Mitteilungen der Polizei bei dem Unglück ums Leben. Der Zugführer habe einen schweren Schock erlitten. Bei dem Zusammenstoß sprang die Lokomotive, die eine Geschwindigkeit von etwa 160 Kilometer in der Stunde hatte, aus den Schienen. Die Kabine des an dem Unglück beteiligten Lastwagens wurde etwa 300 Meter vom Unglücksort entfernt gefunden.

Die Verletzten wurden in Krankenhäuser nach Rouen und Louviers gebracht. In der Ortschaft Buvette wurde eine Station für Erste Hilfe eingerichtet. Über den Bahndamm verstreut lagen Metallsplitter und verbogene Eisenteile, und einige in der Nähe stehende Häuser wiesen wie nach einem Bombenangriff Löcher in den Mauern auf.

Ernest Crochet, ein Einwohner von St. Pierre, hatte zum Zeitpunkt des Zusammenstoßes im Garten gearbeitet. Er habe etwas „wie eine Explosion" vernommen. Dann sei eine große Rauchwolke aufgestiegen. „Ich mußte warten, bis sie sich verzogen hatte, bevor ich nachsehen konnte, was passiert war", berichtete er.



Vom Nordpol zurückgekehrt: die „Nautilus" im August 1958 vor der Skyline von New York FOTO: AP

Unterm Polareis Geschichte gemacht

Die „Nautilus", das erste atomar getriebene U-Boot der Welt, wird Museumsschiff

SAD, New York

Das Segelschiff „Providence" feuerte eine Breitseite, die Kanonen eines alten Forts aus dem 18. Jahrhundert schossen Salut, 5710 rote, weiße und blaue Luftballons stiegen in den Himmel, und Zehntausende Amerikaner jubelten und klatschten. Der Grund des Volksfestes in der Hafenstadt Groton im US-Staat Connecticut: Die „Nautilus", das erste Atom-U-Boot der Welt, das mit einer Fahrt unter dem Polareis zum Nordpol Geschichte machte, kehrte zum letzten Mal in ihren Heimathafen zurück.

Nur Jules Verne fehlte, um die Szene komplett zu machen. In seinem Zukunftsroman „20 000 Meilen unter dem Meer" beschrieb er die Fahrten und Abenteuer eines U-Bootes namens „Nautilus". Das Buch erschien 1870, als noch weit mehr Segelschiffe als Dampfer die Weltmeere befuhren.

Heute gehört auch die atomgetriebene „Nautilus" längst der Geschichte an. Sie lief 1954 vom Stapel, wurde 1980 außer Dienst gestellt und soll künftig als Museumsschiff dienen. Sie wird damit das erste Atom-U-Boot sein, das der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Der Reaktor ist ausgebaut, sonst aber ist an Bord alles so erhalten wie zu der Zeit, als sie der US-Navy angehörte.

Bei der Kiellegung der „Nautilus" war Präsident Truman dabei, und seine Initialen „HST" wurden mit einem Schweißbrenner in ihren Kiel eingebrannt. Mamie Eisenhower, die Frau von Trumans Nachfolger im Präsidentenamt, taufte das U-Boot auf den Namen „Nautilus".

Die „Nautilus" war das erste U-Boot der Welt, das praktisch unbegrenzt lange getaucht bleiben konnte. Ihr Reaktor brauchte – im Gegensatz zu den Antriebsaggregaten aller früheren U-Boote – weder Dieselöl noch Luft, und sie konnte das an Bord benötigte Trinkwasser aus Seewasser destillieren. Im Jahre 1957 brauchte ihr Reaktor zum ersten Mal neuen „Treibstoff". Mit der ersten „Füllung" hatte das Boot 62 562 Seemeilen zurückgelegt, das ist fast das Dreifache des Erdumfangs.

Im Sommer 1958 unternahm die „Nautilus" ihre denkwürdige Reise unter den Nordpol. Es war eines der gewagtesten U-Boot-Unternehmen überhaupt und wurde streng geheimgehalten. In der Beringstraße zwischen Alaska und Sibirien überprüfte Kommandant William R. Anderson noch einmal mit ausgefahrenem Periskop und Radar seine Position. Dann verließ er sich wie schon zuvor völlig auf das automatische Navigationssystem des U-Bootes. Die Sowjets waren ahnungslos. Am 1. August tauchte die „Nautilus" in der Nähe von Point Barrow unter das Eis. Außenbords angebrachte Fernsehkameras lieferten ein gespenstisches Bild der polaren Eisdecke von unten. Am 3. August unterfuhr das Boot den Nordpol. Zwei Tage später tauchte es vor Grönland auf. Kommandant Anderson konnte verschlüsselt nach Washington funken: „clear of ice".

Nach ihrer letzten Dienstfahrt im Jahre 1980 wurde ihr Reaktor ausgebaut, sie selbst wurde „eingemottet". Präsident Carter ordnete später an, sie nach Groton zu überführen, wo sie von der Werft der Electric Boat Co. gebaut worden war. Im Tau von zwei Hochseeschleppern trat sie ihre letzte Reise von San Francisco durch den Panamakanal an die amerikanische Ostküste an. An diesem Wochenende erreichte sie ihren Geburtsort Groton. Die „Nautilus" ist heimgekehrt.

LEUTE HEUTE

Scheidung?

„Die Ehe von Prinzessin **Marie-Christine von Kent** ist zu Ende." Das will der australische Schriftsteller **Barry Everingham** von einem Mitglied der englischen Königsfamilie erfahren haben. Der in Melbourne lebende Autor gilt als besonders gut informiert über die deutschgebürtige, 40 Jahre alte Prinzessin. Er kannte sie schon, als sie noch in Australien ein ganz bescheidenes Leben als Tochter einer Friseurin führte. Everingham: „Die Königin ist fuchsteufelswild." Als erstes soll die Queen der Prinzessin verboten haben, den texanischen Ölmillionär **John Ward Hunt** (44) je wiederzusehen. Auch Prinz **Michael** (43), ein Vetter von Königin **Elizabeth** (59), hat Freunden berichtet, er habe nicht die Absicht, je wieder mit Hunt zusammenzutreffen. Prinz Michael, der sich am Sonntag in Wimbledon als liebevoller Ehemann zeigte, scheint bereit, seiner Frau zu vergeben. Es ist bitter für Marie-Christine, denn die Königin hat klargemacht: Im Fall einer Trennung oder Scheidung verliert die Prinzessin die Kinder. Marie-Christine hängt an Lord **Frederick** (6) und Lady **Gabriella** (4). Ihr Wunsch nach eigenen Babys war der Grund ihrer ersten Scheidung von Bankier **Tom Troubridge**.

Schönheit

Einer ungewöhnlich zusammengesetzten Jury mußten sich die zwölf Bewerberinnen um den Titel der Miß Lakeland im nordenglischen Lake Distrikt am Wochenende stellen. Einer der Gutachter war der blinde **Percy Moorby**. Er vertraute seinem Tastsinn, um sich von den Damen ein Bild zu machen. „Ich durfte Ihnen durch die Haare streichen und ihre Gesichter und Schultern berühren, und durch meine Hände konnte ich ihre Schwingungen fühlen", sagte der 52jährige. Auch habe er mit den Bewerberinnen gesprochen und ihnen Fragen gestellt, um seinen Eindruck zu komplettieren. Moorby und seine Kollegen kürten die 21jährige Arztgehilfin **Debbie Clarke** zur Miß Lakeland. Sie darf nun am Wettbewerb um den Titel einer Miß Großbritannien teilnehmen.

Zwei Tote bei Grubenunglück im Ruhrgebiet

AP, Wanne-Eickel

Bei einem Grubenunglück auf der Zeche Consolidation in Wanne-Eickel sind gestern zwei Bergleute ums Leben gekommen. Wie die Bergbau AG Westfalen Lippe mitteilte, wurden am Nachmittag die Leichen der beiden Maschinensteiger geborgen, die am Morgen um neun Uhr bei der Verstopfung an einer Kohlenrutsche neun Meter in die Tiefe gerissen worden waren. Nach Angaben der Bergwerksgesellschaft handelt es sich bei den beiden Toten um einen 49jährigen Bergmann aus Wanne-Eickel und einen 26jährigen Kumpel aus Herne. Beide waren nach Angaben der Bergbau AG verheiratet und hinterlassen je ein minderjähriges Kind. Ein weiterer Bergmann wurde vom nachfließenden Kohlestrom verschüttet, konnte aber verletzt geborgen werden. Das Unglück ereignete sich im Schacht „Alter Fritz" in 1050 Meter Tiefe.

Zur Flucht gezwungen

AP, Wien

Drei Tschechoslowaken haben ein Sportflugzeug gekapert und den Piloten, den Vater einer der Flüchtlinge, zum Flug nach Österreich gezwungen. Wie ein Sprecher des österreichischen Innenministeriums mitteilte, überwältigte der 19jährige Kopilot zusammen mit seinen beiden 22 Jahre alten Freunden am Sonntag kurz nach dem Start vom Flughafen Chrudim bei Pardubitz den Piloten, den 47jährigen Vater des Kopiloten. Die Flucht war Rudas zufolge schon seit langem geplant gewesen. Der Pilot, Offizier der tschechoslowakischen Luftwaffe, wurde von den drei jungen Männern nach dem Start mit Chloroform betäubt und dann gefesselt.

Dörfer überfallen

dpa, Neu Delhi

Hunger und Durst haben Angehörige von halbwild lebenden Stämmen im zentralindischen Staat Madhya Pradesh zu Räubern gemacht. Nach Presseberichten überfielen sie in der vergangenen Woche mehrere Dörfer, bedrohten die Bewohner mit Pfeil und Bogen und plünderten die Märkte. Außerdem stoppten sie zwei Personen- und Güterzüge und raubten sie aus. Die Stämme der Region Bhil und Bhilala gelten aus ausgesprochen gewalttätig und reagieren auf die geringste Provokation.

Raub der Flammen

AFP, Vancouver

In der westkanadischen Provinz British-Columbia sind seit 15. April bereits 149 000 Hektar Wald ein Raub der Flammen geworden. Am Sonntag mußten 1600 Einwohner der Region von Canal Flats im Südosten der an die USA angrenzenden Provinz evakuiert werden, da sich eine Feuerfront bedrohlich näherte, der bereits 4500 Hektar Waldbestand zum Opfer fielen. Am selben Tage hatten in der kanadischen Provinz, die zum größten Teil von der Holz- und Papierindustrie lebt, 528 Waldbrände noch nicht gelöscht werden können. Teils gingen sie auf Brandstiftung, teils auf Blitzschlag zurück.

Erste Vernehmung

dpa, Ottawa/Calgary

Acht Kriminalbeamte und Justizexperten sind gestern aus den USA nach Calgary gekommen, um mit den Vernehmungen des mutmaßlichen Massenmörders Charles Ng (23) zu beginnen. Der ehemalige, aus Honkong stammende, Marinesoldat steht im Verdacht, in Kalifornien bis zu 22 Menschen umgebracht zu haben. Warenhausdetektive und Polizisten hatten ihn am Sonnabend gefaßt, als er versuchte, in einem Kaufhaus Nahrungsmittel zu stehlen.

Kundenprotest erfolgreich

idea, Ashland

In den 400 Geschäften der US-Ladenkette „Super America" gibt es seit Anfang Juli keine Porno-Zeitschriften mehr zu kaufen. Die Geschäftsleitung entschloß sich zu diesem Stopp aufgrund zahlreicher Proteste von Kunden. Wie Super-America-Vizepräsident Geroge Townsend in Ashland (USA) mitteilte, habe eine „beträchtliche Anzahl von Kunden ihr Mißfallen über diese Produkte" zum Ausdruck gebracht.

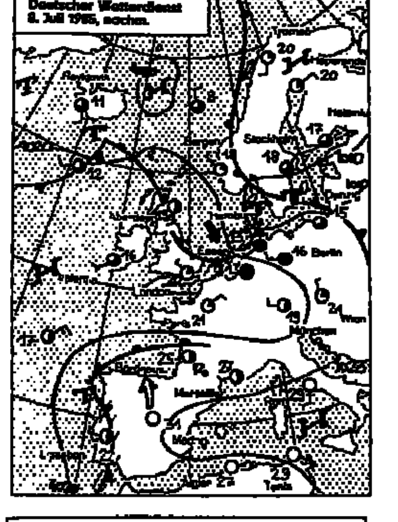
Sünder vorgeführt

dpa, Peking

Im Kampf gegen steigende Unfallzahlen im Straßenverkehr greift Peking zu drastischen Maßnahmen. Als Abschreckung gegen überhöhte Geschwindigkeit und Trunkenheit am Steuer klagten die Stadtbehörden am Wochenende einen Taxi- und einen Lkw-Fahrer auf einer Massenversammlung in der Hauptstadt öffentlich wegen Totschlags an. Sie hatten Unfälle verursacht, bei denen drei Menschen ums Leben gekommen waren. Vor rund 1500 Berufsfahrern, die an der ersten Versammlung dieser Art in Peking teilnehmen mußten, wurden die beiden Männer vorgeführt, ihre Delikte ausführlich geschildert und die Delinquenten dann in Handschellen abgeführt.

WETTER: Mäßig warm

Wetterlage: Der nach Frankreich gerichtete Keil des Azorenhochs schwächt sich ab. Damit werden Tiefausläufer von den Britischen Inseln südostwärts ziehend auf Deutschland übergreifen.



Vorhersage für Dienstag:

Im Südwesten längere Auflockerungen und trocken, sonst veränderliche Bewölkung und besonders im Küstengebiet strichweise etwas Regen. Tageshöchsttemperaturen 17 bis 22 Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht zum Mittwoch 12 bis 9 Grad. Zeitweise mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Vorübergehend freundlicher, aber nur mäßig warm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	16°	Kairo	34°
Bonn	17°	Kopenh.	17°
Dresden	17°	Las Palmas	24°
Essen	13°	London	20°
Frankfurt	19°	Madrid	31°
Hamburg	13°	Mailand	26°
List/Sylt	14°	Mallorca	32°
München	19°	Moskau	14°
Stuttgart	19°	Nizza	25°
Algier	27°	Oslo	17°
Amsterdam	17°	Paris	21°
Athen	29°	Prag	19°
Barcelona	27°	Rom	29°
Brüssel	19°	Stockholm	18°
Budapest	23°	Tel Aviv	28°
Bukarest	24°	Tunis	29°
Helsinki	17°	Wien	21°
Istanbul	24°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 5.17 Uhr, Untergang: 21.37 Uhr; **Mondaufgang**: 0.56 Uhr, Untergang: 14.14 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wie Rupert Murdoch den Papst gewinnen wollte

SIEGFRIED HELM, London

Die Aufregung in der Londoner Fleet Street war groß. Großverleger Rupert Murdoch hat der ganzen Konkurrenz den besten freiberuflichen Starjournalisten weggeschnappt, von dem Chefredakteure nur träumen können: Papst Johannes Paul II., der in seiner Jugend als Karol Wojtyla Theaterstücke schrieb, der gelegentlich einen Artikel für die Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano" verfaßte und dessen Schriften als Pontifex nicht nur in der katholischen Christenheit gelesen werden.

Wie der Blitz schlug die Reuter-Meldung aus New York am Wochenende in die Redaktionen ein: Für eine wöchentliche Kolumne werde sich der Heilige Vater dem Mr. Murdoch zur Verfügung stellen. Der werde seinerseits dafür sorgen, die Kommentare aus berufenem Munde zu allen aktuellen Fragen weltweit zu verbreiten: In Murdochs Zeitungen in Australien und den USA, in England, wo die renommierte „Times" von ihren Lesern mindestens ebenso geschätzt wird wie das mit Sex gepfefferte Boulevardblatt „Sun" von den ihren. Papstworte auch über den Äther via Murdochs Satelliten-TV. Und die Krone dieses „scoops": Andere Blätter dürfen sich über Murdochs Textvertrieb anhängen. Murdochs US-Firma „News America" habe den Papst in einem Vertrag mit dem Vatikan als Starschreiber angeheuert.

Gestern kam dann das Dementi dieser Ungeheuerlichkeit. Zwar hat Karol Wojtyla sich als „Reisepapst" einen Namen gemacht, doch auf den „Medienpapst" wird die Welt noch eine Weile warten müssen. Die Londoner Reuter-Zentrale zur WELT: „Wir haben heute morgen in einer Meldung aus Rom das Dementi im Dienst gehabt." Vatikansprecher Monsignore Guilio Nicolini bezeichnete die vertragliche Bindung des Heiligen Vaters an Murdochs Medien-Imperium schlichtweg als „lächerlich". Seine Schriften seien jedermann verfügbar. „Je mehr Leute Gebrauch davon machen, um so größer unsere Freude. Dafür braucht niemand einen Vertrag mit dem Vatikan zu unterzeichnen."

Inzwischen wurden Einzelheiten bekannt, wie die journalistischen Qualitäten des Papstes für ein globales Massenpublikum verfügbar gemacht werden sollen. Richard Newcombe, Präsident von „News America", stellte richtig, statt eines Vertrages zwischen Murdoch und Vatikan habe man eine Vereinbarung mit dem katholischen Theologen Alfred Bloch getroffen, der allwöchentlich aus den Schriften, den Reden und Predigten des Papstes einen Extrakt ziehen werde. Newcombe erläuterte: „Wir beabsichtigen, aus den Schriften des Heiligen Vaters geeignete Passagen herauszusuchen und sie auf aktuelle Ereignisse anzuwenden." Kompilieren und konsensieren also, eine Methode, die sich gewöhnliche Starkolumnisten nicht leisten dürfen. Newcombe ganz konkret: „Bei einem wichtigen Nachrichtenereignis wie beispielsweise der Entführung des TWA-Jets möchten wir Zeitungen in aller Welt anbieten, was der Papst zum Thema Terrorismus gesagt hat." Ach so, atmeten da noch nicht im Murdoch-Sold stehende Chefredakteure der Fleet Street auf, insgeheim verärgert über die guten Ideen der Konkurrenz.

Die Freude des Starschreibers im Vatikan über den Zugewinn einer globalen „Medien-Kanzel" wird freilich nicht ungetrübt sein. Denn Starschreiber hassen, wie alle Journalisten nichts mehr, als umgeschrieben zu werden (auch wenn sie das Kürzen schlucken). Umschreiber Bloch entschuldigte sich schon im voraus: „Die Kolumnen werden aus Papstworten bestehen, doch sie werden in gedrängte Form gebracht, so daß man nicht durch die ganze Litanei muß, um die Botschaft zu vernehmen."

Journalisten interessiert immer brennend, was Starschreiber verdienen. Bloch: „Das ist eine sehr heikle Frage. Der Vatikan nimmt keine Honorare entgegen." Theologe Bloch, der sich auf seine ausgezeichneten Beziehungen zu Freunden im Vatikan beruft, verriet, er werde (samt seinen Mitarbeitern) von Murdoch entlohnt, ein Teil des Lohnes werde in Form einer Spende für Studienstipendien des Vatikans abgeführt.

Unterdessen kursieren wilde Gerüchte in der Londoner Fleet Street: „Wenn es im September mit der Papstkolumne losgeht: Wird sie Platz neben all den nackten Busen von Murdochs sehr weltlichen Auflagentreiberinnen finden, oder wird der „Times" diese Ehre zuteil? Engländer wären keine Engländer, wenn sie nicht auch darüber ins Wettfieber gerieten.

ZU GUTER LETZT

„Tatort verschwunden", schrieb dpa über eine Meldung.